

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,
Wien. 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Samstag, 1. Februar 1919. Nr 54.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 2. bis 8. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 41 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis ist unverändert.

Reisabgabe. In der Woche vom 2. bis 8. d.M. wird Schweizer Reis an Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgegeben. Auf jedes Kind in diesem Alter entfällt 1/8 kg Reis. Der Reis wird für alle Kinder bis zum vollendeten 6. Jahre gleichgültig, ob sie mit dem Mehlbezüge zu einer städtischen Abgabestelle oder zu einer Konsumentenorganisation gehören, bei jenen städtischen Abgabestellen verabfolgt, bei welchen die Schweizer Kondensmilch erhältlich war. Beim Bezuge des Reises ist die rote oder grüne Milchbezugskarte vorzuweisen, von welcher der Abschnitt IV abgetrennt wird. Die Abgabe erfolgt vom Dienstag, 4. bis einschliesslich Freitag, 7. d.M. Detailverkaufspreis K 1.- per 1/8 kg.

Die volle Brotquote in der kommenden Woche. Ueber Weisung des Staatsamtes für Volksnahrung vom heutigen Tage wird für die nächste Verbrauchswoche die volle Brotquote ausgegeben. Den Bäckern wird das für die volle Quote erforderliche Mehl ab Montag, 3.d.M. in der 1. Wiener Walzmühle, Vonwiller & Co. ausgefolgt werden.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag der kommenden Woche werden im 16. Bezirke Kartoffeln und zwar 2 kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis T abgegeben.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Samstag, 1. Februar 1919. Nr 55.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Breuer wird den Armenräten des 4. Bezirkes Rudolf Müller, Ferdinand Steyrecker, Karl Wihan und Anton Menzel ein Diplom für mehrjährige erspriessliche Dienste verliehen. Nach einem Antrage des StR. Hötzel wird den Armenräten des 17. Bezirkes Dr. Albert Sankott, Johann Horak und Karl Rabl dasselbe Diplom verliehen. - Für die Herausgabe des historischen Atlases der Stadt Wien wird nach einem Berichte des StR. Tomola eine neuerliche ausserordentliche Subvention von 5000 Kronen bewilligt. -

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Empfang am Montag, 3. d.M.

Sühneverhandlungen. Im Gemeindevermittlungsamt Neubau finden die diesmonatlichen Sühneverhandlungen am 5., 12., 19. und 26. im Gemeindevermittlungsamt Josefstadt an denselben Tagen um 9 Uhr vormittags statt.

Silberne Hochzeit. Am 4. d.M. feiert der städtische Ratsdiener Richard Firnholzer mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit. Firnholzer, der seit Bestand der Volksoper dort als Billeteur tätig und der in Sängerkreisen als Tenor geschätzt ist, ist wegen seiner stets liebenswürdigen Dienstbereitschaft und seines stets frischen Humors allseits beliebt.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volkernahrung wird in der 90. Woche an alle Besitzer von rosafarbenen Einkaufscheinen für Wohlfahrtsfleisch an dessen Stelle Konservenfleisch aus der 2. englischen Liebesgabensendung unentgeltlich in den Bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier abgegeben werden. Einkaufscheine lautend auf 1 Person erhalten 1 Dose gegen Abtrennung der beiden Abschnitte 4 und 5, Haushalte mit 2 und 3 Personen 1 Dose gegen Abtrennung des Abschnittes 4 und Haushalte mit 4 bis 7 Personen 2 Dosen gegen Abtrennung des Abschnittes 4. A bis F sind Donnerstag 6., G bis K Samstag, 8., L bis R Sonntag, 9. und S bis Z Dienstag, 11. d.M. bezugsberechtigt.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe durch die städtische Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf Weiters ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis beträgt K 4.20 für 4 kg.

Wiener Rathaus Korrespondenz.

3. Ausgabe.

Wien, am 1. Feber 1919. Nr 56.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in dieser Woche Dienstag
und Donnerstag um 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*
Wien. I., Neues Rathaus.

22. Jahrgang. Wien, Montag, 3. Februar 1919. Nr. 57.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 17. Bezirk Kartoffel und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis T der Kartoffelkarte abgegeben.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Knoll wurde die Wahl des Anton Klemm zum Obmann und des Leopold Bertl zum Obmann-Stellvertreter der 12. Sektion des Armeninstitutes Floridsdorf bestätigt. - Nach einem Berichte des StR. Hellmann wurde der Ernennung des Walter Smital zum Volksschullehrer 2. Klasse zugestimmt.

Wiener Sängerbund. Sonntag, 9. d.M. um 6 Uhr abends veranstaltet der Wiener Sängerbund im kleinen Musikvereinssaale unter Leitung des Chorleiters Adolf Wodniansky einen Johann Sebastian Bach - Abend. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Anny Kalab, Risa Labuske - Kleinecke, Lea Szentes, Carmen Ziffer, Professor Georg Valkler und Alexander Wunderer.

Wiederbelegung von Friedhöfen. Nach dem 1. März werden die Schachtgräber in der Gruppe IX des Ottakringer Friedhofes, die in der Zeit vom 11. April 1907 bis 12. März 1908 belegt worden sind, wiederbelegt. Ebenso werden die einfachen Gräber Nr. 743 bis 760 im Altmannsdorfer Friedhofe nach diesem Termin wiederbelegt. Die Schachtgräber in der Gruppe M des Hernalscher Friedhofes werden nach dem 1. April wiederbelegt. Vom 1. Mai angefangen werden die einfachen Gräber Nr. 240 bis 266 in der Gruppe XIII des Hetzendorfer Friedhofes wiederbelegt. Enterdigungen aus den angeführten Gräbern können nur vor deren Wiederbelegung vorgenommen werden und sind die bezüglichen Gesuche beim Wiener Magistrate, städtischen Gesundheitsamt einzubringen. - Nach einem Berichte des StR. Dechant wird der Einstellung von Vergebung eigener Gräber an „Nichtzugewiesene“ im Hernalscher und Dornbacher Friedhofe zugestimmt.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 47.435 Parteien K 57,000.000 eingelegt, an 25.331 Parteien K 32,140.368 rückgezahlt und belief sich der Gesamt Einlagen Stand Ende des Monats auf K 803,395.568. Hypothekendarlehen wurden K 1,357.700 zugezählt, dagegen rückgezahlt K 1,671.165 und stellte sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. v.M. auf K 316,266.967.

Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 31. v.M. auf K 17,876.486 und waren an 60jährigen Pfandbriefen K 18,305.400. Wechsel wurden K 7,241.110 eskomptiert, dagegen K 14,444.136 einkassiert; Kassenscheine der österr. ung. Bank K 2,450.000 angekauft, dagegen K 2,000.000 einkassiert; Der Besitz an Wechseln und Kassenscheinen der österr. ung. Bank betrug Ende vorigen Monats K 85,386.327.

Abgabe der Hauslisten. Die Hausinhabungen werden erinnert, dass diesmal die Abgabe der Hauslisten für die Lebensmittelkarten unbedingt am 6. d.M. erfolgen muss. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten findet diesmal bereits am 13. d.M. statt. Am 16. Februar bleiben anlässlich der Wahl in die Nationalversammlung die Lokale der Brotkommission geschlossen.

Silberne Hochzeit. Der Kanzleileiter der Magistratsabteilung III Oberoffizial Anton Berger feiert heute mit seiner Gattin das Fest der Silbernen Hochzeit. Der Jubilar erfreut sich bei allen seinen Beamtenkollegen und in seinen Bekanntenkreisen infolge seines gewinnenden Wesens der herzlichsten Sympathien.

Warnung vor dem Zuzug nach Wien. Die Magistratsdirektion hat folgende Kundmachung an die Tagesblätter ergehen lassen: Der Wiener Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28. Jänner 1919, zur Pr. Z. 1213 den Magistrat beauftragt, folgende „Warnung vor weiterem Zuzug nach Wien“ in den Tagesblättern zu veröffentlichen: Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt; viele Tausende von nach Wien Heimatsberechtigten und lange Jahre hier ansässig Gewesenen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Anweisung oder durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge, die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien trifft, ungeschwächt fort dauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung, die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit, einen solchen Grad anzunehmen, dass sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Selbsterhaltung der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge selbst veranlasst sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michow.*
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Februar 1919. Nr. 58.

Kartoffelabgabe. Donnerstag, Freitag und Samstag werden im 11. Bezirke Kartoffeln und zwar 2 kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis T der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Schweizer Liebesgabensendung. Die Schweizer Gesandtschaft in Wien ersucht um die Feststellung, dass die Ende dieser Woche in Wien eintreffende Liebesgabensendung nicht ausschliesslich Züricher Herkunft ist. Von der aus 28 Waggons bestehenden Liebesgabensendung hat Zürich durch Saameltätigkeit rund 12 Waggons aufgebracht, während Bern, Basel, Genf, Winterthur, St. Gallen, Zug, Frauenfeld, Olten, Solothurn, Listal, Aarau, Luzern und Hitzkirch den übrigen Teil der Sendung gesammelt haben. Die Sendung besteht aus Kondensmilch, Teigwaren, Fleisch- und Suppenkonserven, Schokolade, Kakao, Dörr- und Frischobst, Dörrpflaumen u.dgl. Ausserdem wurden in der Schweiz über 100.000 Franken in Barem durch Sammlungen aufgebracht, welche für den Ankauf von Lebensmitteln in der Schweiz verwendet werden sollen. Es dürfte daher ungefähr in 14 Tagen bis 3 Wochen eine weitere Lebensmittellieferung in Wien eintreffen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Februar 1919. Nr. 59.

Festsetzung der Wahllokale für die Nationalversammlung. In den nächsten Tagen wird eine Kundmachung des Magistrates dem Inhaber eines jeden Hauses behufs Anschlages an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stelle zugehen, in welcher der Vorgang bei der Stimmenabgabe geschildert und überdies das Wahllokal ausdrücklich bezeichnet sein wird, in welchem die Bewohner dieses Hauses ihr Wahlrecht auszuüben haben. Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass die Unterlassung des Anschlages der Kundmachung unter Strafe gestellt wird.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Schwer wird zur Verbesserung des Feuerschutzes im 21. Bezirk die Einstellung von Elektromobilen genehmigt. Zu diesem Zwecke muss vorerst ein Drehstrom - Gleichstrom - Umformer angeschafft werden. Hiefür werden 19.305 Kronen bewilligt. - Nach einem Berichte des VB. Reumann wird der Neuchatel Asphalte Company die als ausländisches Unternehmen seit Kriegsbeginn nicht mehr zu städtischen Arbeiten herangezogen wurde, die Ausführung der Asphaltierungsarbeiten zugewiesen werden. - An die Wagenkarosserie und Flugzeugfabrik Dr. W. von Gutmann wird nach einem Berichte des VB. Reumann in der Reichenbachgasse im 10. Bezirk eine Fläche im Ausmasse von 488 m² längstens bis Ende 1921 um 1000 Kronen jährlich verpachtet. - Nach einem Antrage des StR. Jung wird das in der Lagerabteilung des städtischen Wirtschaftsamt im Jubiläumsspital der Stadt Wien, im Versorgungshaus in Lainz, in den städtischen Schulen, und verschiedenen anderen Gemeindeanstalten lagernde Alteisen im Gesamtgewichte von 350.000 kg um durchschnittlich K 8.- per kg an den Bestbieter veräussert.

Die österreichische Finanzkommission in Bern. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der heutigen Sitzung des Stadtrates mit, dass er im Sinne eines Beschlusses des Stadtrates bei den Staatssekretären Dr. Löwenfeld - Russ und Dr. Bauer vorgesprochen und ersucht habe, es möge ein Vertreter der Gemeinde Wien, der nach Bern und Paris zu entsendenden Finanzkommission beigezogen werden. Dr. Bauer habe das Verlangen für berechtigt erklärt und den Sektionschef Dr. Schüler beauftragt, er möge sich von Bern aus für die Forderung der Stadt Wien einsetzen. Unter diesen Umständen könne als sicher angenommen werden, dass ein Gemeinderat als Vertreter der Gemeinde den Verhandlungen in Bern beigezogen würde und die Einreisebewilligung nach Paris erhalten. Gemäss einer Anregung des StR. Hohensinner schlage er die Entsendung des GR. Dr. von Schwarz - Hiller vor, der sich bereits bei solchen Verhandlungen bewährt habe, Sprachkenntnisse besitze und gute Verbindungen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten habe. Dem Antrag wurde angenommen.

Die Gemeinde Wien und die Arbeitslosenunterstützung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehenden Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder zur Verlesung: Die Gemeinde Wien leistet für die Arbeitslosen Familienerhalter einen Zuschuss zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 50 %. Hinsichtlich des Auszahlungs- und Verrechnungsmodus ist ein Einvernehmen mit dem Staatsamte für soziale Fürsorge und den Amtsstellen für Arbeitsvermittlung zu pflegen. In formaler Beziehung wird beantragt, dem Gegenstande dieses Antrages die Dringlichkeit zuzuerkennen und im Sinne des § 15 der Geschäftsordnung sofort zu verhandeln.

StR. Emmerling begründet die Dringlichkeit des Antrages, worauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Gemeindeverwaltung sich der Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Wien und ^{der Frage} den anderen Teilen des Reiches nie verschlossen habe. Das zeige sich z.B. auch bei ^{der Frage} den Unterhaltsbeiträgen.

Er sehe nicht ein, warum nicht auch in diesem Falle die Regierung für die Wiener Arbeitslosen eine höhere Unterstützung geben könnte. Der Bürgermeister erklärt, er sei mit der dringlichen Verhandlung einverstanden, es müssten jedoch Sicherheiten geschaffen werden, dass durch eine erhöhte Gewährung der Arbeitslosenunterstützung nicht ein grösserer Zuzug von Arbeitslosen aus der nächsten Umgebung nach Wien erfolge. Es wäre deshalb notwendig, dass die städtischen Aemter einen eingehenden Bericht über den Antrag vorlegen. Dieser Bericht wäre bis Donnerstag dem Stadtrate zu unterbreiten. Da StR. Emmerling und seine Parteigenossen sich damit einverstanden erklären, wird der Antrag des Bürgermeisters angenommen.

Wiener Rathens Korrespondenz.

Wien, am 4. Feber 1919.

Verehrliche Redaktion!

In dem in unserer heutigen ersten Ausgabe enthaltenen Bericht:
„Die Schweizer Liebesgabenendung.“ soll es richtig heißen:
Zug (statt Zugg), Frauenfeld (statt Brauenfeld) und Aargau (statt
Aargau).

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien. 1. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 5. Februar 1919. Nr. 60.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck in der letzten Stadtratsitzung werden die im Hause 1. Bezirk Vorlaufstrasse 4 eingelagerten Sachgüter (Betten, Tische, Sesseln, Decken, Kasten, Nähmaschinen, Lein-, Hand- und Tischtücher etc.) der Flüchtlingsfürsorge um 260.000 Kronen übernommen. - Zur Vornahme baulicher Umgestaltungen im Hause 10. Bezirk Laxenburgerstrasse 101 wird nach einem Berichte des StR. Sigel die Bewilligung erteilt. - Dem Wirtschaftsverbände nichtaktiver Offiziere und Gleichgestellter Deutschösterreichs wird nach einem Berichte des VB. Hoss eine Subvention von 50.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Berichte des StR. Schwer wird mit der Ausführung eines Porträts des ehemaligen Magistratsdirektors Dr. Nüchtern der Maler Erich Probst betraut. - Nach einem Berichte des StR. Schmid wird an die Automobilfabrik Fross-Büssing der Strassengrund der Giessmangasse im 20. Bezirk zwischen Wallensteinstrasse und Straussgasse im Ausmasse von 2590 m² um 5200 Kronen jährlich bis längstens Ende 1920 verpachtet. - Nach einem Berichte des StR. Dechant wird das Mehrerfordernis von K 7828.- für die Fahrbahnherstellung der Hasenauerstrasse im 18. Bezirk genehmigt. -

Ein Brief Schweizer Kinder. Die Schulkinder von Mettau haben nachstehenden Brief an den Bezirksamtman in Laufenburg behufs Uebermittlung nach Wien gerichtet: „ Im Auftrage unseres Herrn Lehrers sammelten wir gestern von Haus zu Haus Gaben für das notleidende Wien. Als der Herr Lehrer von diesem Elend erzählte wurden alle von Mitleid ergriffen. Die meisten Leute in unserem Dorfe gaben nun ihr Schärflein und so erhielten wir die beigelegten Kartenabschnitte. Ferner sandten wir Ihnen heute per Mandat Fr 50.76 . Indem wir glauben, damit unser Möglichstes getan zu haben zur Linderung dieses grossen Unglückes, zeichnen hochachtungsvoll die Sammlerinnen: Emma Vetter, Hedwig Ipser. Am Schlusse trägt dieser Brief die Bemerkung des Bezirksamtmannes, dass die Sammlung im Bezirke einen erfreulichen Fortgang nimmt.

Wiener Sängerbund. Zu dem ~~am 9. Februar~~ am 9. Februar stattfindenden Johann Sebastian Bach - Abend sei richtiggestellt, dass das Konzert nicht um 6 Uhr abends, sondern um 4 Uhr nachmittags stattfindet.

Kartoffelabgabe. Freitag, Samstag und Montag werden im 20. und 21. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis T abgegeben werden.

Wohnungsfürsorgeausschuss. Der Wohnungsfürsorgeausschuss beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit dem Projekte der Herstellung von Zinshäusern mit Klein- und Mittelstandswohnungen auf Baustellen in Döbling, Meidling und am Margarethengürtel.

Im Laufe der Debatte wurden die Fragen der Vergebung der Bauarbeiten der drei genannten Blocks besprochen und die Konvertierung der Kredite erörtert. Von allen Mitgliedern des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass die Arbeiten im Interesse der Arbeitslosigkeit und in Anbetracht der grossen Wohnungsnot sofort in Angriff genommen werden müssen. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag des GR. Kubacsek angenommen, die Baufirma Stigler und Rous mit der Verbauung eines Baublockes in Meidling oder Döbling zu betrauen, und die Verbauung des Baublockes am Margarethengürtel an die Firma Menzel zu vergeben. Bezüglich der Vergebung eines dritten Baublockes seien noch Offerte einzuholen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michlew.**
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 6. Februar 1919. Nr. 61.

Kartoffelabgabe. Samstag, Montag und Dienstag werden im 12. und 14. Bezirk Kartoffeln und zwar 2 kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis U der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Rückgabe der Schulen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Sichel folgende Anträge: Ist der Bürgermeister geneigt, in kurzen Wege zu veranlassen, dass die militärische Einquartierung von der Hebbelschule in die Schule Quellenstrasse 73 übersiedelt, dass dem Stadtrate Bericht erstattet wird über die Zahl der Schulen, die noch militärisch belegt sind, in wievielen Schulen wegen Mangel an Schulgebäuden noch der Halbtagsunterricht besteht, wie weit die Instandsetzungsarbeiten in den freigegebenen Schulen fortgeschritten sind und wann diese dem Schulbetrieb zugeführt werden. VB. Hoss erwidert, dass bezüglich der Wendung der Schule in der Quellenstrasse gegenwärtig Verhandlungen stattfinden. Es sei leider noch immer nicht möglich, die Schulen vom Militärbelage freizumachen.

StR. Emmerling fordert, es sei ein Termin festzusetzen, bis zu welchem das Militär aus den städtischen Schulen zu delogieren ist. Die Gemeinde habe dem Staatsamte für Heereswesen zu erklären, dass sie von den Schulen wieder Besitz ergreife.

StR. Jung bemerkt, dass zwei Schulen im 2. Bezirke vom Militär belegt sind, für welches genügend Platz in der in der Nähe gelegenen Rossauerkaserne sei.

StR. Spalowsky macht darauf aufmerksam, dass in Kasernen Privatwohnungen hergerichtet werden.

VB. Hoss schlägt vor, ein Komitee, bestehend aus den StR. Hellmann, Hohensinner, Schwer und Tomola einzusetzen, das gemeinsam mit den Magistratsreferenten die Frage der Freimachung und Wiederverbenützung der Schulen zu besprechen und sich eingehend zu informieren habe. Diesem Vorschlage wird zugestimmt.

2. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 6. Februar 1919. Nr. 62.

Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Dr. Kienböck über die Umwandlung des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien in eine Rechtshilfestelle. Das wirtschaftliche Hilfsbüro, das während des Krieges in unermüdlicher Hilfsbereitschaft den Einberufenen und ihren Familien unter Leitung Sr. Exzellenz Dr. von Wittek zur Seite gestanden ist, wird in der nächsten Zeit seine Tätigkeit einstellen. Einzelne Hilfsaktionen gehen auf jene städtischen Aemter über, mit denen das Hilfsbüro in näherer Fühlung gestanden ist, so die Wohnungs- und Mietzinsangelegenheiten, die Beratung von Invaliden und Kriegshinterbliebenen. Das Hilfsbüro war zu Gunsten der Kriegerfamilien auch als unentgeltliche Rechtshilfestelle tätig und es würde daher seine gänzliche Liquidation in den Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Wien eine empfindliche Lücke hinterlassen. Aus diesem Grunde hat man sich mit dem Gedanken getragen, den Fortbestand der unentgeltlichen Rechtshilfestelle durch Errichtung einer städtischen Wohl-

fahrtseinrichtung mit dieser Aufgabe zu sichern. Dem Plenum des wirtschaftlichen Hilfsbüros wurden nun Leitsätze für den Betrieb und die Organisation einer Rechtsauskunftei für Unbemittelte vorgelegt. Die Fragen über die Berufung der Persönlichkeiten, die als Rechtsberater tätig sein sollen, wurden im Hilfsbüro eingehend erörtert und zwar dankenswerter Weise in steter enger Fühlung mit der n.ö. Advokatenkammer. Vor einigen Tagen wurde der Entwurf von Satzungen der Rechtshilfestelle der Gemeinde für Bedürftige, der bereits die Billigung der Advokatenkammer gefunden hat, fixiert. Die Kosten der Errichtung und Erhaltung der Rechtshilfestelle würden sich auf ungefähr 9000 Kronen jährlich belaufen. Der Berichterstatter stellt folgende Anträge: Die Gemeinde Wien errichtet am 1. März 1919 eine unentgeltliche Rechtshilfestelle für Bedürftige als Zweig der städtischen Wohlfahrtspflege. Der vorgelegte Entwurf der Satzungen der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige wird genehmigt. Die Dienstesanweisung der Rechtshilfestelle wird der Stadtrat auf Antrag ihres Plenums erlassen. Zur Bestreitung der einmaligen Kosten der Errichtung der Rechtshilfestelle für Bedürftige wird ein Kredit von 4000 Kronen, zur Bestreitung der jährlichen Betriebskosten ein Kredit von 9000 Kronen bewilligt. Der Magistrat wird ermächtigt zur Unterbringung der Rechtshilfestelle für Bedürftige das von der Verwaltung des Hauses im 9. Bezirke Pereringasse 2 gestellte Mietanbot mit Wirksamkeit vom 1. Februar d.J. anzunehmen. Die Anträge werden genehmigt.

Für das Baugewerbe. StR. Jung machte in der heutigen Stadtratsitzung darauf aufmerksam, dass die Baumeister in der Lage wären, kleinere Arbeiten sogleich auszuführen, da sie über die nötigen Baumaterialien und Arbeitskräfte verfügen und stellt den Antrag, kleinere Baumeisterarbeiten der Gemeinde bis zur Höhe von ungefähr 10.000 Kronen sofort zu vergeben, wodurch der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wenigstens teilweise gesteuert werden könnte. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und der Baudirektor ersucht, raschestens Vorschläge zu erstatten.

Die Gemeinde Wien für die Arbeitslosen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Spalowsky über den in der letzten Sitzung des Stadtrates von den sozialdemokratischen Stadträten eingebrachten Antrag auf Bewilligung eines 50 %igen Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung aus den Mitteln der Gemeinde Wien. StR. Spalowsky stellte nach eingehender Begründung folgenden Antrag: 1.) Die Gemeinde Wien anerkennt prinzipiell die Notwendigkeit einer Differenzierung der Arbeitslosenunterstützung in Wien und demübrigen Deutschösterreich. 2.) Unter der Voraussetzung, dass die Differenzierung Platz greift, erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, vom 1. Februar dieses Jahres den deutschösterreichischen Familienerhaltern, die bereits im Genusse einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung und von Familienzulagen stehen, einen Zuschuss von 1 Krone täglich für jedes unterstützte Familienmitglied und jenen deutschösterreichischen Familienerhaltern, die neu in die Arbeitslosenunterstützung genommen werden, für jedes unversorgte Familienmitglied: Ehegattin, Lebensgefährtin, eigene-, Stief-, Wahl- und Pflegekinder unter 14 Jahren, ebenfalls einen Zuschuss von 1 Krone täglich zu gewähren. 3.) Dieser Zuschuss wird jedoch nur solchen Familienerhaltern gewährt, die vor dem 1. Februar 1919 in Wien wohnhaft waren. 4.) Die Gemeinde Wien beansprucht eine entsprechende Einflussnahme auf die Zuerkennung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung. 5.) Die Gemeinde fordert von der Regierung strenge Massnahmen, die einen Missbrauch des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung in Zukunft verhindern. 6.) Es wird ein stadträtliches Komitee eingesetzt, das anlässlich

der bevorstehenden Regelung der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung zur Kenntnis bringt. *(Die Wünsche der Gemeinde für Arbeit und der Regierung)*

VB. Reumann wies darauf hin, dass die gegenwärtige Arbeitslosigkeit insbesondere dadurch verursacht wurde, dass die Blockade noch immer nicht aufgehoben ist. Er gibt folgendes interessantes Ziffernmaterial über die Unterstützung der Arbeitslosen bekannt: Vom 18. November bis 1. Dezember 1918 wurden an Unterstützungen ausgezahlt 800.000 Kronen, vom 1. bis 13. Dezember 1918 1,600.000 Kronen, vom 14. bis 30. Dezember 4,500.000 Kronen, vom 31. Dezember bis 12. Jänner 6,400.000 Kronen, vom 13. bis 26. Jänner 6,700.000 Kronen und vom 27. Jänner bis 9. Februar 8,500.000 Kronen. Redner tritt für den ursprünglichen Antrag der Sozialdemokraten ein, es möge nicht eine Abstufung nach dem Familienstande, durch Bewilligung von einer Krone pro Kopf eintreten, sondern es mögen 50 % Zuschuss gewährt werden.

StR. Spalowsky bemerkt, dass er in sozialer Hinsicht die Abstufung für richtig gehalten hätte, er wolle sich jedoch dem Antrage insofern akkommodieren, dass er beantrage, vom 1. Februar an an die deutschösterreichischen Familienerhalter, welche im Genusse einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung und von Familienzulagen stehen, einen Zuschuss von 3 Kronen täglich zugewähren. Solche Familienerhalter, welche erst neu in die Arbeitslosenunterstützung genommen werden, haben von dem Tage an, an dem ihr Anspruch an die staatliche Unterstützung wirksam ist, den Zuschuss zu erhalten. Schätzungswweise erfordere dies pro Tag 128.000 Kronen und pro Monat 3,800.000 Kronen.

StR. Hein stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien spricht das tiefste Bedauern darüber aus, dass trotz der längst erfolgten faktischen Beendigung des Krieges die Blockade als schärfste Form des wirtschaftlichen Krieges noch immer aufrecht erhalten, wodurch die Arbeitslosigkeit herbeigeführt und die Ruhe und Ordnung auf das schwerste gefährdet wird.

Es sprechen noch die Stadträte Weigl, Brenner, Dr. Kienböck, Hützel und Pick und Müller. Letzterer stellt folgenden Antrag: Den Familienerhaltern wird auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung eine tägliche Zulage von mindestens 2 Kronen gewährt. Jene Familienerhalter, die ausser ihrer Person mehr als 2 Mitglieder zu versorgen haben, wird für jedes weitere Familienmitglied eine weitere Krone ausbezahlt sein. Bei der Abstimmung wird der modifizierte Referentenantrag angenommen. Der Antrag Müller wird abgelehnt, den Antrage Hein wird zugestimmt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur **Emmy Michler**.
Wien. 1. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

82. Jahrgang, Wien, Freitag, 7. Februar 1919, Nr. 63.
Vorgehung der Notstandsmaßnahme. Um in der gegenwärtig herrschenden Mangelnot den Heimkehrern und Kriegsgetrauten die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, vorläufig 600 Wohnungseinrichtungen zu vergeben. Hierzu gehören 400 Einzimmerwohnungen, 200 Zweizimmerwohnungen und 600 Kücheinrichtungen. Diesbezügliche Angebote sind bis längstens 28. Februar beim Wirtschaftsamt der Stadt Wien einzubringen und können dortselbst die näheren Bedingungen während der Amtsstunden von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Die Gemeinde Wien für ihre Angestellten. In der gestrigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Vaugoin über die Bewilligung einer Notstands-aushilfe einer ausserordentlichen Aushilfe für die von Militärdienst Heimkehrern und sonstige Massnahmen zugunsten der Angestellten. Dem Umstande dass die Angestellten der Gemeinde Wien unter den Wirkungen des Krieges schwer zu leiden haben, hat die Gemeinde während der Kriegszeit wiederholt Rechnung getragen, indem sie Kriegszulagen einführt, die sie den Verhältnissen entsprechend immer wieder erhöhte, Anschaffungsbeiträge und Lohnerhöhungen bewilligte. Auch für den Anfall aller durch Zeitablauf erreichbaren Bezugs erhöhungen hat sie in der Weise Rechnung getragen, dass sie in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle fünf halbe Dienstjahre den tatsächlich vollstreckten zugerechnet hat. Schon im Herbst 1917 musste die Gemeinde Wien ein Anlehen von 80 Millionen Kronen aufnehmen, um die erhöhten Ausgaben für die Angestellten und die sonstigen Kriegsausgaben bestreiten zu können. Die durch die weitere Steigerung aller Preise bedingte notwendige Erhöhung der Kriegszulagen konnte im Oktober 1918 abermals nur durch die Aufnahme eines Anlehens (250 Millionen Nominale) gedeckt werden. Von diesem Anlehen sind bereits rund 120 Millionen ausgegeben. Eine Belastung der Bevölkerung mit Abgaben ist in der nächsten Zeit unmöglich und es stellt sich daher der realistische Betrag als Fond dar, mit dem die Gemeinde Wien nicht nur den grössten Teil der Ausgaben für die Angestellten, sondern auch einen grossen Teil der sonstigen Ausgaben, besonders aber alle ausserordentlichen Kriegsausgaben bestreiten muss. Das Erfordernis für die Kriegszulagen beträgt nach den jetzigen Sätzen unter Berücksichtigung der Heimkehrer rund 90 Millionen für die Gemeinde und ihre Unternehmungen. Hierbei muss bemerkt werden, dass sämtliche Unternehmungen der Gemeinde bereits passiv sind und schon jetzt einen bedeutenden Zuschuss für die Kriegszulagen der Angestellten bedürfen.

Um nun den Wünschen der Angestellten, die finanzieller Natur sind, nachzukommen, schlägt der Magistrat folgende Massnahmen vor. Den Angestellten der Gemeinde Wien und ihren Unternehmungen (einschliesslich der Lehrpersonen) sowie den Witwen und Waisen nach solchen wird neuerlich eine bis längstens 15. Febr. 1919 auszahlende einmalige Notstandsaushilfe im Ausmass des Gemeinderatsbeschlusses vom 19. Dezember 1917 bestimmten Anschaffungsbeitrages und nach dem daselbst festgesetzten Bemessungsgrundsätzen bewilligt. Diese Aushilfe gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Dezember 1918 bereits im Dienste gestanden sind und das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages noch fortbesteht. Dem zum Militär (Volkswehr) Dienste eingetragenen Angestellten unter der weiteren Voraussetzung, dass sie im Genuss eines Fortbezuges an Gehalt oder Lohn stehen. Für diese gilt als

Bemessungsgrundlage jener Bezug, der ihnen zukäme, wenn sie nicht eingetragene wären. Der laut Gemeinderatsbeschluss festgesetzte 10%ige Zuschlag für die beiden untersten Bezugsklassen hat auch für diese Aushilfe zu gelten. Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und der Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Febr. 1918 massgebend. Die Ausnahmestimmung für das Arbeitspersonal von Gemeindebetrieben ausserhalb Wiens hat auch für diese Aushilfe zu gelten.

Den nach einer mindestens 6 monatlichen ununterbrochenen Militär- oder versächlichen Kriegsdienstleistung in den städtischen Dienst zurückgekehrten oder künftig zurückkehrenden Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen (einschliesslich der Lehrpersonen) wird unter der Voraussetzung, dass sie am Tage der Auszahlung noch im städtischen Dienst stehen, eine ausserordentliche Aushilfe bewilligt. Diese Aushilfe richtet sich nach dem laut Gemeinderatsbeschluss vom 15. Oktober 1918 bewilligten Anschaffungsbeitrag und entspricht, wenn der Angestellte am 1. November 1918 oder später in den Dienst zurückgekehrt ist oder zurückkehrt, der vollen Höhe, wenn er vor dem 1. November 1918 zurückgekehrt ist, 2/3 und wenn er vor dem 1. Jänner 1918 zurückgekehrt ist, der Hälfte dieses Anschaffungsbeitrages. Als Tag der Rückkehr hat jener Tag zu gelten, von dem ihm seine normalen Bezüge oder die Kriegszulage angewiesen wurden oder werden. Dem Lehrpersonen wird in die Aushilfe je nach Betrag eingerechnet, der ihnen als Kriegszulage für das Jahr 1918 zukommt und nur der etwaige Überschuss der Aushilfe ausbezahlt.

Zur Behebung der in den letzten Jahren eingetretenen Stockungen in der Beförderungsverhältnisse in jenem Status, bei welchem nicht ohnedies die zweithöchste Rangklasse durch Zeitbeförderung oder Klassen vorrückung erreichbar ist, wird der Stadtrat ermächtigt, die rangältesten Beamten der höchsten durch Zeitbeförderung erreichbaren Rangklasse in die Bezüge der nächsthöheren Rangklasse vorrücken zu lassen. Wegen Einrechnung des Einjährig-Freiwilligen-Jahres der Lehrer in ihre Gesamt dienstzeit ist vom Magistrat ehestens ein Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Das Sterbequartal nach Lehrern, die als Eingetragene gestorben sind ist nach Massgabe der Bestimmungen für die Gemeindebeamten aus Gemeindegeldern flüssig zu machen.

Die Einführung von Personalvertretungen der Gemeindeangestellten (einschliesslich der Lehrpersonen) wird grundsätzlich genehmigt. Die näheren Bestimmungen werden einem späteren Beschluss vorbehalten.

Zur Vorbereitung der weiteren Massnahmen zugunsten der Angestellten wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte ein Komitee bestehend aus allen Parteien, das zu seinen Beratungen auch Vertreter der Angestellten beziehen wird.

Das Erfordernis für den einmaligen Anschaffungsbeitrag beträgt 11½ Millionen und für die einmalige Aushilfe für die Heimkehrer rund 4½ Millionen Kronen, das aus den Beständen des Anlehens vom Jahre 1918 zu decken ist.

In der Wechselrede, die sich an das Referat knüpfte, sprachen VB. Reumann, welcher die Befristung der Arbeiten des Komitees forderte, StR. Richter, der die ausserhalb Wiens wohnenden Angestellten in dem Antrag miteinbezogen wünschte, ferner die StR. Hellmann, Dr. Hein, Angermayr, Melcher und Pick, welche letzterer verlangte, dass ein Bericht des Magistrates über die Möglichkeit einer besseren Berücksichtigung der unteren Gehaltsstufen bei Gewährung der Notstandsaushilfe eingeholt werde.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag des Berichterstatters, ferner der Zusatzantrag des VB. Reumann in der Fassung angenommen, dass das Komitee nach dem Verlauf von drei Wochen über den Stand seiner Arbeiten an den Stadtrat zu berichten habe, angenommen. Der Antrag des StR. Pick wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Beratung im Stadtrat ging eine Beratung des Bürgermeisters mit den Vertretern der Beamtenschaft und Lehrerschaft voraus, welche sich

auf alle Punkte der von den Beamten und Lehrerverbänden überreichten Memoranden bezog. Der Bürgermeister teilte die Forderungen in zwei Gruppen, in die eine, deren Erledigung durch den Stadtratsreferenten Vaugoin noch in der Stadtratsitzung erfolgen könne und in die andere, welche pragmatischer und systematischer Natur sei und deren Vorberatung in einem vom Gemeinderate zu wählenden Komitee in Verbindung mit den Vertretern der Beamtenschaft und Lehrerschaft zu erfolgen hätte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach sich für die Personalvertretung mit festzusetzenden Wirkungskreise aus und für die Eröffnung der Bezüge der höheren Rangklassen, für länger dienende Beamte unter bestimmten Voraussetzungen.

Kontrollor Schulz sprach den Bürgermeister im Namen der Beamtenschaft den Dank der Beamten und Lehrer aus.

Magistratsrat i. P. Johann Hulka vollendet am 9. Februar d. J. sein 70. Lebensjahr. Der Jubilar erfreute sich während seiner Dienstzeit infolge seines gewinnenden Wesens stets allgemeiner Wertschätzung.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinde Wien. Wie bereits mitgeteilt wurde, berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer der letzten Sitzungen des Stadtrates über die Aufstellung eines Programmes von kommunalen Arbeiten, welche zur Linderung der Arbeitsnot in Angriff genommen werden sollen. Es wurde damals beschlossen, ein siebengliedriges Stadträtliches Komitee zur Vorberatung des Arbeitsplanes einzusetzen. Das Komitee hat seine Arbeiten beendet und Bürgermeister Dr. Weiskirchner legte in der heutigen Sitzung dem Stadtrate die neuerlichen Anträge vor. Die Arbeiten gliedern sich in Hochbauten, für welche ein Betrag von 44 2/3 Millionen Kronen, in Tiefbauten, für die 11 1/2 Millionen Kronen und in Erdarbeiten, für welche 3 1/2 Millionen Kronen Kosten veranschlagt sind. Die Gesamtkosten betragen 59 7/8 Millionen Kronen. Von den Hochbauten sind an erster Stelle die Erhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden (3 1/2 Millionen Kronen), der Bau des zweiten Pavillons im Lainzer Versorgungsheim (3/4 Millionen K), der Bau von 143 Kriegswohnhäusern (10 Millionen) und die Errichtung der Kriegerheimstätten in Aspern (7 Millionen K) vorgesehen. Von den Tiefbauten ist geplant die Ausführung des Kaiser Ebersdorfer Sammelkanals im 21. Bezirk. Die Gesamtkosten hierfür betragen 8 0/10 Millionen Kronen. Bei den Erdarbeiten sind verschiedene Abgrabungen und Niveau regulierungen geplant. Die Voraussetzung für die Möglichkeit der Inangriffnahme der Arbeiten ist vor allem die Beschaffung von Ziegeln, Zement, Eisen, Holz, Glas, Leinöl und Maschinen. Besonderes Gewicht wurde bei der Zusammenstellung der Arbeiten darauf gelegt, so rasch als möglich mit solchen Arbeiten zu beginnen, die dem gesamten Baugewerbe Beschäftigung bieten. Das Stadtbauamt berechnet, dass bei allen diesen Arbeiten ungefähr 10 420 Arbeiter Beschäftigung finden dürften. Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellte folgende Anträge: Die Durchführung der mit 58 7/8 Millionen Kronen veranschlagten öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot wird genehmigt und der auf die Gemeinde Wien entfallende Betrag von 53 7/8 Millionen Kronen bewilligt.

Der in der Zusammenstellung angegebenen Reihenfolge der Ausführung der Hoch- und Tiefbauten und Erdarbeiten wird zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, dass deren Einhaltung von vielen nicht vorherzusehenden Umständen, wie Beschaffung der Baustoffe und sonstigen technischen Hindernissen abhängt, ist der Stadtrat aber ermächtigt, im Bedarfsfalle die Folge der Arbeiten im eigenen Wirkungskreise zu ändern. Die n. ö. Landesregierung ist zu ersuchen, dass sie behufs Mitwirkung bei Behebung der Arbeitslosigkeit alle Vorkehrungen zur Durchführung des Baues des Diözesan-Sammelkanals und der Liesingbach Regulierung und Schwarza Regulierung treffe. Sie wäre auch gleichzeitig zu ersuchen, aus denselben Gründen die Regulierung möglichst zahlreicher Bäche und Flüsse Niederösterreichs und die Ausgestaltung der Landstrassen in Aquiflüssen zu nehmen. An die Regierung der

Grund eines abgekürzten Verfahrens die Überweisung der für Notstandsarbeiten im öffentlichen Interesse notwendigen Grundflächen, auf welchen sich kein Bauwerk und keine Platzgärten, Kriegsgemüsegärten ausgenommen befinden, in kürzester Frist ermöglicht werde.
Zu dem Referate sprach StR. Melcher, worauf die Anträge einstimmig angenommen wurden.

Deutschösterreichischen Republik ist mit dem Ersuchen heranzutreten, der Gemeinde Wien zur Ermöglichung von Bauarbeiten zur Behebung der Arbeitsnot die grösstmögliche Bevorzugung und Unterstützung beim Bezuge der erforderlichen Baustoffe angedeihen zu lassen, bzw. alle Massnahmen zu treffen, dass die Erzeugung der nötigen Baustoffe in erforderlicher Ausmass möglichst gewährleistet werde. Die Regierung ist weiters zu ersuchen, mit thätigster Beschleunigung eine Verordnung zu erlassen, durch die auf

Der Schweizer Hilfszug in Wien. Heute vormittag langte der Schweizer Liebesgabenzug mit den durch die Schweizer Hilfsaktion gesammelten Liebesgaben, welche unentgeltlich an die Wiener Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollen, im Lagerhause der Stadt Wien ein. Als offizielle Delegierte der Schweizer Liebesgabenaktion begleiteten den Zug: Armeninspektor Pfarrer Lörtscher, (Bern), Lebensmitteldirektor Wächter und der Generalsekretär der Aktion Redakteur Bierbaum (Zürich), Lebensmitteldirektor Buser und Vorsteher Sidler (Basel), sowie der Präsident des Genfer Hilfskomitees für Wien Pierre Maurice (Genf). Im Lagerhause begrüßte Obermagistratsrat Formanek namens des Bürgermeisters die Herren auf das Herzlichste; hier hatten sich auch eingefunden Magistratsrat Dr. Roskopf, Lagerhausdirektor Nübel, Oberinspektor Peldrian und Stationsvorstand Hübel. Der Zug besteht aus 29 Waggonen mit Liebesgaben für Wien und ist von Mannschaften des Appenzeller Gebirgsregimentes Bataillon 83, 20 Mann, unter Kommando des Oberleutnants Pozzi begleitet. Oberstleutnant Frey der Schweizer Hilfsmission, der die Herrn ebenfalls im Lagerhause erwartete, geleitete sie sodann ins Rathaus, wo sie Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer längeren Ansprache begrüßte, in der er ausführte: Ich habe wiederholt schon und auch in öffentlicher Gemeinderatsitzung im Namen aller Vertreter der Bevölkerung Wiens dem heisstesten Danke Ausdruck gegeben für die Hochherzigkeit, mit der die Schweiz unserer notleidenden Stadt zu Hilfe gekommen ist. Ich kann dies heute nur wiederholen. Die Briefe, die ich von Ihren Schulkindern bekomme, haben mich und die gesamte Wiener Bevölkerung tief gerührt. Ich kann nur sagen, dass ein Volk, welches solche Kinder besitzt, mit gutem Vertrauen in seine Zukunft blicken kann. Ich muss aber noch einen anderen Dank hinzufügen, denn durch das Vorgehen der Schweiz ist eigentlich die Blockade für uns gebrochen worden. Ihr Professor Ferriere ist durch seine Untersuchungen, die er hier angestellt, derart erschüttert zurückgekommen, dass er eine Wadung zu unseren Gunsten herbeigeführt hat. Es wird die hohe Aufgabe der freien Schweiz sein, an Stelle des Hasses wiederum die reinen Gefühle der Menschlichkeit zu setzen, die in diesen unseligen Kriegszeiten so bald vergessen waren. In diesem Sinne wird sich die Schweiz unschätzbare weltgeschichtliche Verdienste erwerben. Um unserem Danke für die edle Hilfsbereitschaft der Schweiz sichtbaren Ausdruck zu verleihen, danke ich daran, die Erlaubnis der Schweiz zu erbitten, dass wir ein kleines Denkmal in einer Schweizer Stadt setzen dürfen zur Erinnerung an die schwere Zeit und die wiederkommende Völkerverbrüderung. Sei es Sie also nochmals herzlich willkommen und nehmen Sie auch aus dem Munde des Bürgermeisters den Dank der gesamten Bevölkerung und die Versicherung entgegen, dass Sie nach Erfüllung Ihrer Mission zurückkehren können mit dem tröstlichen Bewusstsein, hier viele Tränen getrocknet zu haben. - Pfarrer Lörtscher erwiderte namens der Schweizer Delegation die Begrüßungsworte des Bürgermeisters und sagte: Wir freuen uns, die schöne edle Stadt Wien zu sehen, wollen aber nicht vergessen, was uns hierhergeführt hat, die Not der Zeit, die auf der Stadt Wien liegt. Als die Berichte über die grosse Notlage der Wiener Bevölkerung nach der Schweiz gelangten, da war die Hilfsbereitschaft einmütig und freudig in der ganzen Schweiz. Es ist dies ein Lichtschimmer für die Zukunft und wie heute hier die Sonne scheint, wollen wir hoffen, dass über das schöne Wien und die ganze Menschheit bald die volle Friedenssonne scheinen werde. Ich habe namens der ganzen Schweizer Bevölkerung die besten Grüsse und die aufrichtigsten Wünsche für die Zukunft zu überbringen. - Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte sodann noch den besonderen Dank an die Schweizer Presse zum Ausdruck, deren Propagandatätigkeit für das bedrängte Wien einen Hauptanteil an dem Erfolg der Aktion bedeute. Er bitte, Herrn Redakteur Bierbaum, den er als Vertreter der Presse ansprechen möchte, diesen Dank entgegennehmen zu wollen. - Redakteur Bierbaum übermittelte vorerst die persönlichen Grüsse des Züricher Stadtobershauptes Stadtpräsidenten Naegeli und sagte: Wir haben mit Wien seit langem die besten Beziehungen unterhalten. Sie liegen in der Kunst und Literatur begründet und Zürich hat sich immer gefreut, ihre grossen Künstler und Sänger begrüssen zu können. Wenn wir also für Wien eine Hilfsaktion einleiteten, so geschah es auch

in dem Bewusstsein, damit einen grossen Teil dieser Dankesschuld wieder wett machen zu können. Sie waren so liebenswürdig an die Presse zu denken und ich werde dafür sorgen, dass dies auch bei uns bekannt wird, und spreche schon heute den besten Dank für diese Anerkennung aus.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung wird in der 91. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine Wohlfahrtsfleisch und zwar ein Achtel kg zum Preise von 1 Krone für jeden Kopf des Haushaltes gegen Abtrennung des Abschnittes 5 in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier abgegeben werden. Ausserdem wird für jeden Kopf des Haushaltes aus der englischen Liebesgabenendung 1 Stück Zwieback (6 bis 7 dkg) unentgeltlich gegen Abtrennung des Abschnittes 6 ausgefolgt werden. Alle Einzelpersonen, denen in der 90. Woche die Fleischmenge bereits für 2 Wochen ausgefolgt wurde, erhalten gegen Abtrennung des Abschnittes 6 des rosafarbenen Einkaufscheines 1 Stück Zwieback. Abgabetermine: Für die Namen mit den Anfangsbuchstaben A bis F Samstag, 15., G bis K Sonntag, 16., L bis R Dienstag, 18. und S bis Z Donnerstag, 20. d.M.

Marmeladeabgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt am 11. d.M. und zwar in folgender Ordnung: Dienstag, 11. A bis C, Sch, Mittwoch, 12. R bis L, St, Donnerstag, 13. M bis R und Freitag, 14. d.M. W bis Z. Von Samstag, 15. d.M. angefangen, erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen welche an den oberwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Marmelade wird durch die städtischen Abgabestellen nur gegen amtliche Ausweiskarten abgegeben und zwar für jede in Haushalte verköstigte Person entsprechend der im Einkaufschein ersichtlich gemachten Personenanzahl $\frac{1}{2}$ kg. Vom amtlichen Einkaufschein ist die Ziffer 40 abzutrennen. Kinder und Schwerarbeiter erhalten diesmal keine Zubusse.

StR. Hohensinner ist nicht unbedenklich erkrankt und musste in das Wiedner Krankenhaus gebracht werden, wo er in Behandlung des Professors Dr. Sternberg steht. Voraussichtlich wird StR. Hohensinner längere Zeit zu seiner Wiederherstellung bedürfen.

Störungen in der Kohlenversorgung. Die äusserst mangelhafte Versorgung mit Kohle in den letzten Tagen ist der gleichzeitig eingetretenen Störung in der Zufuhr aus der Richtung von Oberschlesien, Böhmen und Westfalen zuzuschreiben. Es ist anzunehmen, dass diese Störungen nur vorübergehend sein werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michlew.**
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 8. Februar 1919. Nr. 64.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 9. und 15. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis U abgegeben.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 13. d. M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den Rindfleischeneinkaufscheinen die beiden mit der Ziffer 6 bezeichneten ~~abschnitt~~ Halbochenabschnitte abgetrennt und zwar beim einmaligen Bezüge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezüge in zwei Teilen ~~getrennt~~. Die Wochenmenge wurde für jede Person des Haushaltes mit einem Achtelkilogramm einschliesslich der Zuwage festgesetzt.

Die Abgabe von Reis für Mindestbemittelte. In der Woche vom 9. bis 15. d. M. wird Schweizer Reis an Mindestbemittelte abgegeben. Bezugsberechtigt sind alle drei Kategorien der Mindestbemittelten. Der Reis ist für die mit dem Mehlbezug bei städtischen Verschleissstellen rayonierten Mindestbemittelten bei diesen Stellen, für die Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei ihren Organisationen zu beziehen. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen haben sich wegen der Reiszusweisung an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2, 1. Bezirk Rathaus zu wenden. Die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung der Ziffer 57 des grünen, blauen oder gelben Einkaufscheines. Auf jeden Bezugsberechtigten entfällt $\frac{1}{8}$ kg zum Preise von K 1.- Abgabetage von Dienstag 11. bis einschliesslich Freitag, 14. d. M.

Die Abgabe von Brotpaketen aus Sigmundsherberg. Da die noch erübrigenden Reste an Liebesgaben - Brotpaketen aus Sigmundsherberg nunmehr auch eine Beteiligung der bisher nicht zum Zuge gekommenen Besitzer von gelben Einkaufscheinen, welche bloss auf eine Person lauten, ermöglichen, wird die Ausgabe an diese Mindestbemittelten in der Woche vom 9. d. M. bis 15. d. M. erfolgen; bezugsberechtigt sind daher jene Mindestbemittelten mit gelben Einkaufscheinen, welche auf eine Person lauten. Als Abgabestellen für die bei städtischen Verschleissstellen mit dem Mehlbezuge rayonierten

Bezugsberechtigten sind im allgemeinen die grösseren Lebensmittelgeschäfte des betreffenden Bezirkes bestimmt worden; dieselben sind bei den magistratischen Bezirksämtern und in den Marktanteilsabteilungen zu erfragen. Die Mitglieder der Konsumentenorganisationen beziehen die Pakete bei ihrer Organisation. Die Abgabe der Pakete erfolgt wieder unentgeltlich und zwar gegen Abtrennung der Ziffer 33 des gelben Einkaufscheines. Abgabetage: von Mittwoch, 12. bis einschliesslich Samstag, 15. d. M.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 9. bis einschliesslich 15. d. M. gegen Abtrennung des Zifferabschnittes C des grauen Einkaufscheines für Rindfleisch und des rosa Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch. Der Preis des städtischen Unterzündholzes ist unverändert.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 8. Februar 1919. Nr. 65.

Die Denkschrift der Gemeinde Wien über den Stadterweiterungsfond. Wie bereits gemeldet hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner nach einem Beschlusse des Stadtrates eine Denkschrift über die Rechtsverhältnisse der Gemeinde Wien zum Stadterweiterungsfond an den deutschösterreichischen Staatsrat gerichtet, in der die Bitte gestellt wird, auf der in derselben dargestellten Grundlage Verhandlungen anzuordnen. Die Denkschrift führt aus, dass die im 18. Jahrhundert bestehenden Eigentumsrechte der Gemeinde Wien lediglich aus öffentlichen (militärischen) Rücksichten beschränkt wurden. Die namentlich im Festungsrayon liegenden Grundstücke waren bloss mit dem sogenannten Rayonsservitut belastet, wonach sie nicht in solcher Weise bebaut und benützt werden durften, dass die militärische Verteidigung der Festung erschwert oder behindert würde. So lagen die Verhältnisse bei den Festungswerken bis zum Jahre 1814, die im Besitze der Stadt Wien standen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde nun durch ein Rechtsgutachten der Kammerprokurator ein völliger Umschwung herbeigeführt und zufolge allerhöchster Entschliessung wurde der Besitz und das Eigentum an den Festungswerken den Festungsbehörden zugesprochen; die Gemeinde wollte die Angelegenheit im Jahre 1815 im gesetzmässigen Wege austragen. Es wurde ihr aber die Betretung des Rechtsweges mit der Begründung verweigert, dass die Angelegenheit schon Allerhöchsten Ortes entschieden sei. Im Jahre 1857 schien es nun, wie wenn das alte Unrecht teilweise gut gemacht werden sollte. Ein kaiserliches Handschreiben brachte die Botschaft, wonach die Auflassung der Befestigungen bewilligt und aus dem dadurch gewöhenen Vermögen der später sogenannte Wiener Stadterweiterungsfond mit der Zwecksbestimmung gestiftet wurde, die Innere Stadt zu erweitern und die Stadt selbst zu regulieren und zu verschönern. Die Verwaltung dieses Stadterweiterungsfondes wurde dem Ministerium des Innern übertragen und der Gemeinde jeder Einfluss darauf verwehrt. Da der Fond ein vom Staatsvermögen getrenntes Rechtssubjekt bildete, vermochte sich die Regierung auch jeder parlamentarischen Kontrolle ihrer Gebahrung zu entziehen. In der fiskalischen Verwertung der Grundflächen ist die Regierung bis an die äussersten Grenzen gegangen und die Gemeinde Wien erhielt z. B. nicht einmal den Platz für das Neue Rathaus unentgeltlich, geschweige denn einen Baukostenbeitrag, sondern sie mussten den Baugrund um 257.000 fl kaufen. Wohl aber musste die Gemeinde die Kosten für die Anlage der Strassen und Kanalisierung, der Beleuchtung, der Erweiterung der Passagen in der Inneren Stadt, der öffentlichen Gärten u. s. w. tragen. Die Gemeinde hat im Jahre 1897 den Versuch unternommen, eine Vergütung für das ihr angetane Unrecht zu erlangen und beim Ministerium des Innern um die Bewilligung eines auf 15 Jahre verteilten Beitrages von 15 Millionen fl aus dem Stadterweiterungsfond für Zwecke der Stadtr Regulierung angesucht. Dieses Ansuchen wurde abgewiesen, da das Fondvermögen nur mehr 14 Millionen fl betrage und sonach hinter dem für den Ausbau der Hofburg in Aussicht stehenden Aufwand wesentlich zurückbleibe. Da drängt sich wohl die Frage auf, wohin die Riesensumme gekommen sind, die aus der Auflassung der ausgedehnten Festungsgründe gewonnen wurden. Darüber fehlen der Öffentlichkeit verlässliche Anhaltspunkte. Laut Grundbuch betragen die Einnahmen des Fonds für Gründe und Häuserverkauf rund 128 Millionen Kronen, während seine Ausgaben etwa 45 Millionen Kronen ausmachen. Die Öffentlichkeit kann mit Recht verlangen, dass die Veröffentlichung der Fondsgebahrung volle Klarheit über die Verwendung der Mittel des Fonds gestatten werde. Die Wiener Bevölkerung steht heute vor der Tatsache, dass aus einem Vermögen, das zur Gänze unbestritten der Stadt Wien gehört hat und ihr durch einen beispiellosen Rechtsraub entzogen wurde, staatliche Gebäude aufgeführt wurden, zu deren Errichtung das ganze Reich verpflichtet gewesen wäre, ja dass die Stadt überdies noch

die Strassenherstellungen, sowie die kostspieligen Gebäudeeinlösungen fast aus Eigenem bestreiten musste. Die Gemeindeverwaltung hat während der 100 Jahre kaum eine Gelegenheit versäumt, auf das ihr angetane Unrecht hinzuweisen. Es ist hoch an der Zeit, dass das der Stadt Wien zugefügte Unrecht gut gemacht werde. Hierzu wäre der direkteste Weg die Rückgabe des Stadterweiterungsfondes in das Eigentum der Gemeinde Wien, aus deren Vermögen er ja geschaffen wurde. Damit wäre zwar das in den Jahren 1814 und 1815 begangene und mit der Gebahrung des Stadterweiterungsfondes fortgesetzte Unrecht noch lange nicht gutgemacht, aber durch die Rückgabe des Fonds würde dieser der Gemeinde wenigstens soweit der Fond reicht, das übrige zurückgeben.

Lebensmittelkarten Ausgabe. Am Donnerstag, 13. d. M. (nicht Samstag, 15.) gelangen bei den Brotkommissionen die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten, Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 202. bis 221. Woche, die Fettkarten für die 127. bis 146. Woche, die Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren für die 105. bis 114. Woche, die Milchkarten für Kinder von 2 bis 6 Jahren und für Kinder von 6 bis 14 Jahren für die 105. bis 124. Woche, die Kartoffelkarten für die 72. bis 91. Woche, und die Seifenkarten für die Monate April bis einschliesslich Juli 1919 zur Ausgabe.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf Weiteres ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis beträgt K 1.20 für 1 kg.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Dienstag und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. Die nächste Gemeinderatsitzung dürfte voraussichtlich Mittwoch, 19. d. M. stattfinden.

Die Gemeinde Wien für ihre Angestellten. In dem Berichte über die Stadtratsitzung betreffend die Forderungen der städtischen Angestellten hat sich in einem Blatte insofern eine Unrichtigkeit eingeschlichen als der Antrag des Referenten Str. Vaugoin nicht dahin ging, dass die in Liesing, Klosterneuburg, Mauer etc. wohnenden Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien von der Notstandsausilfe ausgeschlossen werden sollen, sondern es hat sich hier lediglich um die Arbeiter der städtischen Betriebe in Gillingendorf, Mauthausen etc. gehandelt, bezüglich welcher der Antrag Paul Richter in der nächsten Stadtratsitzung zur Berathung kommen wird.

Verband der Fachvereine der Städtischen Angestellten. Mit Bezug auf eine Einladung zu einer Versammlung der Angestellten der Gemeinde Wien teilt uns der Präsident des Fachvereines der städtischen Angestellten Hermann Schulz mit, dass der Verband als solcher Wählerversammlungen überhaupt nicht einberuft oder einberufen könnte, da er als nicht politischer Verein bloss die Standesinteressen der Verbandsangehörigen zu vertreten hat und vertritt.

Die Förderung des Hochschulwesens in Wien.

Zusammenarbeiten der Gemeinde Wien mit den Männern der
Kunst und Wissenschaft.

GR. Dr. Kienböck hat in der Gemeinderatsitzung vom 11. Dezember v. J. den Antrag gestellt, der Bürgermeister wolle eine Kommission einsetzen, welche die grosszügige Förderung des Hochschulwesens in Wien durch die Gemeinde zum Gegenstande haben und klar stellen soll, welche Aufgaben von der Gemeinde auf diesen Gebiete im Einvernehmen mit der Staatsverwaltung zu lösen wären.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sofort den Auftrag gegeben, Vorbereitungen im Sinne des Antrages zutreffen und für heute vormittags waren die Vertreter der Kunst und Wissenschaft zu einer ersten Besprechung im Rathause eingeladen worden. Der Sitzung, welche unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattfand, wohnten auch die VB. Hoss, Rain und Reumann bei. Der Einladung waren folgende Herren gefolgt: Der Rektor der Universität Professor Dr. Becke, der Rektor der technischen Hochschule Dr. Zsigmondy, der Präsident Professor Dr. von Wettstein und der Vizepräsident Professor Dr. Redlich von der Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Beth in Vertretung der evangelischen theologischen Fakultät, der Direktor der tierärztlichen Hochschule Dr. Günther, Direktor Hofrat Dr. Leisching und Vizedirektor Dr. von Trenkwald vom Museum für Kunst und Industrie, der Rektor der Akademie der bildenden Künste von Hellmer, der Direktor der Akademie für Musik und darstellende Kunst Bopp und der Professor Marschall von der akademischen Spezialschule für Medaillierkunst, Magistratsdirektor Pawelka, Stadtbanddirektor Goldemund, Obermagistratsrat Dr. Loderer.

In seiner Begrüssungsansprache verwies der Bürgermeister darauf hin, dass die Zukunft unserer Vaterstadt sicherlich auch davon abhängt, die Bedeutung Wiens als alter deutscher Kulturstätte zu erhalten, zu fördern und zu heben. Es sei deshalb notwendig, dass die Staatsregierung und die Gemeinde alle Massnahmen treffen, welche der Bedeutung unseres Hochschulwesens entsprechen. Auf Grund eines Antrages des StR. Dr. Kienböck hat der Stadtrat am 22. v. M. den Beschluss gefasst, eine Besprechung aller Vertreter der Hochschulen und der gleichwertigen Institute abzuhalten, damit die Gemeindeverwaltung von den berufenen Vertretern erfährt, welche Massnahmen im allgemeinen zu empfehlen sind. Insbesondere wird zu erwägen sein, welche Aufgaben in den Pflichtenkreis der Staatsregierung fallen und was die Gemeinde im eigenen Wirkungskreise unter Zuziehung weiterer Schichten des Wiener Bürgertums veranlassen kann.

StR. Dr. Kienböck legte die Beweggründe dar, welche ihn zur Einbringung des Antrages veranlasst haben. Wien welches bisher Mittelpunkt eines grossen Staatswesens war, ist infolge des Verfalles des Reiches in seiner Stellung als Stätte der Kunst und Wissenschaft ausserordentlich gefährdet. Es ist deshalb notwendig, dass zugleich mehr als früher konkrete positive Massnahmen zur Förderung der Kunst und Wissenschaft in Wien Platz greifen, damit der Rang, den unsere Stadt bisher unter den Grossstädten eingenommen hat, nicht in Frage gestellt erscheine.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wies kurz auf seine erfolgreichen Bestrebungen hinsichtlich der Ausgestaltung der technischen Hochschule hin, die er nur im Kampfe gegen die frühere Regierung durchsetzen konnte. Bei einer Besprechung mit verschiedenen Abgeordneten des deutschen Zentrums habe er die Ueberzeugung gewonnen, dass auch im Deutschen Reiche volle Geneigtheit besteht, die Bedeutung Wiens im Falle des Anschlusses im weitestgehenden Masse zu würdigen. Es sollen deutsche Reichsämter hierher verlegt werden, es sei weiter gedacht eine Reichshochschule für Musik in Wien zu errichten. Die Abgeordneten der deutschen Republik seien sich bewusst, dass man Wien nicht

sinken lassen dürfe und dass es als alte Kulturstätte in seiner bisherigen Bedeutung weiter erhalten werden müsse.

Der Bürgermeister ersuchte die Herren, ihre Wünsche, die sich hauptsächlich auf sachliche Erfordernisse wie Beistellung und Einrichtung von Räumen, Erweiterung und Ausgestaltung verschiedener Institute sowie Fürsorge für Studenten erstrecken werden, vorzubringen.

Sämtliche Herren, die sich dann zum Worte meldeten, sprachen einmütig dem Bürgermeister für die Initiative, die er in dieser für die Stadt Wien so hochwichtigen Angelegenheit ergriffen habe, den besten Dank aus, präzisierten ihre Stellungnahme und machten eine Reihe von Vorschlägen.

VB. Reumann bemerkte, es werde gerade im republikanischen Staatswesen dem Unterrichtswesen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Wenn der Bürgermeister erwähnt hat, dass das Zentrum des deutschen Reiches alles aufbieten werde, dass unser Hochschulwesen nicht verkümmert werde, so glaube er auch die Versicherung geben zu können, dass die deutsche Sozialdemokratie dasselbe Bestreben haben werde. Von Wichtigkeit sei es, dass der Ruf, den Wien bisher im Auslande genoss, nicht untergraben werde. Wir dürfen unsere Hochschulen von dem Zuströmen anderer Nationalitäten nicht verschliessen, der internationale Charakter unseres Hochschulwesens müsse gewahrt bleiben.

Hofrat Dr. Wettstein machte den Vorschlag, dass die heutige Versammlung ergänzt durch eine Reihe von noch einzuladenden Personen sich als ständige Kommission konstituiere und drei Sektionen einsetze. Die erste Sektion habe das Programm für die Ausgestaltung des Hochschulwesens in räumlicher Hinsicht auszuarbeiten. Die zweite Sektion habe sich mit der Ausgestaltung und Unterbringung von Museen und ähnlichen Instituten zu befassen, wobei sie auch ihr Augenmerk auf die Erwerbung der Hofgüter zu richten habe. Die dritte Sektion habe sich mit der studentischen Wohlfahrtspflege zu befassen.

Nachdem noch die anderen Anwesenden einzelne spezielle Wünsche bekannt gegeben hatten, erklärte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Vorschlag des Hofrates Dr. von Wettstein für ausserordentlich zweckmässig und brachte ihn zur Abstimmung. Er wurde einstimmig genehmigt. Als Obmann der ersten Sektion wurde Hofrat Dr. von Wettstein, als

Obmann der zweiten Sektion Hofrat Leisching und als Obmann der dritten Sektion Hofrat Dr. Becke gewählt.

Der Bürgermeister bemerkte noch, dass den Beratungen der dritten Sektion, allenfalls auch jenen der beiden anderen Sektionen Vertreter der Studentenschaft beigezogen werden. Er erklärte schliesslich, dass der ihm gezollte Dank auch dem VB. Bürgermeister und der ganzen Gemeindevertretung zufalle, gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Anregung der Gemeindevertretung bei den Massgebenden Persönlichkeiten solchen Anklang gefunden habe und schloss dann die Sitzung.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michew.**
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Februar 1919. No 67.

Kinder nach St. Gallen. Der katholische Volksverein in St. Gallen hat eine Aktion eingeleitet, durch welche arme erholungsbedürftige Wiener Kinder für die Dauer von 6 bis 8 Wochen unentgeltliche Aufnahme bei Schweizer Familien finden sollen. In Wien hat sich für diese Aktion ein Komitee gebildet, das aus dem Fürstbischof von Wien, dem Bürgermeister, dem Staatssekretär des Staatsamtes für Volksgesundheit und dem Schweizer Gesandten besteht. Wie uns mitgeteilt wird, geht der erste Kindertransport für welchen der Berner Bundesrat die Einreisebewilligung erteilt hat, unter der Leitung des städtischen Jugendamtes, das mit der Durchführung der Aktion betraut wurde, Mittwoch, 12. d.M. 12 Uhr 20 Min. mittags ab.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 6., 7. und 10. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte M bis U der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Februar 1919. No 68.

Die Berufsunteroffiziersfrage. Sowie die Gagisten der ehemaligen Wehrmacht, sind auch die Berufsunteroffiziere - über 12.000 in Deutschösterreich - durch die geänderten Verhältnisse in ihrer Zukunft auf das schwerste bedroht. Das Gesetz vom 10. April 1872, wonach jeder länger dienende Unteroffizier mit vollstreckten 12. Dienstjahren den Anspruch auf das Anstellungsberechtigungs-Zertifikat erlangt, wurde im Laufe der Jahre durch vielfache Änderungen und Abbröckelungen derart verunglimpft, dass die Anstellungen immer schwieriger wurden. Berufsunteroffiziere verlangen nun, dass die neue Gesetzgebung dieses Gesetz in seiner ursprünglichen Form wieder herstellt und die allzulange Wartezeit abgekürzt wird. Der sozialdemokratische Nationalrat Forstner hat in einer der letzten Sitzungen des Staatsangestelltenausschusses die Aufhebung dieses die Zukunft der Zertifikatisten sicherstellenden Gesetzes verlangt. Die Berufsunteroffiziere haben in einer grossen am 4. Februar abend tenen Versammlung dagegen Protest erhoben, und bestehen unbedingt auf ihrem erworbenen Rechte, da doch das Zertifikat ein zuverlässiges Qualifikationsdokument analog dem Heifezeugnis des absolvierten Mittelschülers ist. Berufsunteroffiziere verlangen, dass sie teilweise in der neuen Wehrmacht untergebracht, die mit Zertifikat beteiligten nach gerechter Reihenfolge - nach Dienatalter und Fachkenntnissen - bei den staatlichen als auch bei den öffentlichen Anstellungen in Gemeinde und Land zuerst berücksichtigt und die übrigen mit - den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechend - Abfertigungen für ihre dem Staate geleisteten Dienst zu-friedengestellt werden. Namens der christlichsozialen Partei hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dem auch diese Forderungen vorgelegt wurden, die weitgehendste Unterstützung zugesagt.

Zeitbeförderungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stande der Rechtswandigen Beateen: Dr. Rematus Delanfoy, Dr. Oswald Folkel und Dr. Josef Fischer zu Magistratssekretären; Karl Lachmayer, Theodor Gunkel, Mauricius Stollewerk, Dr. Ludwig Jungwirth, Dr. Georg Bogner, Dr. Hans Buchmann, Richard Krausel, Dr. Josef Schindler, Dr. Kasimir Reisinger, Dr. Adolf Stempf, Dr. Friedrich Edler von Tepser und Dr. Ignatz Pichler zu Magistratsober-kommissären; Dr. Rudolf Eckenberger, Dr. Franz Kerschbaumer, Dr. Eduard Skalko, Rudolf Schinwell und Dr. Robert Walchensteiner zu Magistrats-kommissären. Im Steueramte: Heinrich Wöber, Karl Gruebl, Heinrich Mattia, Anton Kundratsch, Adolf Gassler, Alfred Fechner, Alfred Mayer, Julius Krauser, Robert Kropl, Alois Weinbappel, Alois Lehman, Leo Sokora, Ludwig Kappel, Rudolf Schrantz und Johann Prinz zu Kontrolloren; Engelbert Leibl, Adolf Hranicka, Rudolf Ballek, Albert Egle, Johann Löhlein, Georg Gimhosia, Richard Balaban, Ferdinand Posselt, Friedrich Strobl, Josef Schuller und Johann Schlor zu Adjunkten; August Kalaner, Oswald Frieß, Johann Schwarz und Alois Löss zu Officialen.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Rudolf Brunngraber zum Volk-schullehrer 1. Klasse, Leopoldine Schwerwacher zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Marie Kotzerek zur Volksschullehrerin 2. Klasse und Marie Kröbinger zur Lehrerin für weibliche Handarbeiten.

Diplome für Armenräte. Nach einem Antrage des StR. Deonant wurde den Armenräten des 19. Bezirkes Karl Fitzmannsdorfer, Eduard Vonderheid, Johann Kantner, Josef Higl, Josef Mitschke, Franz Schwach und Jakob Grobstaler und nach einem Antrage des StR. Schmid den Armenräten des 20. Bezirkes Friedrich Bauer, Wenzel Bischof, Franz Kullmann, Julius Plesek, Eugen Poappel, Gustav Sklenarz, Johann Schmidt, Vinzenz Tuma, Wenzel Wojtech, Gregor Giller und Georg Köppl das Diplom für mehr als 10 jährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege verliehen.

Wiener Kommunalkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand am Ende des Vormonates betrug 20,574.185 Kronen. Eingezahlt wurden von 2387 Parteien 2,198.744 Kronen, rückgezahlt wurden an 1271 Parteien 1,450.071 Kronen. Der Gesamteinlagenstand am Ende des Monats 21,322.857 auf 14,291 Konten. Der Zuwachs beläuft sich auf 748.672 Kronen, der Stand der Einlagen im Scheckverkehr auf 1,128.897, der Stand der ausstehenden Hypothekendarlehen auf 9,275.588 Kronen, der Darlehen auf Wertpapiere auf 53.411 Kronen und der Stand der Wertpapiere (Nominale) 9,013.050 Kronen.

Der Beitritt der Gemeinde Wien zum Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr. Mit dem Zerfalle Oesterreichs in mehrer Nationalstaaten ist der Fortbestand der österreichischen Vieh- und Fleischverkehrs Gesellschaft, deren grösste Aktionäre das gewesene Ackerbaministerium und slavische öster-reichische landwirtschaftliche Unternehmungen und Private waren und an welcher die Gemeinde Wien mit 1,550.000 Kronen beteiligt war, in der bisherigen Form unmöglich geworden. Durch eine blosser Änderung der Statuten, welche dem Umchwunge der politischen Verhältnisse Rechnung trägt, die Gesellschaft aufrecht zu erhalten, ist unmöglich, weil der ganze Verwaltungs-apparat auf grossstädtliche Verhältnisse zugeschnitten war. Es bleibt daher kein anderer Ausweg, als die Gesellschaft zu liquidieren. Nun haben einer-seits die Gemeinde Wien und andererseits die deutschösterreichischen Länder, die für die Viehlieferungen auf den Wiener Markt hauptsächlich in Betracht kommen, lebhaftes Interesse daran, dass diese Einrichtung nicht

gänzlich verschwinde. Die Gemeinde Wien legt insbesondere mit Rücksicht auf eine entsprechende Fleischversorgung der Bevölkerung einer Interessenge-minschaft der Produzenten und Konsumenten grössten Wert bei. Der Stadt-rat hat deshalb auch nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss beschlossen, einer neuen Organisation beizutreten, die von der zu liquidierenden Gesellschaft alle jene Einrichtungen zu übernehmen hätte, welche für die Ausgestaltung der Versorgung der Stadt Wien mit Vieh und Fleisch notwendig sind. Die neue Gesellschaft, welche den Namen „Deutschösterreichischer Wirtschaftsverband für den Viehverkehr G. m. b. H.“ führt, wird mit einem Kapital von 10 Millionen Kronen gegründet. Die Gemeinde Wien tritt ihr mit einem Kapital von 5 Millionen Kronen bei, die Gemeindeverwaltung wird in die neue Gesellschaft eine entsprechende Anzahl von Vertretern entsenden und gemeinsam mit den Staatsämtern für Landwirtschaft und Volkernährung die Betahrung der Gesellschaft und ihrer Betriebe kontrollieren.

Die Briefe der Schweizer Kinder. „Meine Lieben Wiener Kinder,“ so beginnen alle Briefe - 43 an der Zahl -, welche die Schweizer Kinder den Liebes-gaben an die Kinder Wiens mitgaben. Aus den Briefen spricht das aufrichtige Mitleid, das die Schweizer Jugend mit den Wiener Kindern hat. Die Briefe sprechen davon, dass die Schweizer Kinder von der Not in Wien hörten, wo es nur 20 kg Kohle für die Woche gibt, wo ein Ei Fr 1.60 kostet, wo für 1 kg Kartoffel Fr 10.- und für 1 kg Aepfeln Fr 25.- gezahlt werden müssten. In einem Briefe mit der Ueberschrift „Mein lieber Kamerad!“ sendet ein Knabe der Volksschule in Wiesbaden sein Spielzeug einem Wiener Kinde. Leider konnten diese Spiel-sachen infolge des bestehenden Ausfuhrverbotes nicht nach Wien gebracht werden. Auch Briefe in Gedichtform begleiteten die Sendung. Das Schweizer Volk kann auf seine Kinder, wie die Durchsicht der lieben und gutherzigen Briefe zeigt, stolz sein.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Johann Michlew.*
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. Februar 1919. Nr. 69

Abstempelung der Banknoten. In der heutigen Sitzung des Stadtrates besprach StR. Dr. Kienböck die durch die tschechoslovakische Regierung angeordnete Abstempelung der Banknoten und bezeichnete diesen Vorgang ebenso wie die bereits im jugoslavischen Reiche durchgeführte Abstempelung aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschösterreich als sehr bedenklich. Unser Staat müsse mit entsprechenden Gegenmassregeln vorgehen und ebenfalls eine Kenntlichmachung der Banknoten anordnen. Wenn dies nicht geschehen würde, so würde die grösste Masse der im Umlauf befindlichen Banknoten auf unsere Valuta drücken. Es sei dies von grösster Bedeutung nicht nur für die Wiener Bevölkerung, sondern auch für die Gemeinde Wien welche als Käuferin für Importe aus dem tschechoslovakischen Staate und aus dem Zollauslande auftritt. Er beantragte, dass der deutschösterreichische Staatsrat aufgefordert werde, unverzüglich Massnahmen zur sofortigen Kenntlichmachung der deutschösterreichischen Banknoten zu unternehmen und zu verhindern, dass die letzten von der tschechoslovakischen Regierung unternommenen Schritte zu einer noch stärkeren Entwertung unserer Valuta führen. *Diese Entwertung wird angenommen.*

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. Februar 1919. Nr. 70.

Anschaffungsbeiträge für die Arbeiter des Brauhauses der Stadt Wien. StR. Vaugoin berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über den in der letzten Sitzung gestellten Zusatzantrag, betreffend die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages (Notstands-aushilfe) an die Angestellten der Gemeinde Wien. Er beantragte den Arbeitern des Brauhauses der Stadt Wien die einmalige Notstands-aushilfe in der vollen Höhe ausbezahlen, sowie sie auch den bisherigen Anschaffungsbeitrag erhalten haben. Die Gewährung einer Notstands-aushilfe für die Steinarbeiter in Mauthausen beantragte er auf einige Tage zurückzustellen, da gegenwärtig Verhandlungen über die Lohnforderungen mit den Arbeitern stattfinden. - StR. Pick beantragte in Ergänzung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse die Notstands-aushilfen bei Bezügen nach der ersten Klasse mit 300 Kronen, nach der zweiten Klasse mit 500 Krone, nach der dritten Klasse mit 600 Kronen, nach der 4. Klasse mit 700 Kronen und nach der 5. Klasse mit 800 Kronen als den jeweiligen Mindestbeitrag zu bemessen. - StR. Hellmann beantragte den Stichtag für den Anfall der Notstands-aushilfe anstatt mit dem 1. Dezember mit dem 1. Jänner festzusetzen. - Der Referentenantrag wurde mit dieser Modifikation genehmigt, und der Antrag Pick dem Magistrate zugewiesen.

Lohnerhöhungen in den Elektrizitätswerken. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schmid über die Gewährung von Lohnerhöhungen an die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke. Nach 10 Jahren Dienstleistung sollen die Arbeiter definitiv werden, ebenso sollen sie nach 1 Jahre Arbeitsleistung statt des Taglohnes in den Bezug des Wochenlohnes treten und sollen ihnen ausserordentliche Wochenzuschüsse gewährt werden. Die vom Referenten vorgelegten Anträge wurden mit den Arbeitern vereinbart. Die den Arbeitern zugesagten Lohnerhöhungen betragen 4'5 Millionen Kronen, die Mehrkosten für die Einführung des 8 Stunden-tages 1'6 Millionen Kronen. Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Karel erwähnte ^{in diesem} Zusammenhange, dass die Kohlen-

preise in der letzten Zeit sprunghaft gestiegen seien, so dass die jetzige minderwertige Kohle pro Waggon auf ^{ungefähr} 3000 Kronen zu stehen komme, während dieselbe Menge aber in besserer Qualität im Jahre 1914 215 Kronen gekostet hat. Es wurde daher um die Bedeckung für die sich ergebenden Auslagen zu erhalten an den Gemeinderat wegen der Erhöhung des Strompreises herangetreten werden.

Ankauf des Schlosses Neulengbach durch die Gemeinde Wien. Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des StR. Dr. Haas das Schloss Neulengbach vom Fürsten Franz von Lichtenstein um den Preis von K 325.000 anzukaufen. Dieses Schloss war im Vorjahre von der Gemeinde auf die Dauer von 12 Jahren als Erholungsheim für mittellose erholungsbedürftige Personen gepachtet worden. Es wurde damals bloss die Miete geschlossen, der Gemeinde Wien aber ein Vorkaufsrecht gewährt. Die neuerlich geführten Verhandlungen führten nun zum Ankauf des Schlosses, da der Kaufpreis von den städtischen Aemtern als sehr günstig bezeichnet wurde.

Ein Uebereinkommen der Gemeinde Wien mit dem Hilfsverein vom Roten Kreuz. In dem Schulgebäude 13. Bezirk Klettenhofergasse 3 war während der Kriegszeit ein vom Zweigverein des patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze errichtetes Reservespital untergebracht. StR. Dechant berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über ein zwischen der Gemeinde und dem genannten Verein getroffenes Uebereinkommen, nach welchem die dort errichtete Küchenbaracke einschliesslich der Einrichtung, sowie verschiedene Apparate in das Eigentum der Gemeinde Wien übergehen, wogegen letztere auf die Kosten für die Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes für Unterrichtszwecke und auf den Ersatz der seinerzeit überlassenen Heizmaterialien verzichtet.

Von der Schweizer Delegation. Die Schweizer Delegation hat gestern einstimmig beschlossen, die Liebesgaben des 1. Schweizer Zuges ausschliesslich für Kinder bis 14 Jahren der bedürftigsten Klasse zu verteilen; jede Sonderaktion wurde abgelehnt, und weder Spenden an einzelne Personen, noch an Gruppen oder Vereine für zulässig erklärt. Die näheren Modalitäten der Verteilung werden in den nächsten Tagen bestimmt.

Erwerb von Kinderstühle und Kinderkleidern durch das städtische Jugendamt. Nach einem Berichte des VB. Roumann wird der Ankauf von 900 Säuglingsgarnituren, von 25 Dutzend Tetrawindeln und 25 Dutzend Windeln vom städtischen Wirtschaftsamt im Gesamtbetrage von 61.100 Kronen durch das städtische Jugendamt zur Verteilung von in der Fürsorge dieses Amtes stehenden Säuglingen genehmigt.

20 jähriges Bestandsjubiläum des Rathauskellers. Am 12. d.M. waren es 20 Jahre, dass der Wiener Rathauskeller eröffnet wurde. Damals leitete Hiesam die Geschäfte des Kellers, die er aber nach 6 Wochen an den jetzigen Restaurateur Dombacher übergab.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michew.**
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Februar 1919. Nr. 71.

Die Lage auf dem Wiener Milchmarkte. In der gestrigen Sitzung der Milchversorgungsstelle machte deren Leiter Magistratssekretär Dr. Nather zunächst die Mitteilung, dass die Milchlieferungen nach Wien neuerlich bedeutend zurückgegangen seien. Die Lage auf dem Wiener Milchmarkte sei umso bedrohlicher geworden, als seit dem 5. Februar die bereits am 24. Jänner seitens der ungarischen Regierung angekündigte Requirierung der Hälfte der Milchherzeugung der Friedrich'schen Herrschaft in Ungarisch-Altenburg (ungefähr 850 Liter täglich) für Budapest Zwecke nunmehr tatsächlich erfolgt ist. Er teilte sodann die bereits bekannten Schritte mit, die der Bürgermeister zwecks Erhaltung dieses Milchquantums für Wien bei dem ungarischen Minister für Volksernährung und beim ungarischen Gesandten Dr. Chamrad unternommen hat und wies darauf hin, dass der ungarische Ernährungsminister Dr. Balogy dem Bürgermeister am 5. Februar mitgeteilt hat, dass er im Interesse der Reorganisation der ungarischen Milchherzeugung, bzw. Milchversorgung von Budapest und der ungarischen Provinzstädte ein grosszügiges Arbeitsprogramm entworfen habe, dessen praktische Durchführung die Bereitstellung eines gewissen Teiles der ungarischen Milchherzeugung für Wien erhoffen lasse. Berner wurde ein von der Bezirksvertretung Währing angeregter Vorschlag auf Heranziehung von Kontrollorganen aus Konsumentenkreisen zwecks schärferer Ueberwachung der Gebahrung in den Milchabgabestellen einer eingehenden Erörterung unterzogen.

3000 Kronen für die Bürgerwehr Neufeld. Ueber Ansuchen des Gemeindeamtes Neufeld wurde nach einem Berichte des StR. Schmid zu den Kosten der dortigen Bürgerwehr zu Lasten des Braunkohlenbergbaubetriebes der Betrag von 3000 Kronen bewilligt.

Verband der städtischen Angestellten. Die für Freitag, 14. d.M. in Aussicht genommene Hauptversammlung des Verbandes muss wegen Lokalschwierigkeiten verschoben werden. Der Zeitpunkt ihrer Veranstaltung wird demnächst bekanntgegeben. Der wesentliche Punkt der Tagesordnung wurde bereits in der Delegiertenversammlung am 10. d.M. erschöpfend behandelt und werden daher die Verbandsangehörigen durch ihre Delegierten hierüber aufgeklärt.

StR. Schneider erschien gestern nach seiner schweren Erkrankung zum ersten Male wieder im Stadtrat und wurde vom Vorsitzenden VB. Rain zu seiner Wiederherstellung unter allgemeiner Zustimmung herzlichst beglückwünscht.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Februar 1919. Nr. 72.

Wirtschaftliches Hilfsbüro der Gemeinde Wien für die Einberufenen. Diese auf Kriegsdauer geschaffene und seit dem 1. Jänner d.J. in stufenweisem Aufbau befindliche Büroorganelle hielt vor einigen Tagen ihre abschliessende Vollversammlung ab. Nach einem einleitenden die Tätigkeit der Hilfsstelle im 2. Halbjahr 1918 mit einem Ueberblick ihrer gesamten Betätigung seit deren Beginn im August 1914 zusammenfassenden Vortrage des Vorsitzenden Obmannes Dr. Ritter von Wittek nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner Anlass, dem Obmann sowie allen Mitgliedern und Mitarbeitern für ihre opferwillige und erfolgreiche Tätigkeit während der verflochtenen schweren Kriegsjahre den wärmsten Dank und die vollste Anerkennung auszusprechen. Dem verbliebenen Obmann-Stellvertreter Dr. Frey gedenkend, erklärte der Bürgermeister, dass die Funktionäre des Hilfsbüros sich durch ihre werktätige Fürsorge für Tausende bedrängter Kriegerfamilien und ihre Mitbürger verdient gemacht haben. Dieser Würdigung schlossen sich mit gleichfalls warmen Worten der Anerkennung der Präsident der n.ö. Advokatenkammer Dr. Pfeifer und Dr. Michael Hainisch

an. Letzterer führte das freiwillige, humanitäre und soziale Wirken des nur einen kleinen Ausschnitt unserer verfügbaren Kräfte darstellenden Kreises der Mitarbeiter des Hilfsbüros als Gewähr dafür an, dass man an der Zukunft Deutschösterreichs nicht verzweifeln brauche, und begrüßte die aus dieser Kriegs fürsorge stehende hervorgehende ständige Einrichtung einer gemeinnützigen Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. Magistratsrat Dr. Sagmeister hob als besonderes Verdienst des Hilfsbüros dessen vorbeugende Tätigkeit zur Verhütung von Massendelugierungen und deren katastrophale Folgen hervor. Nach Schluss der Sitzung besichtigte der Bürgermeister die im Stiftungshause 9. Bezirke Peregringasse 2 von Generalsekretär der Stiftung und Wohnungsreformzentrale Hofrat Dr. Maresch für die neue Rechtshilfestelle verfügbar gemachten Diensträume.

Aus dem Stadtrate. In der letzten Sitzung des Stadtrates stellte StR. Weigl folgenden Antrag: Den freiwillig aus dem Betriebe der Strassenbahn abgehenden Kriegsausgewiterten und Aushelferinnen, wird, insoweit sie Anspruch auf Abfertigung haben, die in ihren Händen befindliche Strassenbahnfahrkarte für sovieler Wochen belassen, als sie Wochenlöhne als Abfertigung erhalten. Dieser, sowie ein Antrag, betreffend die Besorgung der Reinigung der Gehsteige durch die Gemeinde Wien werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. - Nach einem Berichte des StR. Schwer wird dem Verein für die Geschichte der Stadt Wien (früher Altertumsverein) für das Werk „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien“ eine Subvention von 7500 Kronen und für die Fortsetzung des Werkes „Geschichte der Stadt Wien“ und eventuell zur Herausgabe von Monographien über einzelne Gebiete der Kulturgeschichte oder von Abhandlungen zur Geschichte und Quellenkunde eine Subvention von 2500 Kronen genehmigt. Ebenso wird ein Betrag von 4500 Kronen für den Ankauf von Gemälden aus der Ausstellung des Oesterreichischen Künstlerbundes u. zw. Josef Pögl, Freudenapartment in der Hofburg, Oelgemälde um 4000 Kronen und Karl Wein, Minoritenplatz, Aquarell um 500 Kronen genehmigt.

Zeitbeförderungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Wahl- und Steuerkataster: Anton Walter, August Adress, Johann Fritsch, Franz Reidinger, Karl Fuhrmann, Franz Hofmeister, Alois Zwerina, Robert Guttmann, Rudolf Helm, Maximilian Bartos, Robert Hospodarsky, Daniel Pirker, Rupert Fuchs, Karl Gröger, Anton Fux, Johann Turinsky, Karl Hell, Heinrich Kubach, Johann Gisinger, Karl Maurus und Franz Matouschek zu Ober-Offizialen; Johann Schedlbauer, Rudolf Dätzel, Rudolf Hutter, Karl Prossnitz, Josef Zitherbart, Franz Fasol, Karl Kwiet, Leopold Hintermayr, Franz Moser und Hans Förster zu Offizialen; Johann Welser, Karl Gärtner, Johann Völkl, Anton Dworak und Franz Eisenberger zu Akzessisten. In der Kanzlei: Rudolf Walter, Wilhelm Meixner, Max Winter, Eduard Breyer, Franz Samely, Anton Dirke, Alois Keller, Josef Hein, Franz Mader, Anton Berger, Heinrich Mayssen, Rudolf Studensky, Josef Wanisch, Ludwig Streibig, Anton Neth, Arthur Reissel, Edard Handel, Rudolf Trenkler, Oskar Geineder, Eduard May, Johann Reim, Anton Reiss, Johann Stichel, Ludwig Fischer, Franz Eder, Karl Banner, Arthur Weillisch, Johann Wanko, Friedrich Weiss, Franz Franzer, Franz Dekstein, Leopold Demel, Heinrich Hess, Heinrich Patzelt, Ludwig Piala, Franz Hacker, Emerich Breitner, Rudolf Veith und Friedrich Fischer zu Direktionsadjunkten.

Eine wertvolle Bereicherung der städtischen Sammlungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schwer in seiner letzten Sitzung den Betrag von 10.000 Mark zur Beteiligung an der Autogrammen-Auktion bei der Berliner Firma Henrioi bewilligt. Bei dieser Auktion kamen ausser anderen sehr wertvollen Autogrammen von Musikern, Literaten und Staatsmännern für die Wiener städtischen Sammlungen insbesondere eigenhändige Manuskripte von Schubert und Grillparzer in Betracht. Im Auftrage der Gemeinde Wien hat sich Vizedirektor der städtischen Sammlungen Böck nach Berlin begeben und folgende Stücke angekauft: Von Autogrammen Schuberts die Originalniederschrift der

Komposition des Liedes „Der Jüngling am Bach“ von Schiller, ein Jugendwerk des Meisters aus seinem 15. Lebensjahre, ferner die Komposition des Gedichtes „Liebesende“ von dem Wiener Dichter Mayerhofer. Von Grillparzer wurden erworben der eigenhändige Entwurf des Epiloges zur ersten Aufführung des Goldenen Vlieses im Hofburgtheater, ferner ein politisches Gedicht „Der Reichsrat“ aus dem Jahre 1849, 2 Briefe, wovon einer ungedruckt und ein Konvolut von Verlagsabrechnungen mit der Firma Wallishausser als wichtige Ergänzung zu dem von der Stadt behüteten Grillparzerarchiv, ferner ein ausführliches Schreiben des Dichters Zedlitz an Theodor Hell (Hofrat Winkler in Dresden) über Grillparzers Trauerspiel „König Ottokars Glück und Ende“. Weiter wurden bei diesem Anlasse angekauft: Interessante Briefe von Grafen Anton Auersperg (Anastásius Grün) und Bauernfeld, beide an den Verlag Cotta und ein sehr schöner Brief des Romantikers Clemens Brentano an Ludwig Tieck, worin Brentano seine ersten Eindrücke von Wien schildert und in schwärmerischen Worten von dieser Stadt spricht, sowie ein ungedruckter Brief von Brahms an den Dirigenten eines Männergesangsvereines.

Von öffentlichen Instituten waren bei der Auktion unter anderem vertreten, die Staatsbibliothek, früher königliche Bibliothek in Berlin und die Musikabteilung der Stadtbibliothek Darmstadt.

Freigabe des Unterrichtes am 15. und 17. d.M. anlässlich der Wahlen. Zur Durchführung der am Sonntag stattfindenden Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung sind die meisten städtischen Schulgebäude für die Unterbringung der Wahllokale in Anspruch genommen. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht darauf, dass sehr viele Lehrpersonen am Wahltag, als auch an dem vorhergehenden und nachfolgenden Tage in den Wahlbehörden alljährlich wahrscheinlich nach bis in die Nachtstunden beschäftigt sein werden, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landesschulrates verfügt, dass am Samstag und am Montag der Unterricht an den allgemeinen Volks- und Bürger Schulen in Wien zu entfallen hat. Dasselbe gilt natürlich auch für den Unterricht in den Religionsstationen am Wahltag selbst.

Der Verteilungsplan der Schweizer Liebesgaben. Im Rathause fand gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Reumann sowie der Schweizer Delegierten unter Führung des Präsidenten der Hilfsaktion Pfarrer Lörtscher eine Besprechung statt, bei welcher der Verteilungsplan für den in der Vorwoche eingelangten Liebesgabenzug aus der Schweiz festgesetzt wurde. Der Zug enthält grössere Mengen von Kondensmilch, Schokolade, Reis, Hülsenfrüchte, Feigwaren, Böttgenmisse und Dörrobst, Fett und Mahlprodukte, Kaffee und Fleischkonserven. Dem Wunsche der Schweizer Hilfskommission entsprechend, sollen die mit diesem Zuge angekommenen Lebensmittel unentgeltlich an die unterernährten, unbemittelten Wiener Kindern von begonnenen dritten bis zum vierzehnten Lebensjahre zugutekommen. Nach längerer Beratung haben die Schweizer Delegierten den Beschluss gefasst, alle bedürftigen Kinder zum Teile im Wege der Frauenarbeitskommission (mit Kinder von 3 bis 6 Jahren), zum Teil im Wege des städtischen Jugendamtes, des Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge, der öffentlichen unentgeltlichen Ausspeisung, der öffentlichen und privaten Weisenhäuser und andere Kinderfürsorgeanstalten zu bedenken. Die Schweizer Lebensmittel sollen den Kindern teils in natura, teils durch Verabreichung einer Kostverbesserung zugewendet werden. Es wurde weiters einstimmig beschlossen, von jeder Art einer Sonderbeteiligung bestimmter Kooperationen oder einzelner Personen unter allen Umständen Abstand zu nehmen. Die näheren Bestimmungen der Abgabe der Schweizer Lebensmittel werden zeitgerecht in den Tagesblättern allgemein verlautbart werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jonny Michlew.*
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Februar 1919. Nr. 73.

Die Kohlenversorgung. Ein Blatt brachte unter dem Titel „Besserung der Kohlenzufuhr“ die Nachricht, dass sich im Einlaufe der Oberschlesischen und Westfälischer Kohle eine Steigerung bemerkbar mache. Diese Nachricht widerspricht ganz und gar den tatsächlichen Verhältnissen. Der Kohleneinlauf aus Oberschlesien und Westfalen ist nach wie vor unzulänglich, er hat sich im Gegenteil gerade in der letzten Zeit derart verschlechtert, dass für die Kohlenversorgung von Wien die ernstesten Besorgnisse vorliegen. Der durchschnittliche Tageseinlauf des Nordbahnhofes betrug im Februar an oberschlesischer Kohle 338 t, an westfälischer Kohle 112 t gegenüber einem Tagesdurchschnitt von 4996 t im Jahre 1913. Dass unter solchen Umständen von einer Besserung der Kohlensituation nicht gesprochen werden kann, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. An der gegenwärtigen recht ungünstigen Lage der Kohlenversorgung könnte selbstverständlich auch ein vorübergehend günstiger Einlauf an Kohle nichts ändern, da sämtliche Reserven an Kohle erschöpft sind. Nur eine regelmässig andauernde Anlieferung von täglich mindestens 7000 t würde hinreichen, den Bedarf für Hausbrand, Industrie und Gewerbe unter Aufrechterhaltung der in den Wintermonaten verfügbaren Verbrauchsbeschränkungen zu decken.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Februar 1919. Nr. 74

Die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schmid über den Antrag des StR. Weigl betreffend die Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs. Die Staatsbahndirektion hat sich bereits mit der Absicht geäußert, den Stadtbahnverkehr wenigstens in beschränktem Umfange wieder aufzunehmen. Sie war jedoch bisher wegen Kohlenmangels nicht in der Lage, dies durchzuführen. Die Kohlenzuschüsse für Wien sind noch immer ungenügend, worunter auch die Bahnen in ganz besonderer Masse zu leiden haben. Die Bahnen haben sich wiederholt an die Gemeinde um Anhilfe gewendet und Beschlagnahmen von Kohlen, die für die Gemeinde und die Bevölkerung bestimmt waren, durchgeführt. Die Gemeinde kann aber weder freiwillig den Bahnen Kohle zur Verfügung stellen, noch kann sie ohne weiteres sich die wiederholten Beschlagnahmegerfallen lassen, weil hierdurch die Versorgung der Bevölkerung mit dem nötigen Küchenbrande gefährdet wird. Sollte aber die Gemeinde einmal mehr Kohle bekommen, als sie unbedingt braucht, so wird es im Interesse der Allgemeinheit gelegen sein, den Strassenbahnverkehr zur verbessern. Der Referent stellte folgenden Antrag: Die Staatseisenbahnverwaltung wird dringendst ersucht, sobald es die Verhältnisse irgendwie zulassen, den Stadtbahnverkehr wenigstens teilweise in eingeschränktem Umfange unter Bedachtnahme auf den Betriebsbeginn und den Betriebsschluss in den Fabriken und Werkstätten wieder aufzunehmen. Da die Gemeinde selbst nur in unzureichender Weise mit Kohle versorgt ist und daher den Bahnen keine Kohle zur Verfügung stellen kann und gegen Beschlagnahmen und Anforderungen von Kohle die nachdrücklichste Verwahrung einlegen muss, wird die Staatseisenbahnverwaltung ersucht, mit aller Energie dahin zu streben, dass die für den Stadtbahnverkehr notwendige Kohle anderweitig sichergestellt wird. Der Antrag wurde angenommen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: In der Kanzlei: Karl Steinitzer, Richard Dasch, Richard Männhalter, Otto Linder, Karl Buresch, Josef Wolf, Ferdinand Niulasy, Josef Popp, Max Niederle, Georg Kolmann, Ferdinand Kröner, Karl Kloss, Leopold Luegmayer, Franz Hölzl, Eugen Kuhn, Willibald Prochaska, Heinrich Kirchhammer, Richard Scheidl, Vinzenz Gregor, Josef Pietsch, Johann Hornberger, Rudolf Schar und Gustav Friedrich zu Ober-Offizialen.

Vom Wohnungsausschuss der Stadt Wien. Der Gemeinderatsausschuss für städtische

Wohnungsfürsorge hat gestern unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die in mehreren Sitzungen eingehend verhandelte bekannte Bauaktion der Gemeinde Wien zu Ende beraten. Die vom Direktor des städtischen Wohnungsamtes Dr. Sagmeister auf Grund des Ergebnisses der Vorverhandlungen vorgelegten Bestimmungen für die Tragung des verlorenen Bauaufwandes, wurden mit unwesentlichen Abänderungen einstimmig genehmigt. Hiemit ist die Aktion unter Festhaltung ihrer ursprünglichen Grundlage auf eine weitere Basis gestellt worden. Die Unterstützung der Gemeinde Wien soll in ausgedehnter Masse für Paurechtsgründe der Gemeinde aber auch für Grundstücke, welche von den Bewerbern selbst eingebracht werden, und für schon begonnene und noch nicht fertig gestellte Bauten gewährt werden. Die hieraus erwachsende Belastung ist zwar sehr erheblich, es ist aber die allseitige Anschauung zum Ausdruck gekommen, dass die Erbauung kleiner und mittlerer Wohnungen bei erschwinglichen Mietzinsen in der Uebergangszeit nur auf diesem Wege ermöglicht werde. 31 Baustellen sollen für die noch in diesem Jahre stufenweise zu beginnende Verbauung im Baurecht vergeben werden. Die Gemeinde Wien wird an Stadt und Land wegen Uebernahme eines Anteiles an der Ausfallhaftung oder Einräumung einer gleichwertigen weitgehenden Steuerfreiheit herantreten. Voraussetzung ist allerdings die technische Möglichkeit der Bauführung und insbesondere die Verfügung über die erforderlichen Rohstoffe. Vorläufig wurde die Zusicherung des Baurechtes auf Grund der neu formulierten Bedingungen für einen Baublock im 19. Bezirk an den Baumeister Josef Aicher, für einen Baublock im 5. Bezirke an die Firma Gustav Menzel und für einen Baublock im 12. Bezirke an die Firma Stigler & Rous ausgesprochen. Die Angelegenheit wird demnächst den Gemeinderat beschäftigen und wurde als Berichterstatter GR. Dr. Scheu bestellt.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir ersuchen, nachstehende Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte unterbringen zu wollen.

Am 15. d.M. findet die Generalprobe zu Dalberts „Tote Augen“ in der Volkoper statt. Frau Marie Bartsch - Jonas, die Gattin des Direktionssekretäres der städtischen Elektrizitätswerke, singt in dieser Oper die Titelrolle. Die Erstaufführung findet Mittwoch, 19. d.M. statt.

WIENER RATHHAUSKORBESONDENE

Wien, am 13. Februar 1919 abends

Heimatsrechte Ausschuss. Der Gemeinderats-Ausschuss für die
Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes hat in der Sitzung
vom 31. v. M. im Hinblick auf die besonderen Aufenthalts-
verhältnisse der Militärpersonen, die Taxen für die frei-
willige Aufnahme in den Wiener Heimatsverband oder deren
Zusicherung für aktive Berufs-Militärpersonen wesentlich
herabgesetzt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michow.*
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 14. Februar 1919. Nr. 76.

Der Wiener Kinderzug in der Schweiz. Der am Mittwoch mittag vom Westbahnhofe abgegangene erste Kinderzug ist gestern mittags in Buchs eingetroffen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erhielt aus Buchs - St. Gallen folgendes Telegramm: In tadelloser Verfassung ist Kinderzug herzlichst bewillkommt hier angekommen. Fahrt ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Dr. Pamperl.

Die Leichenbestattung am Wahltage. Der Dienst der städtischen Leichenbestattung wird am Wahltage wie folgt eingeschränkt: Die Aufnahme von Leichenbegängnissen findet nur in der Zentrale 4. Bezirk Goldeggasse 19 aus statt. Sämtliche Filialen und Aufnahmskanzleien bleiben tagsüber geschlossen. Die Parteien können sich persönlich oder telephonisch an die Zentrale wenden. Der Beisetzungsdienst muss aus öffentlichen Rücksichten ohne Einschränkung beibehalten werden. Hausaufbahrungen werden an diesem Tage nicht ausgeführt sondern auf den nächsten Tag verschoben. Leichenbegängnisse und zwar sowohl Kundpunkte von den Wohnungen aus, als auch die Leichenbegängnisse auf den Friedhöfen werden am Wahltage nicht vorgenommen, sondern auf den nächsten Tag verschoben.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 14. Februar 1919. Nr. 77.

Aus dem Stadtrate. Der ersten österreichischen Versicherungsgesellschaft wegen Einbruch wird nach einem Berichte des StR. welcher die Baubewilligung für Umgestaltungen im Hause 9. Bezirke Maria Theresienstrasse 19 erteilt. - Für den Umbau von 20 Retortenöfen im Gaswerke Simmering auf Regenerativbeheizung und Zentralgeneratorenbetrieb ist die Beschaffung von Generator Unterteilen notwendig. Hiefür wurde nach einem Berichte des StR. Schmid ein Betrag von 60.430 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Dechant wird die vom Linneplatz zum Heinrichshügel im 19. Bezirk führende Gasse nach dem Hofkapellmeister und Dirigenten der Philharmoniker Dr. Hans Richter „Hans Richtergasse“ genannt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: In der Kanzlei: Karl Burger, Ludwig Richter, Richard Hofbauer, Alois Pohl, Otto Rudolf, Karl Kahser, Heinrich Kyrieleison, Theodor Schellhorn, Karl Roth, Rudolf Hildesheim, Franz Weber, Rudolf Piskaty, Ernst Hold, Viktor Barta, Ludwig Münichsdorfer, Herbert Nader, Otto Lutz, Ernst Keyl, Gustav Kleinpeter, Josef Eichinger, Richard Buchegger, Eduard Hofmann, Hermann Kerber, Anton Neuwirth, Ferdinand Reiter, Arnold Holzer, Georg Heidl, Alexander Brslica, Virgil Neumann, Ludwig Windhager, Edmund Daniek, Wilhelm Kühnl, Franz Hemmelmayer, Rudolf Pfeiffer, Willibald Voith, Emil Horst, Franz Fausek, Franz Schönfeld, Ludwig Wiedenhorn, Raimund Hajek, Rudolf Neugebauer, Richard Fucker, Josef Warschak, Otmar Zährer, Viktor Wedl, Gustav Bruckner, Josef Geistler, Kuno Schwetz, Arthur Krzyzanowsky, Karl Leibinger, Josef Wiesinger, Oswald Kohl, Viktor Stögermayer, Robert Edelmann und Felix Etlinger zu Offizialen.

Zur Wahl. Bekanntlich werden zu den bevorstehenden Wahlen in die Nationalversammlung amtliche Legitimationen nicht ausgefertigt; es ist vielmehr Sache jeder wahlberechtigten Person, durch Vorlage einer Urkunde oder sonstigen amtlichen Bescheinigung, aus der ihr Personenzustand ersichtlich ist, vor der Wahlbehörde ihre Identität zu erweisen. Als solche Dokumente kommen in Betracht: Tauf-, Geburts- und Trauungsscheine, der Heimatsschein (das Zuständigkeitsdekret), Staatsbürgerschaftsurkunden, Anstellungsdekrete, Pässe jeder Art, amtliche Legitimationen, Arbeitsbücher, Dienstnotenbücher, Jagdkarten, Eisenbahn- und Tramway-Permanenzkarten, Gewerbescheine, Lizenzen, Diplome, Immatrikulationscheine und

Meldungsbücher einer Hochschule, Hoch- und Mittelschulzeugnisse, militärische Dokumente u dgl., überhaupt alle unter Beidruck eines Amtsstempels ausgefertigten Urkunden, welche den Personenzustand des Wählers erkennen lassen. Soweit fremdsprachige Urkunden in Betracht kommen, werden die Wahlbehörden gewiss nicht ermangeln, das weitgehendste Entgegenkommen zu bekunden, insbesondere werden solche Urkunden keinem Anstande begegnen, wenn sie auf dem gesetzlichen oder allgemein gebräuchlichen Formular ausgefertigt sind. Die Beibringung eines Meldezettels wird aber auch dort, wo sich in diesem Belange Schwierigkeiten ergeben sollten, über diese hinweghelfen. Um nun Stauungen der Wählerschaft hintanzuhalten, ergeht an alle Wahlberechtigten die Einladung, die zum Erweise des Personenstandes dienlichen Dokumente beim Betreten des Wahllokales bereits im entfalteten Zustande bereitzuhalten; weiters werden im Interesse der raschen Abfertigung der Wähler bei solchen Wahlbehörden, denen eine grössere Wähleranzahl zugewiesen ist, oder bei denen vorübergehend ein starker Andrang sich ergibt, unter Oberleitung des Vorsitzenden die Wähler aus einem bestimmten Teile

des Wahlsprengels, der im Wahllokale berlaublich wird, einem zweiten Beisitzer zur Abfertigung zugewiesen werden, so dass in derartigen Fällen die Prüfung der Identität von derselben Wahlbehörde an zwei Stellen vorgenommen wird; die Aufstellung zweier oder mehrerer Wahlzellen wird gleichfalls die raschere Abwicklung des Wahlgeschäftes fördern. Gedruckte Stimmzettel, auf denen die Parteibezeichnung und der Name des Listenführers mit der amtlich kundgemachten Liste übereinstimmen, verlieren ihre Gültigkeit nicht, wenn auch die übrigen Namen der amtlich verlaublichen Parteiliste gestrichen oder Namen aus anderen Parteilisten oder überhaupt andere Namen beigelegt sind.

Endlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass im Gebäude des Wahllokales und in einem besonderen, an jedem Wahlgebäude verlaublichen Umkreise jede Art der Wahlwerbung, unter welche insbesondere auch das Verteilen von Wahlaufrufen und Kandidatenlisten fällt, verboten ist.

Mrs. Egan bei den Wiener Kindern. Heute früh nahm das Mitglied der Interalliierten Lebensmittelkommission Mrs. Egan nach einem interessanten Vortrage über die Lebensmittelverteilung die Kartenkontrolle verschiedene Besichtigungen vor. Unter Führung des GR. von Scharz-Hiller, des Obermagistratsrates Dr. Jamöck und des Magistratsrates Dr. Roskopf wurde in der Brotkommission 1. Johannesgasse das Kartensystem praktisch erläutert. Hierauf wurde die Grossmarkthalle in ihrer gähnenden Leere unter Führung des Marktanteilsberaters Philipp besichtigt. Unter Führung des Obermagistratsrates Dr. Dent wurden die Kriegsküchen in der Quellenstrasse und Sonnwendgasse im 10. Bezirke besucht. Auch die Ausspeisestelle im 1. Bezirk Giselastrasse wurde besichtigt. Nachmittags erfolgt der Besuch von Spitälern, Waisenhäusern und Versorgungsanstalten unter Führung von Funktionären des Stadtphysikates.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Jonny Michew.**
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 15. Februar 1919. Nr. 78.

Der Mehlbezug für Bäcker war bisher im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung für die Zeit vom Freitag früh bis Donnerstag abends jeder Woche festgesetzt, während für die Brotfabriken die Bezugs- und Verbrauchswoche mit Sonntag begann und Samstag abends endet. Um den von allen Interessenten gewünschten Ausgleich herbeizuführen, wird der Magistrat in der kommenden Woche den Bäckern eine besondere Bezugsanweisung für Freitag und Samstag ausstellen, sodass ab 23. d.M. Bezugs- und Verbrauchswoche für Kleinbäcker und Grossbetriebe zusammenfallen. Für die Verbraucher ergeben sich durch diese Neuregelung keine Veränderungen im Brotbezuge.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 15. Februar 1919. Nr. 78.

Die Einlösung der städtischen Kassenscheine. Mit 28. Februar endet die Einlösungsfrist der von der Gemeinde Wien ausgegeben Kassenscheine zu 5, 20, 50 und 100 Kronen. Zur Bequemlichkeit der Kassenscheinbesitzer ist verfügt worden, dass die Kassenscheine bis zu Beträgen von 500 Kronen auch von den Hauptkassenabteilungen der magistratischen Bezirksämter eingelöst werden. Die Einlösung findet an Wochentagen während der Amtsstunden statt. Es empfiehlt sich, die Kassenscheine zu Zahlungen an die Gemeinde (Gas- und Elektrizitätswerke, Steuerzahlungen u.s.w.) zu verwenden. Bisher wurden rund 30 Millionen eingelöst, so dass noch rund 20 Millionen im Umlauf sind.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Empfang Montag, 17. d.M.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch vormittags vor der Gemeinderatssitzung zu einer Sitzung zusammen. Der Gemeinderat selbst hält am Mittwoch, 19. d.M. um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung finden sich bis jetzt 24 Geschäftsstücke, darunter umfangreiche Referate über die Durchführung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot mit einem Veranschlagten Betrag von über 50 Millionen Kronen, durch welche 10.420 Arbeitern und zwar 4840 Arbeitern und 5580 Handlangern Arbeit und Verdienst geschaffen werden soll. Weiters die bekannten Referate über die Liquidierung der Wien- und Fleischverkehrsgesellschaft, die Denkschrift in Angelegenheit der Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbestand, der Ankauf des Schlosses Neulengbach und von Sachgütern der Flüchtlingsfürsorge, die Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde, die Lohnerhöhungen für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke, die Bewilligung einer Notstandsaushilfe, sowie einer ausserordentlichen Aushilfe für die vom Militärdienste Heimkehrten und sonstige Massnahmen zu Gunsten der Angestellten der Gemeinde Wien, sowie die Gewährung eines Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung seitens der Gemeinde Wien und kleinere laufende Geschäftsstücke. Der Stadtrat tritt auch Donnerstag vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Kartoffelabgabe. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden im 13. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt A der neuen Kartoffelkarte. Die neue braungedruckte Kartoffelkarte gilt vom 16. Februar bis einschliesslich 5. Juli d.J. Die alte Kartoffelkarte verliert samt den noch uneingelösten Abschnitten mit Montag, 17. Februar ihre Gültigkeit und werden die Kartoffeln in Zukunft gegen Abtrennung von Abschnitten der neuen Kartoffelkarte ausgegeben. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich daher im Laufe der kommenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle, oder einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezuge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, doch wird empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben; der Vorgang bei der Bezugsanmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte.

Abgabe von Zwieback, Zucker und Kondensmilch. In der laufenden Woche wird Zwieback, Zucker und Kondensmilch aus der englischen Liebesgattensendung abgegeben. Zum Bezuge der Zwiebackes sind Kinder bis zu 2 Jahren, (mindestbemittelter Eltern) zum Bezuge des Zuckers und der Kondensmilch schwangere und stillende Frauen, soweit sie mindestbemittelt sind, berechtigt. Die Abgabe erfolgt von Donnerstag, 20. bis einschliesslich 27. Februar, sowohl für die bei den städtischen Abgabestellen, wie auch für die bei den Konsumentenorganisationen rayonierten Verbraucher einheitlich bei den städtischen Abgabestellen für Nahrungsmittelzubereiten. An jedes Kind bis zu zwei Jahren wird 1 kg Zwieback gegen Vorweisung des grünen, Blauen oder gelben Einkaufscheines und Abtrennung des Abschnittes römisch I der lilafarbenen Milchkarte, an jede schwangere und stillende Frau gegen Abtrennung der Ziffer 58 des mindestbemittelten Einkaufscheines $\frac{1}{2}$ kg Zucker und 1 Dose Kondensmilch unentgeltlich abgegeben.

Abgabe von Sauerkraut und Sauerrüben. In der kommenden Woche werden Sauerkraut und Sauerrüben ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis für das Sauerkraut beträgt K 1.20 für das kg, der für Sauerrüben K 1.12 pro kg. Die Gemeinde Wien beabsichtigt, die städtischen Abgabestellen für Sauerkraut und Sauerrüben zu vermehren. Es ergeht daher an jene Gewerbetreibenden, die eine solche städtische Verkaufsstelle übernehmen wollen, die Einladung, sich sofort mit ihren Gewerbescheine, bei der für ihren Betrieb zuständigen Marktamsabteilung persönlich zu melden.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 17. bis 22. d.M. gegen Abtrennung des Buchstaben D des grauen Einkaufscheines für Rindfleisch und des rosafarbenen Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch. Der Preis ist unverändert.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,
Wien, 1. Neues Rathaus.

Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Montag, 17. Februar 1919. Nr. 80.

Butterabgabe. In der Zeit vom 17. bis 23. d.M. gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen, sowie bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Butter pro Kopf zur Ausgabe. Der Preis für 4 dkg beträgt K 1.34.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 1. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes A der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

Wahlziffern aus Wien. Wien 1. Wahlkreis: (Innere Stadt, Landstrasse, Wieden). Abgegebene gültige Stimmen 124.625, Zahl der Wahlberechtigten 151.687, ungültige Stimmen 860. Es erhielten die Christlichsozialen 37.163, die Sozialdemokraten 50.053, die Deutschnationalen 8421, die bürgerlichen Demokraten 13.240, die Nationaldemokraten 4663, die demokratische Mittelstandspartei 937, die Demokraten 3034, die deutschösterreichische Volkspartei 255, die wirtschaftspolitische Volkspartei ~~411~~ 411 und die Tschechen 5511 Stimmen. Gewählt erscheinen: 3 Sozialdemokraten und zwar: Staatssekretär Dr. Bauer, Landesrat Rudolf Müller und Nationalrat Eduard Rieger; 2 Christlichsoziale und zwar: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Professor Dr. Ignatz Seipel; 1 Deutschnationaler und zwar: Schriftsteller Edam Müller - Guttenbrunn und ein Bürgerlicher Demokrat Nationalrat Max Friedmann.

Wien 2. Wahlkreis (Mariahilf Neubau Josefstadt): Abgegebene gültige Stimmen 87.892, Wahlberechtigte 107.875. Es entfielen auf die Christlichsozialen 27.112, auf die Sozialdemokraten 34.692, auf die Deutschnationalen 4350, auf die bürgerlichen Demokraten 9470, auf die Nationaldemokraten 4936, auf die demokratische Mittelstandspartei 529, auf die demokratische Partei 1495, auf die deutsche Volkspartei 340, deutschösterreichische Volkspartei 85, auf die demokratische Wirtschaftspartei 2006 und auf die Tschechen 3477. Gewählt erscheinen: 3 Sozialdemokraten und zwar Nationalrat Karl Leuthner, Dr. Ludwig Hartmann und Therese Schlesinger, 2 Christlichsoziale und zwar ~~XXXXXXXX~~ Direktor Eduard Heial und Chefredakteur Friedrich Schönsteiner.

Wien 3. Wahlkreis: (Alsergrund, Währing, Döbling) Abgegebene gültige Stimmen 117.775, Wahlberechtigte 143.200. Es entfielen auf die Christlichsozialen 30.919, auf die Sozialdemokraten 53.350, auf die bürgerlichen Demokraten 7326, demokratische Mittelstandspartei 171, deutschösterreichische Volkspartei 427, deutschvölkischer Wahlausschuss 15.430, auf die Demokraten 5448 und auf die Tschechen 4704. Gewählt erscheinen: 3 Sozialdemokraten und zwar Unterstaatssekretär Otto Glöckel, Gemeinderätin Gabriele Proft, und Sekretär Heinrich Allina; Dr. Heinrich 2 Christlichsoziale und zwar Stadtbauinspektor Ingenieur/Goldemund und Kaufmann Matthias Partik; 1 Deutschnationaler Dr. Leopold Waber.

Wien 4. Wahlkreis: (Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf). Abgegebene gültige Stimmen 158.006, Wahlberechtigte 180.582. Es erhielten die Christlichsozialen 26.785, die Sozialdemokraten 96.451, die demokratische Mittelstandspartei 2421, die Demokraten 5076, die deutschösterreichische Volkspartei 262, die nationalsozialistische Arbeiterpartei 6514, die jüdischnationale Partei 7770 und die Tschechen 12747 Stimmen. Gewählt erscheinen: 6 Sozialdemokraten und zwar Präsident Karl Seitz, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Matthias Eldersch, Gemeinderätin Emmy Freundlich, Gehilfenobmann Karl Pick und Metallarbeiter Josef Gessl; 1 Christlichsozialer und zwar Staatssekretär Dr. Heinrich Mataja und ein jüdisch Nationaler Ingenieur Robert Stricker.

Wien 5. Wahlkreis: (Margarethen, Favoriten, Simmering) Abgegebene gültige Stimmen 121.363, Wahlberechtigte 171.418. Es entfielen auf die Christlichsozialen 24.857, auf die Sozialdemokraten 92.905, auf die Deutschnationalen 2700, auf die bürgerlichen Demokraten 3920, auf die Nationaldemokraten 4102, auf die deutschösterreichische Volkspartei 197 und auf die Tschechen 14.729. Gewählt erscheinen: 6 Sozialdemokraten und zwar Dr. Friedrich Adler, Staatsrat Franz Domes, Gehilfenobmann Laurenz Widhelz, Sekretär Anton Hüber, Gemeinderätin Amalie Seidel und Buchdrucker Anton Hölzl; 1 Christlichsozialer und zwar StR. Franz Spalowsky.

Wien 6. Wahlkreis: (Meidling, Hietzing, Rudolfsheim) Abgegebene gültige Stimmen 142.790, Wahlberechtigte 189.372. Es entfielen auf die Christlichsozialen 34.161, auf die Sozialdemokraten 83.989, auf die bürgerlichen Demokraten 5387, auf die deutschnationale Partei 5848, auf die demokratische Mittelstandspartei 428, auf die deutschösterreichische Volkspartei 171, auf die Nationaldemokraten 5843 und auf die Tschechen 6941. Gewählt erscheinen: 4 Sozialdemokraten und zwar Nationalrat August Forstner, Unterstaatssekretär Dr. Julius Deutsch, Nationalrat Wilhelm Schiegl und Gemeinderätin Anna Beschek; ~~auf~~ 2 Christlichsoziale und zwar Landesrat Leopold Kunschak und Gemeinderätin Dr. Hildegard Burjan.

Wien 7. Wahlkreis (Rudolfsheim, Ottakring, Hernalis): Abgegebene gültige Stimmen 169.269, Wahlberechtigte 201.493. Es entfielen auf die Christlichsozialen 29.511, auf die Sozialdemokraten 111.705, auf die Bürgerlichen Demokraten 4382, auf die nationaldemokratische Partei 5944, auf die demokratische Mittelstandspartei 264, auf die deutschösterreichische Volkspartei 268, auf die nationalsozialistische Arbeiterpartei 185 und auf die Tschechen 16.966. Gewählt erscheinen: 7 Sozialdemokraten und zwar: Landeshauptmannstellvertreter Albert Sever, Stadtrat Ferdinand Skaret, Gemeinderätin Adelheid Popp, Metallarbeiter Josef Wiedensofer, Stadtrat Anton David, Chefredakteur Friedrich Austerlitz und Landrat Karl Volkers; 1 Christlichsozialer, Unterstaatssekretär Dr. Josef Besch und ein Tscheche Franz Dweřak.

Aufruf an Malaria Kranke. Das städtische Gesundheitsamt teilt mit: Alle Personen, welche während des Krieges an Malaria erkrankt waren und sich derzeit noch nicht völlig hergestellt fühlen, haben sich in ihrem eigenen Interesse ehebaldigst beim städtischen Bezirksamte (im magistratischen Bezirksamte um 9 Uhr vormittags und um 3 Uhr nachmittags) oder beim Krankenkasenärzte zu melden. Die Meldung erfolgt aus dem Grunde, weil für Malaria Kranke weitgehende Vorkehrungen getroffen werden müssen, worin in erster Linie die Kenntnis der Zahl und des Aufenthaltsortes der Malaria Kranken notwendig ist.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michalek**,
Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 18. Februar 1919. No 81.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Am 31. Jänner waren 286 unmöblierte Wohnungen darunter 258 leerstehende (0'047 % des gesamten Wohnungsbestandes) als vermietbar gemeldet. Gegen den Stand im Monate Dezember 1918 ist ein neuerlicher Rückgang zu verzeichnen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Kleinwohnungen 191 (0'047 % aller Kleinwohnungen), auf die kleineren Mittelwohnungen 31 (0'059 % aller kleineren Mittelwohnungen), auf die grösseren Mittelwohnungen 13 (0'018 % aller grösseren Mittelwohnungen) und auf die grossen Wohnungen 23 (0'085 % aller grossen Wohnungen). Die Zahl der vermietbaren möblierten Wohnungen, beziehungsweise Zimmer und Kabinette betrug Ende Jänner 143. Die vermietbar angezeigten Geschäftslokale 2603 (2538 leerstehende) haben gegenüber dem Vormonate 2963 (2847 leerstehende) einen weiteren Abgang zu verzeichnen. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises hat im Jänner 1919 mit 8259 eine neuerliche Steigerung gegenüber 6261 im Dezember 1918 erfahren. Durch die Organe des Wohnungsnachweises wurden im abgelaufenen Monat 1580 Wohnungen und Geschäftslokale revidiert.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: In der Kanzlei: Ludwig Krutak, Karl Döstel, Karl Ludwig, Ferdinand Opl, Emil Weinmar, Gottfried Prucha, Robert Kretzenderfer, Karl Unger, Franz Marek, Rudolf Danisch, Adolf Bauer, Alois Schubert, Rudolf Parville, Viktor Steinbauer, Arnold Plant, Rudolf Beran, Franz Klötzel, Alois Lokay, Johann Pichhofer, Rudolf Mayer, Karl Bednarz, Wilhelm Franzl, Georg Neumayer, Anton Eisenbaul, Friedrich Kukul, Leopold Holkub, Dr. Richard Schmidt, Gustav Doser, Karl Gibisch, Julius Blatay, Gustav Schaffer, Otto Feil, Herbert Pecher, Ferdinand Platzner, Jaroslav Kubik, Karl Harrer, Viktor Jaksch, Karl Gergasewitz, Josef Richter, Friedrich Mandl, Ottokar Moudry, Karl Kaufmann, Arthur Fritz, Emil Horvat, Eduard Jungmann, Vinzenz Hampel, Rudolf Geldner, Friedrich Schwarzenbrunner, Ernst Felkel, Friedrich Nowopatzky, Egon Rabenstein, Karl Sandner, Robert Spiral, August Nezold, Gustav Furenkranz, Thomas Drezda, Otto Seiberl, Hugo Kramer, Hans Huemer, Wilhelm Wenk, Friedrich Wobisch, Reinhold Resner, Egmont Duschek, Wilhelm Bayerndorf, Viktor Rybarski, Gustav Beigel, Georg Pöhlmann, Franz Buchegger, Heinrich Knittler, Franz Greulberger, Friedrich Fichsa, Ferdinand Grünzweig, Josef Zeithammel, Franz Nowotny, Gustav Emsfellaer, Karl Heger, Hermann von Schöppel, Friedrich Scherer, Hermann Glaser, Bernhard Richter, Karl Mayer, Julius von Zigeuner, August Oberbauer, Dr. Franz Leppa, Adolf Stipa und Franz Fekert zu Akzessisten.

Bürgerrechtsverleihung. Der Heimats- und Bürgerrechtsausschuss der Gemeinde Wien hat folgende Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes genehmigt:

Innere Stadt: Abraham Pordos, Beamter und Leopold Keneozai, Oberstleutnant (GR. Dr. Granitsch).

Leopoldstadt: Karl Josef Bernardi, Geschäftsleiter; Friedrich Michawitz, Inkassant; Leopold Schöber, Fleischselcher; Benedikt Rusy, Zuckerbäcker (GR. Jung); Mathilde Burger, Beamtenwitwe (GR. Neustädtl); Ida Winternitz von Bradaburg, Oberstenswitwe (GR. Ignatz Fischer); Robert Arastein, Kommiss; Franz Pick, Kaufmann; Karl Stetka, Lokomotivführer (GR. Hederfer); Mathilde Perin, Beamtin; Emil Perin, Student (GR. Wawerka).

Landstrasse: Alfred Strobl, Rechnungsrat; Hugo von Wenzel, Oberst; Eugen von Muchmayer, Gesandtschaftssekretär; Felix von Turnau, Oberst; Gisela Kalpassian, Maschinschreiberin (GR. Roth); Richard Volpi, Oberst (GR. von Fiedenigg); Josef Metzger, Feldmarschalleutnant; Friedrich von Watterich, Generalmajor (GR. Lötsch); Friedrich von Kubia, Major; Karl Lunzer, Schätzmeister (GR. Dechant); Philipp Rilling, Oberoffizial; Bruna Kremling, Hauptmann (GR. Breuer).

Wieden: Alois Holzer, Fleischhauermeister; Gottlieb Windisch, Glasermeister (GR. Breuer); Dr. Julius Lederer, Oberstabsarzt i.R.; Peter Sariš, Major; Anton Hofbauer, Student; Franz Sturm, Werkmeister (GR. Reissmann).

Margarethen: Franz Strnat, Kleidermacher (GR. Roth); Franz Traka, Hauptmann; Karl Blumau, Schauspieler (GR. Kurz); Alfred Strobl, Rechnungsrat (GR. Roth).

Mariahilf: Leopold Etmayer, Appreteur; Philipp Wist, Schuhmacher (GR. Paulitschke); Erad Stider, Oberst; Nikolaus Boizetta, Hauptmann (GR. Paulitschke).

Neubau: Julius Ratge, Hauptmann; Jakob Rilling, Akzessist (GR. Breuer); Eduard Brückl, Oberleutnant (GR. Zimmermann).

Josefstadt: Otto Jirusch, Major i.R.; Kornel Abel, Hauptmann; Karl Tintner, Hauptmann-Rechnungsführer; Theodor Schenker, Major; Milesch Meditz, Militärbeamter (GR. Rotter); Jakob Angstreich Pezenik, Rechnungsoffizial; Anton Dürer, Geschäftsreisender; Karl Katzelt, Hauptmann; Wilhelm Schreiter, Hauptmann Auditor (GR. Rotter).

Alsergrund: Rudolf Gröschl, Tapezierer; Ludwig Pölzer, Hufschmied; Franz Ben, Hausbesitzer; Georg Tomasch, Fleischselcher; Franz Adgner, Buchdruckereibesitzer; Matthias Machatschek, Silberarbeiter; Josef Wetscher, Schlosser; Heinrich Hoffmann, Oberkommissär; Richard Wilhelm, Elektriker; Adolf Weinberger, Reisender; Dr. Viktor Pilger, Regimentsarzt; Johann Nemeth, Kutscher; Johann Suletz, Schneider; Heinrich Heinecz, Platzvertreter; Franz Heas, Schlosser; Hansi Roth, Kleidermacherin; Robert Gress, Bankbeamter; Chaim Stotter, Handelsangestellter (GR. Partik).

Simmering: Karl Labres, Oberstleutnant; Viktor von Weber, General; Rudolf Gab, Major; Arnold Hanak, Grosshändler; Renada von Herin (GR. Keppensteiner); **Meidling:** Andreas Braunstingl, Kammacher (GR. May); Ludwig Nalleg, Oberst; Franz Eretz, Berufsunteroffizier (GR. May).

Hietzing: Albin Fasan, Leutnant i.R.; (GR. Kurz); Josef Welzel, Spängler; Gustav Schön, Privatbeamter; Katharina Wurzer, Händlerin; Ludwig Bröck, Bankbeamter; Dr. Norbert Hartwig, Oberst-Auditor; Ernst Frank, Major i.R.; Dr. Rudolf Müller, Arzt (GR. Huber).

Rudolfsheim: Franz Falt, Gastwirt; Anton Hartweg, Gastwirt; (GR. Huber); Auguste Szlebeda, Näherin (GR. Doppler); Johann Hufnagi, Gastwirt (GR. Rotter); Leopold Schöber, Fleischselcher; Benedikt Rusy, Zuckerbäcker (GR. Jung).

Fünfhaus: Richard Hiebner, Oberstleutnant (GR. Reissmann).

Ottakring: Rudolf Söllner, Bäcker; Josef Leberl, Leichenbestungsunternehmung; Josef Schweitzer, Fleischhauer (GR. Rotter); Dr. Theodor Weiss, Oberstleutnant Auditor (GR. Zimmermann).

Hernals: Edmund von Lazar, Oberst (GR. Doppler).

Währing: Leopold Reymann, Oberstleutnant; Konrad Guminsky, Unteroffizier; Hugo Reymann, Feldmarschalleutnant i.R.; Rudolf Kehl, Hauptmann; Leopold von Hartmann, Bankbeamter (GR. Dechant).

Döbling: Gustav Kastenhefer, Bäcker (GR. Dechant); Adolf Schimmerling, Kaufmann; Marie Zipris, Manipulantin; Erwin Steiner, Buchhalter (GR. Huber); Dr. Simon Kopiel, Oberstabsarzt (GR. Keppensteiner).

Brigittenau: Josef Geger, Hauptmann-Rechnungsführer (GR. Breuer).

Floridsdorf: Heinrich Pruk, Privatbeamter; Oskar Eisenstädter de Buzias, Privatier (GR. Lötsch).

Abgabe von Abfallsäuerkraut an Viehhüter. In den städtischen Säuerkrautlagern, Zentralviehmarkt, St. Marx, Brauhaus Simmering und Lagerkeller der Hüttelderfer Brauerei, Linzerstrasse beim Linienante, wird ständig zur Viehfütterung geeignetes Säuerkraut je nach der Beschaffenheit zum Preise von 20 h aufwärts für das Kilogramm abgegeben.

Von der Schweizer Delegation. Gestern abends empfing Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Anwesenheit der VB. Hess und Rain die Herrn der Schweizer Delegation. Ausser den Herren aus der Schweiz waren der schweizerische Gesandte Exzellenz Bourcart, Legationssekretär Dr. Ratzemberger, Attaché Dr. von Grenus, weiters Sektionsrat Dr. Krüger des Staatsrates für Volksgesundheit, GR. Dr. von Schwarz-Hiller, sowie Oberstleutnant Frey, Oberleutnant Pezzi und Wachtmeister Hirsbrunn von der Schweizer Hilfsmission erschienen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Gäste und sagte: Ich bitte Sie, wenn Sie in Ihre Heimat zurückkehren, Ihren Auftraggebern von der Not, die Sie hier gesehen haben, zu erzählen, aber auch davon, wie Wien dankbaren Herzens Ihnen entgegengekommen ist. Durch alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere durch unsere Kinder zieht der Gedanke an die Eidgenossenschaft, die herrliche Schweiz und sein edles Volk. Als ich unlängst am Bahnhofe stand, um die Abreise der Kinder in die Schweiz zu sehen, merkte ich nur wenig Tränen in ihren Augen, die meisten zogen voll Freude hinaus. Wir danken Ihnen auch dafür, dass Sie weiter bereit sind, Wiener Kinder in Ihr gastliches Land aufzunehmen. Was in die Seele des Kindes in diesen schweren Zeiten verankert wurde, vorerst der Jammer und Kummer des Krieges und jetzt die Fürsorge der Schweiz, wird dauernd fertigen in ihren Erinnerungen. Wir danken Alle Gott, dass die Zeit des unversöhnlichen Hasses zu weichen beginnt und Beziehungen, die sich gründen, auf die ewige Nächstenliebe wieder lebendig zu werden beginnen, denn wir sind berufen als Mensch der Menschlichkeit zu dienen und im Nächsten unseren Bruder zu sehen. - Für die Schweizer Delegation sprach der Genfer Kompenist Pierre Maurice, ein eifriger Förderer des Wiener Liebeswerkes in der Schweiz. Er betonte, dass in dem Lande der Freiheit die Sonne der Nächstenliebe zuerst erstrahlt sei als die Herzen und die Hände für Wien sich öffneten. Die Schweiz das Land, wo das rote Kreuz entstand, trägt im Wappen das weisse Kreuz, als Zeichen der Hilfe und Nächstenliebe und unter diesem Zeichen und unter der Hilfe der Jugend sei die Aktion für Wien zustande gekommen; klein zwar in ihrem Erfolge, für eine Riesenstadt wie Wien, aber mit ehrlichen Gefühle durchgeführt. Seine Rede klang aus in einen Dank an die Wiener Behörden für die lebenswürdige Aufnahme, welche die Schweizer Delegation hier gefunden und für die vorzügliche Mitarbeit bei der Durchführung der Behörden. - Der Sekretär der Hilfsaktion Redakteur Bierbaum schilderte in warmen Worten das Zustandekommen und die Ausführung der Schweizer Liebesgabenaktion. Wenn der Bürgermeister den Schweizern gedankt habe, so gelte dieser Dank in erster Linie den Kindern, welche in bewundernswürdiger Liebe und reinen Herzens sich dem Werke gewidmet. Das erhebenste an dieser Aktion, die für Wien nur eine schwache Hilfe bedeute, sei der Blick in die Zukunft, der sich in diesen Taten offenbare und er wolle die Gelegenheit nicht verüben lassen, ohne auch der kleinen Mitarbeiter und der kleinen Empfänger zu gedanken. Trotz allem Elendes ist die Welt ja schön und könnte noch viel schöner sein, wenn alle so edel und gut empfinden würden, wie diese Kinder. Vielleicht geben sich auch die grossen Kinder die wir sind, wieder die Hand und erkennen, dass sie Freund und Schwester und Bruder sein müssen, weil es ein höheres Geschick so befohlen hat.

Somit hatten die Begrüssungreden ihr Ende gefunden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler.
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Februar 1919. Nr. 82.

Bürgerrechtsverleihungen. Die gestern ausgegebene Notiz über Bürgerrechtsverleihungen beruht auf einem Irrtum; es ist nämlich nur an folgende Bewerber das Bürgerrecht verliehen worden: **Leopoldstadt:** Karl Bernardi, Geschäftsleiter, Friedrich Michawitz, Inkassant (GR. Jung). **Wieden:** Alois Holzer, Fleischhauer; Gottlieb Windisch, Glasermeister (GR. Breuer). **Margarethen:** Franz Stmaß, Kleidermacher (GR. Roth). **Mariahilf:** Leopold Etmayer, Appreteur; Philipp Wist, Schuhmacher (GR. Paulitschke). **XXXXXXXXX Alsergrund:** Rudolf Gröschl, Tapezierer; Ludwig Pölzer, Hufschmied; Franz Ben, Hausbesitzer; Georg Thomas, Fleischselcher; Franz Aigner, Buchdruckereibesitzer; Matthias Machatschek, Silberarbeiter; Josef Wetscher, Schlossermeister (GR. Partik). **Meidling:** Andreas Braunstingl, Kammacher (GR. May). **Rudolfsheim:** Leopold Schober, Fleischselcher; Benedikt Rusy, Zuckerbäcker (GR. Jung); Franz Falt, Gastwirt; Anton Hartweger, Hausbesitzer (GR. Huber); Johann Hufnagl, Gastwirt (GR. Rotter). **Stakring:** Rudolf Söllner, Hausbesitzer; Josef Leberl, Leichenbestattungsunternehmung; Josef Schweitzer, Hausbesitzer (GR. Rotter). **Döbling:** Gustav Kastenhofer, Bäckermeister (GR. Huber).

Die Kohlenlieferungen nach Wien. Die Anlieferung von Kohle hat sich in der letzten Zeit fast täglich vermindert. Der Einlauf oberschlesischer Kohle ist äusserst gering. Wenn auch die Lieferungen auf Grund der neuen Berliner Abmachungen einsetzen sollten, dürften sie fast ausschliesslich den äusserst notleidenden Bahnen zugutekommen, so dass auf eine nennenswerte Belieferung des Kohlenhandels mit dieser Kohle nicht zu rechnen ist. Der Tiefstand der Lieferungen aus Westfalen lässt sich am besten daraus entnehmen, dass die Staatsbahndirektion Innsbruck die hauptsächlich aus Westfalen versorgt wird, die teilweise Einstellung ihres Zugverkehrs in Aussicht gestellt hat. Auf Zufuhr polnische Kohle kann vorläufig nicht gerechnet werden, da der Bahnverkehr zwischen Dzierżitz und Oderberg noch immer unterbrochen ist. Umso grössere Bedeutung kommt der Anlieferung aus den nordwestböhmisches Braunkohlengebiete zu. Aber auch diese Lieferung hat in letzter Zeit vollständig versagt; während am 10. Februar noch 1605 t einlangten, sank die Zufuhr in den folgenden Tagen auf 747 t, 860 t, 469 t, 245 t, 165 t und 60 t. Nach den telephonischen Meldungen vom 17. und 18. d.M. ist in Gmünd überhaupt keine Kohle für den Wiener Konsum eingelangt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass die Ausgabe von Küchenbränden durch den Kleinkohlenhändler in der ersten Februarwoche bereits auf 69.8 % des Bedarfes gesunken war, in der folgenden Woche sind noch weit ungünstiger gestaltete. Vorräte an Kohle sind so gut wie nicht vorhanden. Die wenige Kohle, die noch auf den städtischen Verkaufsplätzen und beim Gresshandel gelagert ist, reicht kaum hin, um den laufenden Bedarf der wichtigsten Approvisionierungsgewerbe, wie Bäcker etc. in der nächsten Zeit zu decken. Die städtische Kohlenkommission befasste sich daher am Dienstag, 18. d.M. sehr eingehend mit den zu ergreifenden Massnahmen. Sie nahm zur Kenntnis, dass seitens des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten und des Magistrates alles versucht wurde, die Anlieferung von Kohle zu erhöhen, insbesondere die Lieferung von Kohle aus Böhmen zu erreichen. Es wurde auch die Heranziehung der Holzvorräte der Gemeinde Wien als Aushilfe für Küchenfeuerung eingehend besprochen und die Herabsetzung der Wochenquote von 20 kg auf 15 kg Steinkohle (25 kg auf 20 kg Braunkohle) erörtert. Die Verwendung von Holz als Ersatzmittel für Kohle sind begreiflicherweise enge Grenzen gezogen. Es wird versucht werden, durch

Ausgabe von Holz an jene Kleinkohlenhändler, die mit Kohle nicht beliefert werden können, die bei an Brennmaterial einigermassen zu mildern. Das städtische Holz wird vom Kleinkohlenhändler gegen Einlösung des fälligen Abschnittes der Küchenbrandkarte zum Preise von 38 h, geschnitten und gehackt, in derselben Menge ausgegeben werden, die als Wochenmenge für Braunkohle festgesetzt ist. Die Aushilfen, die den mit Kohle nicht versorgten Kleinkohlenhändlern gewährt werden können, belaufen sich jedoch nur auf etwa 80 Fuhren per Tag, während der Bedarf voraussichtlich über 200 Fuhren betragen würde. Es wird also trotz dieses Aushilfsmittels ein grosser Teil der Bevölkerung keinen Brennstoff für Küchenfeuerung erhalten können.

Sollte sich bis Freitag der Tageseinlauf an Kohle nicht auf mindestens 2000 t täglich erhöhen, und aus den eingehenden Meldungen nicht zu entnehmen sein, dass eine Anlieferung in dieser Höhe durch drei bis vier Tage zu gewärtigen ist, wäre der Magistrat genötigt, die Wochenmenge des Küchenbrandes für die kommende Woche von 20 kg auf 15 kg Steinkohle (bei Braunkohle und Holz auf 20 kg) herabzusetzen, um wenigstens einen möglichst grossen Teil von Haushaltungen den Küchenbrand zukommen zu lassen. Eine diesbezügliche Verlautbarung würde in den Sonntagsblättern erscheinen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Februar 1919. Nr. 82.

Die Ueberfälle auf Pernhofen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass ein zweiter Ueberfall auf das Gut Pernhofen stattgefunden habe. Der erste Ueberfall, ungefähr vor 4 Wochen, wurde von 100 Mann ausgeführt. Gestern nun drangen 50 Mann reguläres tschechisches Militär in das Gut ein. Nach dem ersten Ueberfalle hat sich der Bürgermeister an die Landesregierung und an den in Goding stationierten kommandierenden tschechoslowakischen General gewendet und die Versicherung erhalten, dass das Eigentum der Gemeinde Wien geschützt werde. In Pernhofen befinden sich 2000 Fetteschweine. Bei dem Ueberfalle handelt es sich weniger um den beträchtlichen Geldwert, als um das Material. Der Bürgermeister erwähnte auch, dass bei dem Ueberfalle in Amstetten Vertreter des Soldatenrates erschienen seien, um zu requirieren. Nach den mit dem Soldatenrat gepflogenen Verhandlungen wurden diesem drei gemästete Schweine gegen Zahlung des Höchstpreises überlassen. Auch wegen dieses Vorfalles wurde an kompetente Stelle Protest erhoben.

Die Einreise der Finanzkommission nach Paris. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass den Mitgliedern der Finanzkommission in Bern die Einreise nach Paris nur teilweise erlaubt wurde. Dem mit der Vollmacht der Gemeinde Wien ausgestatteten Dr. Adler und dem GR. von Schwarz-Hiller wurde die Einreise nicht gestattet.

Ueber Beschluss des Stadtrates wurden Bürgermeister Dr. Weiskirchner und VB. Reumann ersucht beim Staatssekretär Dr. Bauer in dieser Angelegenheit zu vermitteln und den Widerruf der dem Dr. Adler erteilten Vollmacht in die Aussicht zu stellen, wenn nicht ein Delegierter der Gemeinde dem, Der Bürgermeister bemerkte, dass ein Vertreter der Gemeinde Wien bei der Kommission in Paris anwesend sein müsse, weil ein staatlicher Vertreter nicht ermächtigt sei, grosse Verpflichtungen der Gemeinde zu übernehmen, mit denen sich dann diese nicht einverstanden erklären könne.

Die tschechischen und polnischen Arbeiter und die städtische Arbeitslosenfürsorge. In der heutigen Stadtratsitzung wurde beschlossen, den reichsdeutschen und ungarischen Staatsangehörigen, die in Wien leben und arbeitslos sind, und die Arbeitslosenfürsorge des Staates genießen, auch den von der Gemeinde Wien bewilligten Zuschuss zur Arbeitslosenunter-

stützung zu geben. Dagegen wird den tschechischen und polnischen Arbeitern, die in Wien sind und keine Arbeit haben, diese Unterstützung nur dann gegeben, wenn der tschechische und polnische Staat erklären, unsere Arbeitslosen dort ebenso zu behandeln.

Die stadtträtlichen Komitees. In den letzten Sitzungen des Stadtrates wurden verschiedene stadtträtliche Komitees nach dem Schlüssel 4 : 2 : 1 eingesetzt. Auf Wunsch der sozialdemokratischen Stadträte werden nun die Mandate nach dem Schlüssel 4 : 3 : 1 aufgeteilt.

Kohle aus Dobrowa für Wien. Auf Grund des Krakauer Vertrages vom 18. Dezember 1918, der zwischen dem deutschösterreichischen und polnischen Staate abgeschlossen wurde, wurde nun einer Wiener Kohlenfirma die Bewilligung erteilt, täglich 40 Waggons Kohle aus Dobrowa nach Wien zu bringen. Diese Menge wurde den städtischen Elektrizitätswerken zu-gewiesen. Die Kohlengesellschaft hat einen Preis zwischen 2200 und 2500 Kronen für den Waggon Steinkohle festgesetzt. Trotzdem dieser Preis übermässig hoch ist, hat der Stadtrat in Anbetracht des ausserordentlich schlechten Kohlenstandes nach einem Antrage des StR. Schmid beschlossen, das Offert anzunehmen, da sich die Gemeinde in einer Zwangslage befindet.

Uebernahme der spanischen Hofreitschule. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Liebbeck über die Uebernahme der spanischen Hofreitschule und beantragt die Beschlussfassung zu vertagen, bis die Frage des Besitzes der Krongüter, insbesondere der Hofburg geklärt ist. StR. Schmid verwies darauf, dass der grosse Saal in der spanischen Hofreitschule ehemals als Konzertsaal verwendet wurde, wozu er sich vorzüglich eignete. Vielleicht könnte dies wieder der Fall sein. Der Referentenantrag wurde schliesslich angenommen.

Der Fleischersatz. Die als Fleischersatz für die Woche vom 20. bis 26. d.M. zugewiesene Haferreismenge von 1/8 kg pro Kopf wird bei den städtischen Mehlmehlsstellen von Montag, 21. bis einschliesslich Mittwoch, 26. d.M. ausgegeben. Die Konsumentenorganisationen erhalten den Haferreis als Fleischersatz durch die deutschösterreichische Kriegsgetreideanstalt direkt zugewiesen. Die Abgabe erfolgt gegen gleichzeitige Abtrennung der beiden Abschnitte 7 des grauen Einkaufsscheines für Rindfleisch, bezw. des Abschnittes 7 des rosa Einkaufsscheines für Wohlfahrtsfleisch.

Vergabung von Arbeiten im öffentlichen Anbotwege. Nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschloss der Stadtrat die den Rahmen laufender Arbeiten übersteigenden grösseren Herstellungen im Wege öffentlicher Anbotverhandlungen zu vergeben, um möglichst vielen Unternehmern und Arbeitern Verdienst und Arbeit zu schaffen. Die laufenden Arbeiten, für welche keine ständigen Ersteher bestellt sind, werden bis auf weiteres im Wege freier Vereinbarung unter tunlichster Berücksichtigung der früheren städtischen Ersteher vergeben.

Falsche 100 Kronen Kassenscheine der Gemeinde Wien. Unter den heute zur Einlösung eingereichten 100 Kronen Kassenscheinen der Gemeinde Wien wurden mehrere Falsifikate derselben Ausführung gefunden. Der wichtigste Unterschied gegenüber den echten Scheinen ist, dass bei der Unterschrift des Stadtrates Wessely die Endschlinge des W nach links, statt nach rechts gezogen ist. Weitere Unterschiede sind: Bei der Unterschrift des Stadtrates Leopold Brauneiss ist die Schlinge des grossen L nicht ganz durchstrichen; in der zweiten Zeile des Textes der Rückseite steht statt „Gemeinderatsbeschlusses“ „Gemeinderatsbeschlusstes“; in der letzten Textzeile dieser Seite ist der Anfangsbuchstabe von „Nachahmung“ schlecht ausgeführt und ähnelt einem „K“; Der Untergrund des echten Kassenscheines zeigt Wellenlinien, der nachgemachte Tupfen. Ausserdem ist das Falsifikat aus dünnerem Papier hergestellt, als die echten Scheine. Da die Einlösungsfrist

der Kassenscheine ohnedies bereits am 20. d.M. endet, empfiehlt es sich, die 100 Kronen Scheine sofort der städtischen Hauptkasse zur Einlösung zu präsentieren und keine solchen Scheine mehr in Zahlung zu nehmen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 19. Febr. 1919.

BGM. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Die Nationalversammlung der deutschen Republik ist zusammengetreten und das deutsche Volk hat seinen festen Willen bekundet, nach den Stürmen eines ungeliebten Krieges durch rastlose Arbeit sich ein neues Haus zu bauen. Mit den herzlichsten Wünschen und Hoffnungen blicken wir Deutschösterreicher und Wiener nach Weimar und unsere Sehnsucht und unsere innigsten Grüsse ziehen hinaus zu unseren deutschen Brüdern. Mit innigem Danke haben wir die hererquickenden Worte vernommen, die uns Deutschösterreicher in der Nationalversammlung gewidmet wurden. Sie haben in ganz Wien den hellsten Widerhall gefunden und wir freuen uns über den Tag, der ein einiges Reich schafft, in dem auch wir Deutschösterreicher unentwegt und ungehindert an dem Wohle unseres deutschen Volkes wirken können.

Was die Gemeinderats-Sitzung vom 13. November des vergangenen Jahres sagte,horate, ich wiederhole es in dem Bewusstsein, dass wir nun dem Ziele nahe sind. Ein Trauer von Jahrhunderten geht mit der Einigung aller Deutschen in Erfüllung. Heil den Deutschen Volke!

(Beifall)

Ich bitte die Herrr um die Ermächtigung die Nationalversammlung in Weimar telegraphisch begrüßen zu dürfen. (lebhafter Beifall)

Spendet haben: Unter dem Decknamen „Wilhelm“ zur Anschaffung von Kleidern, Schuhen etc. für arme Schulkinder, die Knaben-Volksschule für
R. Laimäckergasse 17 K 4000.--, die Knaben-Volksschule X. Quellenstr. 54 für
K 3000.--, die Knaben-Volksschule Y. Puchbaumgasse 55 K 3000.--, für die Knaben-Volksschule X. Thavonatgasse 20 K 2000.--, die Knaben-Volksschule X. Quellenstrasse 31 K 2000.--, für die Mädchen Volksschule. X. Laaserstrasse 1 K 1.500.--

Hugo Kepler, Inhaber der Konzertdirektion Gutmann spendet für die Aktion „Frühstück für arme Schulkinder“ K 8072.55, Kommerzialrat Oskar Berl für das Karolinen-Kinderspital K 5000.--, Herr W. Wick, Vorsteher der Kantonalen Handelsbank, Basel für die Armen Wiens einen Betrag von K 1075.50, Gustav Heller, Fabrikant für die Armen Wiens K 1000.--, Univ. Prof. Dr. Leopold Freund für die Armen Wiens K 200.--, Hermann Winkler für christl. tuberkulösen Kinder K 100.-- für christl. Kriegsblinde K 100.-- und Dr. Guido Müller, Notar für die Armen des III. Bezirkes K 100.--

Die Brüder Adolf, Dr. Erwin, Dr. Viktor und Otto Luntz spenden eine von Bildhauer Wilhelm Gerstel, Berlin modellierte Gypsstatue des ersten Architekten beim Bau des neuen Wiener Rathhauses und des nachmaligen Professors an der Akademie der bildenden Künste Viktor Luntz, einen Abguss der Totenmaske desselben und eine Porträtplakette auf ihm von J. Tautenhayn.

GR. Herald fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die nötigen Schritte zu unternehmen, dass in den Höfen und anstossenden Hallen des Rathhauses die Abhaltung eines Weinmarktes von österreichischen Weinen ermöglicht werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Anregung, im Rathause einen österreichischen Weinmarkt abzuhalten, von Magistrate im Auge behalten und in dieser Angelegenheit seinerzeit an den Gemeinderat berichtet werden wird.

Was den Zeitpunkt anbelangt, so müsse doch noch abgewartet werden, da die gegenwärtigen Verhältnisse eine solche Veranstaltung derzeit unmöglich erscheinen lassen. Wir haben bereits, wie Ihnen bekannt ist, einen solchen Weinmarkt im Arkadenhofe gehabt, doch kann auf diese Idee erst wieder nach dem Abbau der Weinpreise zurückgekommen werden. (Allgemeine Zustimmung).

GR. Philp fragt an, ob der Bürgermeister geneigt sei, anzuordnen, dass das Bauprojekt für das Mariahilfer Zweighaus der Urania ehest dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werde und ob er geneigt sei, diesen öffentlichen gemeinnützigen Bau unter die „Notstandsbauten“ einzureihen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Laut Mitteilung der Magistrat abteilung III findet morgen eine Amtsbesprechung in dieser Angelegenheit statt, zu der sämtliche Behörden und Interessenten geladen sind. Die Vorverhandlungen werden voraussichtlich in ganz kurzer Zeit zu Ende geführt sein, so dass der Entwurf, betreffend die Errichtung eines Urania-Zweighauses in Mariahilf wahrscheinlich schon in einer der nächsten Sitzungen dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird. Da jedoch nicht die Gemeinde Wien, sondern der Verein Urania selbst Bauführerin ist, ist es unmöglich, diesen Bau als Notstandsbaue auszuführen.

GR. Anton Wimmer stellt eine Interpellation, dahin gehend, bei der Hernalser Remise eine moderne Bedürfnisanstalt zu errichten. Es wird dieser Mangel namentlich an Sonntagen von dem Ausflüglern schwer empfunden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortet, er werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuweisen.

GR. Maria Schwarz fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass im Wiener Schulbezirke derzeit 30 für Schulleiterinnen systemisierte Stellen seit 1917 und 18 erledigt und noch nicht ausgeschrieben sind, dass sich diese Verzögerung der Konkursausschreibung und Ernennung auf die im April 1917 und Februar 1918 eingebrachten Rekurse einiger Lehrerinnen stützt, die gegen die seit Jahren vom Stadtrate veranlasste Ausschreibung weiblich systemisierter Stellen für männliche Bewerber gerichtet sind und der Stadtrat eine Entscheidung des Landesschulrates abwarten will und ob der Bürgermeister gedenkt, diese unberechtigte Verzögerung aufzuheben und die erledigten Stellen durch den Bezirksschulrat sofort zur Ausschreibung zu bringen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Gegenstand dieser Interpellation fällt nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates, sondern in den der Schulbehörden. Ich habe aber erhoben, dass die Ausschreibung der Stellen aus dem Grunde vom Bezirksschulrate nicht veranlasst werden kann, da die Voraussetzungen für die Ausschreibungen dormalen noch nicht gegeben sind. Gemäss § 113 der Schul- und Unterrichtsordnung müssen nämlich die Verhandlungsakten, welche die Grundlage für die Stellenausschreibung bilden, dem Landesschulrate zwecks Feststellung, ob die fragliche Lehrstelle mit einer weiblichen oder mit einer männlichen Lehrkraft zu besetzen ist oder ob die Bewerbung mit Lehrkräften ohne Unterschied des Geschlechtes offen zu halten ist, vorgelegt werden. Derzeit erliegt das ganze Aktenmaterial beim Staatsamte für Unterricht.

GR. Waldsam richtet die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, dahin Einfluss zu nehmen, dass alle Vorkehrungen für eine gleichmässige Versorgung der Bevölkerung mit Kohle getroffen werden und ob der Bürgermeister das eheste Inslebenreten einer einheitlichen amtlichen Verteilungsstelle unter Zuziehung von Vertretern aller interessierten Kreise zu fördern.

Der Bürgermeister erwidert: Die Frage der amtlichen Verteilung der gesamten in Wien einlangenden Kohle auf den Gross- und Kleinhandel wurde in der städtischen Kohlenkommission anlässlich der Einführung der Rayonierung und Rationierung erörtert. Die Kohlenkommission sprach sich gegen eine amtliche Verteilung aus, die nur bei der Braunkohle eingeführt wurde, die aber zu der vom Magistrat angestrebten Dezentralisierung des Kohlenverkaufes herangezogen wurde. Da der Kohleneinlauf der einzelnen Grosshändler schwankend ist und diese Schwankungen sich auch auf die Belieferung der Kleinhändler ausdehnen mussten, wurde eine besondere amtliche Kohlenaushilfsstelle errichtet, die jenen Kleinkohlhändlern, die von ihrem zuständigen Grosskohlenhändler nicht oder ungenügend beliefert werden, Kohlenaushilfen zu gewähren hat. Insolange der Einlauf an Kohle halbwegs dem Bedarf entsprach und Vorräte vorhanden waren funktionierte die Kohlenverteilung fast klaglos. Uebelstände traten erst mit dem mangelnden Einlauf ein. Dem gegenwärtigen Tiefstande der Kohlenversorgung könnte auch eine andere Verteilungsstelle für die gesamte Kohle unter Beseitigung der bestehenden Geschäftsverbindungen nicht gerecht werden.

GR. Untermüller interpelliert über die Regulierung der Entlehnung der Kanzeihilfskräfte und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, falls dies erst im Rahmen der zu erwartenden vollständigen Umgestaltung der Entlehnungsverhältnisse der städtischen Angestellten möglich wäre, verfügen zu wollen, dass durch Gewährung von Zulagen die Besserstellung der Kanzeihilfskräfte ermöglicht wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass eine Regelung der Bezüge der Kanzeihilfskräfte allein nicht trulich erscheint. Eine solche müsste sich vielmehr auf alle im Tag- oder Wochenlohn stehenden Gemeindebediensteten erstrecken. Eine solche Massnahme wäre aber von ganz ausserordentlicher finanzieller Tragweite für die Gemeinde. Der Magistrat ist daher nicht in der Lage auf eine Erhöhung der Bezüge der Kanzeihilfskräfte einzugehen, zumal der durch die allgemeine Teuerung verursachten Notlage der Angestellten nach Möglichkeit durch die Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge abgeholfen wird. Auch darf nicht übersehen werden, dass durch die Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit fast alle Kanzeihilfskräfte in höhere Bezugsklassen vorgerückt sind.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, alles daranzusetzen, um beim Staatsamte für öffentliche Arbeiten und den anderen in Betracht kommenden Behörden die Verlegung der Sperrstunde der Geschäfte auf 6 Uhr durchzusetzen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Kohlenzuschüsse für Wien sind noch immer derart ungünstig, dass augenblicklich eine Milderung der Sparsvorschriften und Einschränkungen im Verbrauch von Gas und Elektrizität nicht in Antrag gebracht werden kann. Voraussichtlich wird in der nächsten Woche im Staatsamte für öffentliche Arbeiten eine neuerliche Beratung in dieser Frage stattfinden. Wenn es die Verhältnisse gestatten, wird gewiss getrachtet werden, den berechtigten Wünschen der Gewerbetreibenden und der Bevölkerung nach Möglichkeit entgegenzukommen.

GR. Penz fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, dass während der fleischlosen Woche den Gastgewerbetreibenden Lebensmittel aus den Vorräten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, dass in Zukunft Beschlagnahmen von Lebensmitteln in den Gasthäusern unterbleiben, sowie Sperrungen von Gastwirtebetrieben nicht mehr erfolgen, für den freien Sondereinkauf zu sorgen und für die Marktfreiheit der Gastgewerbebetriebe wie bei den Betriebsküchen einzutreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortet: Ich habe den Magistrat beauftragt, den Gastwirten anlässlich der bevorstehenden fleischlosen Woche nach Möglichkeit aus den Vorräten der Gemeinde kartenfreie Artikel zur Verfügung zu stellen und werde nicht ermangeln, das von der Genossenschaft beim Staatsamte für Volksernährung eingebrachte Ansuchen gleichen Inhaltes nachdrücklichst zu unterstützen. Der Magistrat hat niemals bei den Gastwirten Lebensmittel beschlagnahmt, weil derartige Beschlagnahmen in die Kompetenz der Polizeidirektionen fallen. Er wird aber nicht verabsäumen diesen Wunsch der Genossenschaft der Gastwirte dem Kriegswucheramt zur Kenntnis zu bringen. Der Magistrat wird beim Staatsamte für Volksernährung intervenieren, dass Lebensmittelankäufe, die aus dem Auslande stammen, von der Beschlagnahme befreit werden, weil dieser Standpunkt auch der dormaligen Gesetzeslage entspricht. Es ist richtig, dass nach einem Erlasse des Staatsamtes für Volksernährung mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft Teilnehmer an den Betriebsküchen, soweit diese dem Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe Wiens oder dem Zentralverbande der Gemeinschaftsküchen angegliedert sind, von der Verpflichtung zur Abgabe von Abschnitten der Mehl- und Fettkarte befreit wurden. Der Magistrat wird das beim Staatsamte für

Volksernährung eingebrachte Ansuchen auch in dieser Hinsicht warmstens unterstützen, zumal die der Genossenschaft amtlich zugewiesene Mehlmenge so gering ist, dass sie nicht ausreicht für eine angemessene Auslastung.

Der Gruss an Weimar. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Reichspräsidenten Ebert in Weimar folgendes Telegramm gerichtet: Der heute tagende Gemeinderat der Stadt Wien begrüsst die deutsche Nationalversammlung aus ganzer Herzen und begleitet ihre Arbeiten, durch die an deutschen Völkern ein neues wohlhabendes Haus gebaut werden soll, mit den innigsten Wünschen und Hoffnungen. Die kürzerquickenden Worte, die uns Deutschösterreicher in der Nationalversammlung gewidmet werden sind, haben in der Bevölkerung unserer Stadt den hellsten Widerhall gefunden. Wir freuen uns des Tages, der ein einiges Reich schafft, in dem auch wir Deutschösterreicher unentwegt und unbehindert an dem Wohle unseres deutschen Volkes wirken können. Möge der Traum von Jahrhunderten mit der Einigung aller Deutschen bald in Erfüllung gehen!

= = = = =
+ +

GR. Hummelhardt beantragt die rangklassenmässige Abstufung des jährlichen Entfernungsbeitrages für die Beamten des städtischen Jugendamtes und zwar nur die Praktikanten, provisorischen Akzessisten und für die Beamten der 11. Rangklasse mit jährlich 600 Kronen, steigend bei jeder Rangklasse um je 300 Kronen.

GR. Sachlath stellt dem Antrag den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach den vom Militärdienste heimkehrenden Beamten und Angestellten die Kriegs- und Feuerungszulagen für das Jahr 1919 in dem den übrigen Angestellten gleicher Kategorie gewährten Ausmasse und nach Massgabe der für die Lehrpersonen diesbezüglich bestehenden Bestimmungen zu gewähren sind.

GR. Gröbner beantragt, es mögen mindestens 3 Sitzungen im Monate abgehalten werden.

GR. Langer beantragt, dem Vorschlage der Bezirksvertretung Mariahilf neben der Laingrubenkirche eine Schule zu erbauen, nicht zuzustimmen, sondern einen anderen Platz für die Errichtung eines Schulhauses ausfindig zu machen.

GR. Hötzel beantragt, die durch den Krieg unterbrochenen Arbeiten zur Einführung einer Wiener Warenmesse in Angriff zu nehmen.

GR. Sedlak beantragt eine Neuregelung der Bezirksgrenzen zwischen Hernals und Gersthof.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt, die Zulassung von Frauen zu der Stellung eines Armenrates.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt die ehebaldigste Verleihung von systemisierten Stellen an alle Fürsorgerinnen mit mehr als 1 jähriger Praxis.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBGM. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner legt das Programm der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der Arbeitsnot vor. Er führt aus, dass bereits im Jahre 1914, als man glaubte, dass als Begleiterscheinung des Krieges die Arbeitslosigkeit auftreten werde, ein Programm, ausgearbeitet wurde, welches geeignet gewesen wäre, sowohl qualifizierte als nichtqualifizierte Arbeitern Gelegenheit zum Verdienst zu geben. Im Verlaufe des Krieges sei aber nicht Arbeitslosigkeit, sondern eher Mangel an Arbeitern aufgetreten und dieser Zustand verschärfte sich immer mehr, je länger der Krieg dauerte. Mit Ende des Krieges hat sich nun die Arbeitsnot eingestellt. Der Stadtrat hat zur Beratung der dagegen zu ergreifenden Mittel ein Komitee aus allen Parteien eingesetzt, welches das Arbeitsprogramm prüfte und eine Reihung der Arbeiten vornahm. Die Arbeiten, deren Ausführung vorgeschlagen wird, können nicht als eigentliche Notstandsarbeiten bezeichnet

werden, denn es sind Arbeiten, welche unbedingt ausgeführt werden müssen. Bei den Arbeiten werden nach einer Berechnung des Stadtbauamtes 10.400 Personen und zwar 4840 gelernte und 5560 ungelernete Arbeiter Beschäftigung finden können. Eine Vorbedingung ist, dass die erforderlichen Baustoffe zur Verfügung stehen werden, benötigt werden 28 Millionen Ziegel, 5900 Waggons Zement, ferner grosse Mengen von Weisskalk, Eisen, Holz, Glas u. dgl.

Ausser diesen Arbeiten wird noch eine andere Betätigungsgelegenheit geboten sein. Nach einem vom Stadtrate heute gefassten Beschluss wird vorder Bisherigen Uebung während des Krieges, Arbeit und Lieferungen durch freie Vereinbarungen kurzerhand zu vergeben, abgesehen werden und es werden wiederum öffentliche Offertverhandlungen ausgeschrieben. Es sollen insbesondere Adaptierungen, Fassadenherstellungen und andere kleinere Baumeisterarbeiten zur Vergabung gelangen.

Die Gemeindeverwaltung hofft, dass durch diese Arbeiten das Wirtschaftsleben wieder belebt und die Arbeitslosigkeit gebannt werden soll.

Der Redner schliesst, dass durch die vorliegenden Anträge Arbeit und Verdienst in reichem Masse gewährleistet werden und stellt die bekannten Anträge, welcher der Gemeinde Kosten von 58.700.000 Kronen verursachen.

GR. Breitner wendet das Augenmerk der Versammlung auf die grosse Anzahl von Arbeitslosen im Kaufmannstande. So z.B. sind beim Gremium der Kaufmannschaft 13.060 Personen gemeldet, welche Arbeitslosenunterstützung

1500 Bankangestellte sind postenlos, weitere 2 bis 3000 haben die Kündigung zu erwarten. Von 6485 Stellengesuchen kaufmännischer Angestellter wurden im Jänner 30 aufrecht erledigt. Buchhalter, welche vor kurzer Zeit noch 700 K an Monatsgehalt bezogen, müssen jetzt Stellen mit dem halben Gehalt annehmen. Die Gemeinde Wien müsse in ihrem Wirkungskreis Abhilfe zu schaffen suchen, es sei nicht notwendig, dass Beamte Ueberstunden machen müssen, während soviel geistige Arbeiter postenlos sind. Es müssten ferner bei der bevorstehenden Volkszählung die Leute beschäftigt werden.

GR. Granitsch glaubt, dass Wien in nächster Zeit keinen Rückgang erleiden wird, denn es hat sich schon bei der Teilung Oesterreich-Ungarns gezeigt, dass trotz des Aufblühens von Budapest Wien nicht zurückgegangen ist. Die wichtigste Frage der nächsten Zukunft ist wohl die Wohnungsfrage von der Lösung der Kohlennot, insbesondere aber auch die Schaffung für Lebensmitteln und wäre zu diesem letzteren Zwecke die Anlage von grossen Gemüsegärten als Notstandsarbeit in Betracht zu ziehen. Da nahezu 80% der Wiener Bevölkerung in Wohnungen wohnen, die den an sie gestellten Forderungen nicht entsprechen, kann auch auf diesem Gebiete viel Arbeit geleistet werden. Die Wohnungsfrage zu lösen, eine Verbesserung darin zu treffen, ist eine dringendste Notwendigkeit und wird in ausreichender Masse Arbeit geben. Zur Verbesserung der Wohnungsfrage ist aber auch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringendst notwendig und wenn von der Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse die Rede ist, so muss auch darüber nachgedacht werden, Wien von Kohle unabhängig zu machen. Die Lage Wiens in Kohlen ist eine ungünstige, da die Nachbarstaaten Wien in der Kohlenfrage schlecht behandeln. Mit zwingender Gewalt wird Wien an die Ausnützung der Wasserkraft und der Einleitung von Elektrizität nach Wien verwiesen. Unter den bestehenden Projekten sei das Wallseer am bedeutendsten. Zum Schluss erwähnt der Redner, dass stets nach Katastrophen die das alte Oesterreich betrafen, die Wienerstadt soviel Tüchtigkeit und Energie aufbrachte, um einen neuen Aufschwung herbeizuführen und deshalb hoffe er, dass Wiens Zukunft auch diesmal eine rosige und keine schwarze (Zwischenrufe seitens der Sozialdemokratie: eine rote) sein werden. Zum Schlusse bittet er um mehr Grosszügigkeit in den grossen Aufgaben, wie es eben die Zukunft Wiens erfordert.

GR. Karl Richter sagt, dass es notwendig sei, nach Arbeitsgelegenheit zu forschen und weist auf die schwere Materialbeschaffung hin. Es wird nicht möglich sein, 11000 Arbeiter zu beschäftigen, weil die Arbeitsgelegenheit nie vorhanden sein wird. Was die jetzige Arbeitslosigkeit, von denen

früherer Jahre unterscheidet, das ist, dass sie vorwiegend hochqualifizierte Arbeiter trifft, für die es schwer ist, sich Arbeit zu verschaffen. Die Wiener Industrien und das Wiener Gewerbe hat nichts anderes gross gemacht als die hohe Qualifikation und die Intelligenz der Arbeiterschaft. Man kann von qualifizierten Arbeitern nicht verlangen, dass sie Arbeiten verrichten, zu denen sie nicht geschaffen sind und die sie nicht machen können, und da besteht nun wieder die Gefahr, dass das Märchen entsteht, dass die Arbeitslosigkeit ihre Ursachen in der Arbeitsscheu hat. Wir haben ein Interesse, dass die Stadt gross wird und dargen uns, dass eine grosse Abwanderung einsetzen könnte. Wir haben schon zu viel qualifizierte Arbeiter an das Ausland abgegeben. Die Ursache war, dass wir immer die niedrigsten Löhne und immer die höchsten Lebensmittelpreise hatten. Man vergisst, dass der Arbeiter trotz der hohen Löhne hungern muss. Das kann der Arbeitslust nicht förderlich sein und stört sie auch. Wir brauchen Arbeit für unsere hochqualifizierte und intelligente Arbeiterschaft, damit sie uns nicht auswandert. Ich fürchte, dass eine Zeit kommen kann, wo uns die anderen Nationalstaaten die Arbeiter entziehen werden und man kann vom Arbeiter nicht verlangen, dass er so viel Patriotismus aufträgt, für sein Vaterland zu hungern. Wir begrüssen die Vorlage, aber sie darf nicht zum Anlass genommen werden, ein Ruhebett zu schaffen, man darf nicht sagen, wir haben unsere Pflicht getan und dann vielleicht auf die Arbeitslosen schimpfen.

GR. Heitzinger: Von den 123.500 Arbeitslosen in Wien sind der grösste Teil gelernte Arbeiter, denen durch die beantragten Arbeiten sehr wenig gedient ist. In der Metallindustrie allein sind 30.947 Arbeitslose, davon nur 4544 ungelernete. Auch wenn so viele Erdarbeiten geschaffen werden könnten, dass die 123.000 Arbeitslosen untergebracht werden könnten, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die gelernten Arbeiter zu Erdarbeiten zu verwenden, da sie für ihre spätere Existenz unbrauchbar würden. Es ist nicht nur ein Unrecht, sondern auch eine grosse Unkenntnis, wenn man immer von der Arbeitsunmut und von der Arbeitsscheu spricht. Wenn eine Arbeitsunlust besteht, so hat sie einen tieferen Grund in dem geringen Kaufwert des Geldes. Die Unterernährung unter der Arbeiterschaft ist eine so schauderhafte, dass eine grössere Ausnützung der Arbeitskraft des Einzelnen eine Unmöglichkeit ist. Wir begrüssen die Vorlage, wenn sie nur eine Anfang ist und eine Fortsetzung findet. (Beifall links).

GR. Partik Ich begrüsse die Vorlage, welche geeignet ist, wenigstens einigermassen der Arbeitslosigkeit abzuhefen. Die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen Angestellten ist ein Problem, das in diesem Saale nicht gelöst werden kann, da dieses mit anderen Mitteln bekämpft werden muss. Nahezu alle Unternehmer sind nicht in der Lage ihre Angestellten wieder zu beschäftigen, da sie aus dem Erwerbs- und Wirtschaftsleben ausgeschaltet sind. Es muss daher getrachtet werden, die Kaufmannschaft wieder in ihre alten Rechte einzusetzen und da ist es vor allem anderen notwendig, dass vom dem starren Festhalten an der zentralen Bewirtschaftung abgegangen wird. Ich fürchte nicht, dass uns das Ausland boykottieren wird. Es wäre auch für die Dauer unmöglich, es haben immer die Staaten voneinander gekauft, aber stets durch Vermittlung von Kaufleuten. England kann mit 45000 Menschen nicht alle Rohstoffe verarbeiten, es werden solche auch an Deutschland und Deutschösterreich abgegeben werden müssen. Auch die Blockade wird ein Ende haben müssen. Nur wenn also die Kaufmannschaft wieder an ihren alten Platz tritt, wird auch die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen Kräfte ein Ende haben. Ich bitte daher diesem Antrag zuzustimmen.

GR. Kunschak. Im Namen der christlich sozialen Arbeiter danke ich dem Herrn Bürgermeister, und konstatiere mit grosser Befriedigung, dass dieses Kernerat geeignet ist, befruchtend auf unser Erwerbsleben zu wirken. Das Baugewerbe ist das Muttergewerbe und die rege Tätigkeit im Baugewerbe wirkt befruchtend auf das gesammte Wirtschaftsleben. Wenn nun die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete Arbeit vergibt, so hat sie einen

glücklichen Griff getan und dazu beigetragen, nicht nur dieses Gewerbe, sondern das gesamte gewerbliche Leben in Fluss gebracht zu haben. Doch habe ich mich zum Worte gemeldet um an jene Stellen hier öffentlich zu appellieren, denen es mehr als der Gemeinde zusteht, und die eine grössere Verpflichtung haben, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Mit der Belebung des Baugewerbes wird auch der Bedarf an Kleidung und Schuhen steigen und so wird die Arbeitslosigkeit auch in der Textil und Lederbranche, vorausgesetzt, dass diesen Gewerben, das erforderliche Rohmaterial zur Verfügung gestellt wird, ermöglicht werden. Es entsteht daher die Frage, ob dieses Rohmaterial zur Verfügung steht oder nicht. Es ist Tatsache, dass unsere Staatsverwaltung über grosse Mengen an Textil und Lederwaren verfügt. Sogar eine Unmasse von Stoffen gibt es aus der Friedenszeit, die streng bewacht und eingesperrt sind zu einer Zeit, wo sie im Gewerbe dringend benötigt werden. So befindet sich in zwei grossen Sälen des Etablissements Gschwander ein Depot der Flüchtlingsvorsorge. Es sind beschlagnahmte Waren, die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Staatsämtern ins Leben riefen. Die Staatsverwaltung hat die unbedingte Verpflichtung gegenüber der Arbeitslosigkeit, gegenüber den Beschäftigungslosen Gewerbetreibenden und gegenüber den Bedürfnissen der weitesten Schichten der Bevölkerung, diese vorhandenen Sachgüter endlich einmal der Produktion zuzuführen. Auf diese Weise könnte in kurzer Zeit unserer Bekleidungsindustrie in ausreichendem Masse Arbeit zugeführt werden. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu beweisen, dass auch hier der Gemeinderat wieder begündet, dass ein aufrichtiges und warmes Empfinden für die Bedürfnisse der Zeit nicht fehlen, während wir bei der jetzigen Staatsverwaltung, wie bei der früheren auf Verständnislosigkeit, Indolenz und starrem Bürokratismus stossen.

GR. Stein begrüsst die Vorlage und weist darauf hin, dass es eine der ersten Arbeiten der Nationalversammlung sein wird, in dieser Beziehung zu helfen. Wächst der der Aufhebung der Blockade an eine durchgreifende Verbesserung kaum zu denken. Die Frage der Arbeitslosigkeit hängt auch mit der Valutafrage eng zusammen. Nachdem Oesterreich an Rohprodukten so arm ist, dass an eine Ausfuhr nicht gedacht werden kann, so wird es seine Schulden nur in der Form von Arbeit bilden können. Da wird daher um die Zahlungsmittel herbeizuschaffen an eine grosszügige Förderung der Exportindustrie geschritten werden müssen. Selbstverständlich wird es auch notwendig sein, dass unsere Friedensunterhändler das grösste Gewicht darauf legen, dass Bestimmungen in den Friedensvertrag aufgenommen werden, die uns gewisse Mengen Kohlen von dort her beziehen lassen, woher wir sie früher bezogen haben. Es ist nicht zu bestreiten, dass unter der intellektuellen Arbeiterschaft die grösste Notlage herrscht. Ich würde es vom Standpunkte des bürgerlichen Unternehmertums nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Kündigungfrist der grossen Unternehmungen noch hinausgeschoben werden würde bis zu einem Zeitpunkt und eine Besserung der gesamten wirtschaftlichen Lage eintritt. Wir stehen nach den Ergebnissen der Wahlen in die Nationalversammlung auch in diesem Saale vor einer neuen Zukunft. Es ist einem politisch Versierten klar, dass auch hier eine neue Majorität einzuziehen wird, die die Sorge und die Verantwortung für die Zukunft Wiens auf ihre Schultern nehmen müssen. Wir haben heute gehört, dass die neue Partei die kommenden sozialen Umwälzungen nicht mit Gewaltmitteln anstrebt, es kann aber niemand voraussehen, ob die jetzige Gesellschaftsordnung in eine bessere oder schlechtere geändert werden wird. Wir müssen aber mit einem gewissen Vertrauen auf die kommenden führenden Männer blicken und sehen, wie sie sich zu dieser Arbeit stellen. Wir hoffen, dass die sozialdemokratische Partei die Erwartungen der Bevölkerung voll und ganz erfüllen wird.

Dgn. Dr. Weiskirchner sagt in seinen Schlussworte unter anderem:
Ich möchte die Befürchtungen, die von einigen Rednern ausgesprochen werden sind, als ob diese Arbeiten das Ua und auf der Investitionsarbeiten

wären, mit einigen Worten widerlegen. 1.) werden neben diesen Arbeiten alle im Budget vorgesehene Arbeiten ohne weiteres zur Ausführung gebracht, 2. soll das nur der Akt Beginn sein, indem ja doch bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit mit diesen Arbeiten zweifellos sofort begonnen werden muss. Ich bedauere ausserordentlich den Notstand der geistigen Arbeiter und so weit es im Wirkungskreis der Gemeinde gelogen ist helfend einzugreifen, soll es gewiss geschehen. Es sind Aeusserungen gefallen, wie von Herrn Dr. Granitsch

die in der heutigen Zeit der Begründung vollkommen entbehren.

Herr Dr. Granitsch hat von allem Möglichen gesprochen vom Gemüseanbau und von der Ausnützung der Wasserkräfte, von Grillparzer und Schubert und vom Mistbauer (Heiterkeit) von Durchfällen und anderen unangenehmen Erscheinungen des politischen Lebens (Heiterkeit). Was die Ausnützung der Wasserkräfte anbelangt, so ist vor allem die Konzession notwendig welche weder beim Endprojekt noch beim Walleiser Projekt erteilt ist. Dr. Granitsch hat sich als Nichtsachverständiger bezeichnet und das Walleiser Projekt dem Endprojekt vorgezogen. (Heiterkeit). Nachdem ich auch kein Sachverständiger bin, erlaube ich mir das Endprojekt als das bessere zu bezeichnen. Sie brauchen aber nicht nur die Konzession, sondern auch das Geld zur Ausführung der Projekte. Ich möchte glauben, Herr Dr. Granitsch, dass es Ihnen nicht so leicht sein wird, jene Beträge aufzubringen, welche hierzu notwendig sind. Die Untergrundbahn ist nicht bloss eine technische, sondern auch eine Finanzfrage. Was die Untergrundbahn im Jahre 1913 gekostet hätte, und unter den heutigen Verhältnissen erfordert, ergibt das einen drei bis vierhundert prozentigen Aufschlag.

GR. Dr. Hojst: Da ist viel versäumt worden.

Dgn. Dr. Weiskirchner: Sie haben noch mehr versäumt! (Heiterkeit)

Was versäumt wurde, liegt nicht in der Schuld der Gemeinde. Was das frühere Eisenbahnministerium in Verzögerung der Erteilung der Konzession die Ausnützung der Wasserkräfte gelistet hat, ist ein Verbrechen am Staat und an der Volkswirtschaft gewesen. (Zustimmung). Das Eisenbahnministerium hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass ohne seine Zustimmung keine Konzession erteilt werden darf, und dass nur dann eine Konzession erteilt werden kann, wenn so und soviel Kilowatt des erzeugten Stromes ihm zufließen. Bei den Streitigkeiten des Ackerbauministeriums und des Eisenbahnministeriums konnten wir nie eine Konzession erlangen. Das was hier Ihnen vorgelegt wurde, ist ein Teil dessen, was wir uns als Möglichkeit Verdienst und Arbeit zu schaffen, vorstellen. Diese eine Möglichkeit genehmigen Sie heute, das soll kein Ruhebett, sondern nur der Beginn einer grosszügigen vom gesamten Gemeinderat fortzusetzenden Investitionspolitik sein. Ich möchte ein Wort unterstreichen, das von einem Redner gefallen ist. Die Aufhebung der Blockade durch die Entente ist eine so unbedingte Notwendigkeit (Beifall), dass man nur bedauern kann, dass die Entente nicht die Einsicht hat, zu ermassen, welche Gefahr, die Forthaltung der Blockade in Mitteleuropa anrichtet (Lebhafte Zustimmung). Ich wiederhole das Wort eines Ententevertreters, der mir gesagt hat: Halten Sie Ruhe und Ordnung in Wien,

denn wird die Entente schon aushelfen. Das ist ja gerade umgekehrt. Wenn wir Wiener unsere Stadt in Ruhe und Ordnung halten wollen, muss die Entente nicht nur Ernährungshilfen geben, sondern auch Rohstoffe, damit wir unser wirtschaftliches Leben wieder aufrichten können. Die Entente spielt da mit der Gefahr, welche eine weitergehende Arbeitslosigkeit und Unterernährung im Gefolge haben würde. Ein Volk, das im Finstern friert und hunderte in Verzweiflung getrieben wird, ist eine Gefahr nicht nur für das Land, indem es weint, sondern auch für den Westen, und die Herren sollen sich versehen, ob es nicht ihre Pflicht im Grunde der Menschlichkeit ist, uns zu helfen mit Ernährungshilfen und mit den Rohstoffen, die wir notwendig haben. Auch ich bin der Meinung, dass uns um die Zukunft unserer Vaterstadt nicht bangen braucht, aber die schwere Übergangszeit müssen wir durchhalten. Die Übergangszeit mit allen den Gefahren, die sie birgt. Ich appelliere

an alle Gemeinderäte, wir alle sind Wiener, wir wollen, dass die Stadt gross bleibt, die landschaftliche Schönheit, auch mit der wirtschaftlichen Wohlfahrt ihrer Bewohner vereint. (Lebhafte Beifall).

Bei der Abstimmung werden die Anträge unter lautem Beifall einstimmig angenommen.

GR. Dr. Scheu berichtet als Mitglied des Wohnungsfürsorgeausschusses über nachstehende Referate: Tragung des verlorenen Bauaufwandes durch die Gemeinde Wien bei Erbauung kleiner und mittlerer Wohnungen, Ueberlassung von Gründen im Erbaurecht an Ing. Karl Stigler und Alois Raus, Architekt Josef Aicher und Firma Gutsav Menzel.

Der Berichterstatter bemerkt, dass nach dem Wortlaut des Statutes zwar nicht gesetzliche Pflicht der Gemeinde sei, Wohnungen zu bauen, es sei dies aber soziale Pflicht und diese sei stärker als die Buchstaben des Gesetzes. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Gemeinde allein alle mit dieser Pflicht verbundenen finanziellen Lasten zu tragen habe, Staat und Land müssen mithelfen die Kosten für die Wohnungsfürsorge zu tragen. Die Gemeinde Wien habe bisher nur Wohnungen für eigenen Angestellten produziert, die Herstellung von Privatwohnungen dem Unternehmertum überlassen. Die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften waren, da sie von Staat nicht hinreichend gefördert wurden, nicht im Stande eine grosszügige Wohnungsreform ins Leben zu rufen. Mit den gegenwärtigen Vorlagen soll nun versucht werden durch freie Vereinbarungen jene Ziele zu erreichen, welche durch eine öffentliche Aktion erreicht werden könnten. Es sei dies vorausagen ein Versuch für die künftigen zu treffenden Massnahmen.

Der Berichterstatter erläutert sodann genau das Wesen der von ihm unterbreiteten Vorlage und stellt sodann die bekannten Anträge

GR. Melcher: Ich begrüsse die vorliegenden Anträge auf das

wärmste, muss aber leider bemerken, dass dieselben durch das lange Warten gegenüber dem ersten Antrag vom 13. Dezember 1918 eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat. Es ist komisch, dass von seitens des Wohnungsreformsausschusses dieser Antrag am 13. Dezember dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wurde und auch genehmigt worden wäre, wenn ich nicht zufällig um die Vertagung desselben gebeten hätte mit Rücksicht darauf dass es nicht gut angeht, sich über einen so grosszügigen Antrag den man einen Tag vorher erhalten hat, binnen 24 Stunden zu orientieren. Bevor ich aber auf den Antrag selbst eingehe, so erlaube ich mir nur einiges zur allgemeinen Sachlage zu sprechen. So zunächst über die Bodenreform, die ja auf diesen Antrag Bezug hat. Wie diese von der Majorität betrieben wurde, kann kein Mensch gut heissen. So war es der grösste Fehler, den die Gemeinde gemacht hat, dass sich diese bei Einziehung von Gross-Floridsdorf sich nicht genügend Grunde gesichert hat, so dass mit den Preisen Wucher getrieben werden konnte. Grundflächen in dieser Gegend wurden damals noch zu Joch verkauft und ist der damalige Preis von 1 K für den m² heute auf 12 bis 14 Kronen gestiegen. Was nun die Wohnungsnot selbst anbelangt, so trägt die Majorität an derselben sehr viel schuld. Im Jahre 1911 habe ich auf das Stocken der Bauätigkeit und auf die geringe Anzahl von leeren Wohnungen hingewiesen und einen Antrag gestellt, wieviel Bauten zur Milderung der Wohnungsnot in Angriff zu nehmen wären. Der Stadtrat hat im Jahre 1911 den Antrag nicht bearbeitet, in den Jahren 1912, 13, und 14 habe ich ihn urgirt, im Jahre 1915 erschien die Antwort, dass jetzt die Durchführung des Antrages unmöglich wäre. Es wäre nicht notwendig heute Millionen zu investieren, wenn man damals meinen geringfügigen Antrag ~~1913~~ behufs Einsetzung eines Komitees zur Begutachtung meines Bauprojektes angenommen hätte. Wurde man vor dem Kriege diese Grundflächen mit 4 Stock hohen Häusern verbaut haben, so würde die Gemeinde in die Lage kommen, heute Millionen zu verdienen. Mein Projekt hätte im Jahre 1914 15 Millionen gekostet und heute kostet es bei einer 300 fachen Erhöhung der Baukosten 61 Millionen Kronen. Die Häuser hätten im Jahre 1914 bei der Steuerfreiheit 847.000 Kronen, in den Zeiten der vollen Steuer 417.000 Kronen pro Jahr an Zinsen getragen.

Ich bemängle, dass die Vorlage die Höhe der Kosten, die die Gemeinde zu tragen haben nicht festgestellt ist, und konstatiere, dass dieselbe bei den heutigen Baupreisen 47 Millionen Kronen betragen wird. Die Gemeinde Wien soll diesen Betrag diesen Zweck widmen, weil so Arbeit verschafft wird und auch dem Gewerbe geholfen ist. Hat das Baugewerbe zu tun, so hat alles zu tun und wenn sie das Baugewerbe in die richtigen Bahnen lenken, dann blüht auch Handel und Industrie. Zur Vorlage selbst habe ich zu bemerken. Im Punkte I wird die Arbeit von der Teilnahme des Staates und des Landes abhängig gemacht. Wenn aber diese Bedingung nicht eintritt, gilt die ganze Vorlage nicht. Das war im ersten Referat ganz anders, nach der jetzigen Vorlage wird sich nur der Bauerber Arbeit machen und wenn die Bedingung nicht eintritt, wird aus der ganzen Sache nichts. Daher bitte ich in diesem Punkt auf den alten Entwurf zurückzukommen. Ebenso wäre im 2. Absatz des Punktes II, wo die Rede von der Erlöschung ist, der alte Entwurf vorzuziehen und die Entscheidung dem Ingenieur und Architektenverein zu überlassen. Der Punkt II des § I ist nach Anhörung verschiedener Rechtsvertreter ein Embryo geworden und der § II, der vom Verkaufsrecht spricht und der Gemeinde eine zu tägige Frist einräumt, ist auf 14 Tagen zu kürzen, weil es schwer ist, einen Käufer 30 Tagelang zu binden. z

Zum Schlusse will ich bemerken, dass die Bautätigkeit in Wien sich ausserordentlich schwierig beleben lassen wird. Ich bin dafür, dass die Gemeinde Wien Beträge opfern muss, ich bin aber auch dafür, dass genaue Berechnungen gemacht werden müssen, bevor Millionen verausgabt werden. Es haben nicht nur die Arbeitslosen ein Recht zu legen, sondern alle Menschen aus den Besitzenden werden nach der Geldentwertung die Besitzlosen werden. Wir müssen daher auch an der Gemeindestube haushalten und bei künftigen Referaten, wo es sich darum handelt, Millionen zu verausgaben, muss doch ein bisschen genauer gerechnet werden und diese Rechnungen müssen dem Gemeinderate unterbreitet werden. Wir werden hier auch über die Geldentwertung sprechen und es wird sich dann zeigen, ob es so gemacht werden kann, wie es die Herren von der Majorität vor den Wahlen wieder machen. Die Herren von der Majorität haben damit angefangen, um die Wähler an sich zu ziehen. Böses Beispiel macht gute Schule. Jede einzelne Partei wird nun auf dieses ausgezeichnete Mittel greifen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir vom letzten Anlehene nurmehr 60 Millionen haben. Wir müssen auf dem Gebiete der Wohlfahrt, der Unterstützung und der Wohnungsreform leisten, was nur möglich ist, wir dürfen aber nicht mehr leisten, als wir vermöge unserer Kraft und Stärke leisten können.

GR- Kubacsek stimmt dem Vorredner bezüglich der Unterschiede in den vorliegenden und in dem ersteren Referate zu und stellt bezüglich der Honorierung der Arbeit der Architekten einen Abänderungsantrag.

GR. Siegel: Es hat mich erstaunt, dass Kollege Melcher als Beschwerdeführer in einer Sache auftritt, die er selbst verursacht hat. Wenn er von einer Verbesserung einzelner Bestimmungen der Vorlage spricht, so hat er dabei die Interessen der Baumeister und Bauunternehmer im Auge. Die bisher herrschende Partei hat gerade in der Wohnungsfrage nicht das geringste geleistet. Die Verhältnisse sind diesbezüglich so ungeheure geworden, dass selbst die christlich soziale Partei der Sache näher treten musste. Das Verhalten der Hausherrn ist ein unbeschreibliches gewesen; kinderreiche Familien mussten ein wahres Märtyrium durchmachen. Die Gemeinde darf kein Opfer scheuen, um die Wohnungsnot einigermaßen zu mildern. Wir haben einen ungeheuren Mangel an guten Wohnungen. Es soll auch dem Schrebergärtnern ermöglicht werden ein kleines Häuschen, auf dem Grund und Boden, den sie bebauen zu stellen. Wenn wir die Vorlage begrüßen, so bezeichnen wir es als Ausdruck des Willens einigermaßen bessere Verhältnisse zu schaffen. Unser Ideal ist es noch lange nicht, aber wir begrüßen die Vorlage vom Standpunkt der Wohnungsfürsorge. (Beifall links)

Frau GR. Gabrielle Walter schlägt vor, dass bei Anlage der

Küchen in diesen Wohnungen nicht mehr die gebräuchlichen Kohlenherde, sondern Gasherde aufgestellt werden. Die Gasheizung wird nicht so viel kosten wie die Kohle und es wird ausserdem viel Zeit und Kraft erspart. (Beifall bei den Christlich-Sozialen)

GR. Biber polemisiert gegen Melcher und wirft der liberalen Partei vor, dass sie trotzdem sie seinerzeit eine ganze Menge von Bezirken einverleibt habe, sich um Bodenreform nie gekümmert habe. Die christl. soziale Partei habe sofort nach Einführung des Gesetzes über das Baurecht dieses praktisch eingeführt. Im Laufe der weiteren Ausführungen des Redners kommt es zu etwas lebhafteren Auseinandersetzungen zwischen den Christlich-sozialen und den bürgerlich-freiheitlichen und der Vorsitzende GR. Reumann ersucht die Gr. Melcher und Scheizer, sie mögen sich beruhigen. Der Vorsitzende bittet überhaupt die Redner nicht zu unterbrechen, da eine grosse Reihe von dringenden wichtigen Gegenständen auf der Tagesordnung stehe und heute noch erledigt werden müsse.

GR Moissl bemängelt an der Vorlage, dass sie wenig von sozialistischem Geiste getragen sei, denn die Sorge überwiegt über 100 % der Gesteungskosten für den Unternehmer. Es wäre gewiss besser gewesen, wenn die Gemeinde Wien die notwendigen Bauten in eigener Regie als führendes Musterbeispiel in der Sorge für die Bezahlung der Arbeiterschaft ausgeführt hätte. Behufs Behebung der Wohnungsnot, die im Herbst katastrophale Formen annehmen werde, ersuchte der Redner einstweilen die Adaptierung grosser Baulichkeiten, wie der Rosenauerkaserne vorzunehmen. Seine Parteigenossen stimmen für die Vorlage, weil sie den Interessen der Bevölkerung entspricht.

GR Hödl spricht seine Verwunderung darüber aus, dass in dieser Saale so lärmende Szenen möglich sind, es sei vor allem notwendig im Interesse und für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu arbeiten und nicht im Kloaken herumzukriechen. Wir alle haben im Wahlkampfe der Bevölkerung versprochen, sie in allen ihren Belangen zu vertreten. Wir nationale Vertreter im Gemeinderate bringen der Vorlage das grösste Interesse entgegen und wir hoffen, dass die Bauten so geführt werden, dass Mann, Frau und Kind eine Freude am Bause haben. Die Sozialdemokraten in diesem Hause werden schwer zu arbeiten haben. Redner tritt weiters für die Vorlage ein, hofft aber, dass in derselben kein Heller tschechisches Geld steckt, denn sonst müsste er sich gegen die Vorlage aussprechen. Während seiner Ausführung wird der Redner vielfach durch Zwischenrufe von beiden Seiten des Hauses unterbrochen.

GR Rain übernimmt den Vorsitz.

GR Dr. von Schwarz-Hiller stimmt gegen das Referat, da es sich darum handelt, rasch und einfach zu arbeiten und sich nicht auf Zeiten hinaus zu binden. Er spricht sich prinzipiell gegen diese Art und Weise der Uebergangsbauten aus und stellt den Antrag, dass Wohnungsnotbauten in der Uebergangszeit und die Herrichtung von Notwohnungen in bestehenden Gebäuden durch eine gemeinnützige Gesellschaft, in welcher die Gemeinde Sitz und Stimme und massgebenden Einfluss hat, durchgeführt werden.

Berichterstatter Gr. Dr. S o h a n weist in längeren Ausführungen die von den einzelnen Rednern gebrachten Einwendungen als unbegründet zurück. Er betont insbesondere, dass endlich gezeigt werden muss, dass gebaut werden kann, das geschundene Vertrauen zu bauen müsse wieder hergestellt werden.

Bei der folgenden Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatter einstimmig angenommen, der Antrag Kubacek wird genügend unterstützt, dem Stadtrate zugewiesen.

GR Hoss referiert über die Liquidierung der Oesterreichischen Vieh- und Fleischgesellschaft und über die Beteiligung der Gemeinde an einem zu gründenden deutschösterreichischen Wirtschaftsverband für den Viehverkehr.

GR Edder spricht sich gegen den Antrag aus, da die frühere Viehverwertungsgesellschaft kein Vieh und die Grossschlächtereien nicht mehr Fleisch nach Wien gebracht habe. Wenn der Antrag dennoch zum Beschluss erhoben wird, so soll mit allen Mitteln danach getrachtet werden, möglichst viele Fleisch und Vieh nach Wien zu bringen.

Der Referentenantrag wird angenommen und die öffentliche Sitzung hierauf geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jonny Mitzgen*,
Wien I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 21. Februar 1919. Nr. 86-185

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Exekutionsamt: Richard Karg, Rudolf Zdenek, Theodor Ritter v. Peskir, August Veverka, Engelbert Püringer, Josef Deskecil, Karl Witsch. zu Obereffizialen; Josef Weismann, Wilhelm Augé, Josef Köck, Franz Wislberger, Johann Rehrhofer, Johann Hubenik, Viktor Kien, Anton Schimunek, Andreas Rehner, Hans Berger, zu Offizialen. Im Konskriptionsamt: Karl Friedl, Gustav Steiner, Otto Hefstätter, Oskar Strubecker, Oskar Hechtel, Paul Baus, Franz Wagner, Gustav Mückler, Max Pfreger, Johann Klam, Franz Safranmüller, Paul Hörmann zu Konskriptionsamts - Kontrollern; Richard Pesner, Stefan Hama, Julius Lautinger, Herbert Hefer, Friedrich Laetzig, August Ettl, Alois Hentschl, Johann Püchl, Thomas Baumann, Franz Svatlofsky, Rudolf Haarbauer, Franz Srb, Friedrich Fischer, Viktor Scherf, Karl Wenusch, August Seemann, Johann Margreiter, Gustav Hervath, Franz Zalusky, Ferdinand Edl. von Triulzi, Josef Glöggel, Johann Gette, Oskar Altenberg, Ludwig Enzfellner zu Konskriptionsamts - Kommissären; Johann Novotny, Josef Malcher, Alois Werner, Karl Bestler, Otto Hallas, Engelbert Schön, Richard Vukovits, Johann Resch, Rudolf Markes, Arthur Helzinger, Robert Behrn, Karl Appel, Wilhelm Leitgeb, Eduard Gutschreiter, Stefan Pfeiffer zu Konskriptionsamts - Offizialen und Otto Kreiser, Hermann Berger zu Konskriptionsamts - Akzessisten.

Ankauf von Grundstücken der Wienerberger Ziegelwerke durch die Gemeinde.

In der gestrigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schmid über den Ankauf von Grundstücken der Wienerberger Ziegelwerks- und Baugesellschaft in Ober - Laa durch die Gemeinde. Nachdem bei bereits früher geführten Verhandlungen mit den Wienerberger Ziegelwerken der von diesen verlangte Kaufpreis als zu hoch bezeichnet wurde, legten nun die Wienerberger Ziegelwerke als Kaufpreis der Grundstücke den Betrag von 3 Kronen 50 h für den m² fest. Wenn auch dieser Preis über die üblichen von der Gemeinde Wien bezahlten Preise hinausgeht, und auch höher ist, als der Preis, den die Gemeinde Wien im Mai 1918 für ebenfalls von den Wienerberger Ziegelwerken gekauften Grundstücke gezahlt hat, so stellt der Referent, da die Erwerbung der Grundstücke von Bedenpolitischen Standpunkte aus wünschenswert ist, folgende Anträge, die angenommen wurden:

Die Gemeinde Wien kauft, von der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft die in der Gemeinde Ober - Laa (Stadt) liegenden Grundstücke im Gesamtausmasse von rund 100.000 Quadratmetern, samt den darauf befindlichen Baulichkeiten um den Preis von K 3.50 per m² unter nachstehenden Bedingungen. Die Gründe werden verkauft, wie sie liegen und stehen und der Gemeinde vollkommen satz- und lastenfrei übergeben. Der Kaufgewinn wird nach dem obigen Einheitspreis für das durch einverständliche Vermessung erhobene Ausmass berechnet und ist binnen 14 Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes für die Gemeinde Wien und Uebergabe des Grundes in ihren Besitz bar zu bezahlen. Die Gemeinde tritt in die bestehenden Pachtverträge ein. Auf den verkauften Gründen dürfen keine Anlagen errichtet oder Grabungen vorgenommen werden, die den Zwecken eines Ziegelwerkes dienen. Diese Verpflichtung ist auf den Grundstücken als Reallast zugunsten der Verkäuferin grundbücherlich sicherzustellen. Die mit der Vertragserrichtung und der Durchführung des Kaufgesetzes

verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die Vermögensübertragungsgebühr gehen zu Lasten der Gemeinde Wien, die Wertzuwachssteuer und allfällige Vermittlungshonorare trägt die Verkäuferin.

Die Krankenversicherung für das Hauspersonal. Einem Berichte des StR. Kienböck in der letzten Stadtratsitzung zufolge, wird das Staatsamt für soziale Fürsorge ersucht, die Versicherung des Hauspersonales für den Fall der Erkrankung in sinngemässer Weise, wie bei den gewerblichen Hilfsarbeitern durchzuführen.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Knoll worden für die Wasserversorgung der im Bau begriffenen Ein- und Mehrfamilienhäuser für Eisenbahner in Gress - Jedlersdorf 43.468 Kronen bewilligt. - Ferner wird nach einem Berichte desselben Referenten die Entscheidung des Deutschösterreichischen Staatsamtes für Verkehrswesen in Angelegenheit der Auflassung der Niveauüberkreuzung in der Linie Wien - Krakau an der Südwestecke des städtischen Gaswerkes Leopoldau genehmigend zur Kenntnis genommen. - Nach einem Berichte des StR. Spalewsky überlässt die Gemeinde Wien das Haus 6. Bezirk Haydngasse 19 mit dem dazugehörigen Hofraum und Garten, jedoch mit Ausnahme der als Haydnmuseum dienenden Wohnung dem Verein „Kinderschuttsstationen“, zur Errichtung einer Tagesheimstätte. - Nach einem Berichte des VB. Rain werden die Kosten der Aufstellung und Ausgestaltung der im Jahre 1917 angekauften Streh-aufschliessungsanlage in der Höhe von 97.434 Kronen genehmigt. Die Anlage befindet sich im städtischen Elektrizitätswerk in der Engerthstrasse. - Nach einem Berichte des StR. Schneider wird ein Betrag von 1,990.000 Kronen zur Anschaffung von Steffen für Strassenbahnermenturen bewilligt. - Nach einem Berichte des StR. Tomola wird dem Verein zur Pflege des Jugendtheaters für das Jahr 1918 eine Subvention von 50.000 Kronen und für die Beheizung der Schulräume mit Rücksicht auf die bedeutende Steigerung der Brennmaterialien ein Zuschusskredit von 146.600 Kronen bewilligt. -

Unpolitische Ständevereinigung der Wiener Lehrerschaft. Am 19. d.M. fand in Lembachers Schützensaale auf der Landstrasse eine überaus zahlreich besuchte Versammlung dieser Vereinigung statt. Das Referat, welches Lehrer Mahel hielt, begründete eingehend die Notwendigkeit der Organisation aller Lehrpersonen Wiens und des Zusammenschlusses aller städtischen Angestellten überhaupt. Die Zersplitterung der Lehrer in Vereine und Vereinchen, die alle hauptsächlich Sonderbestrebungen dienen, müsse aufhören, der neuen Zeit eine neue innig geschlossene Lehrerschaft gegenüber gestellt werden. Der Anschluss an den Verband der städtischen Angestellten, der bereits obligat ist, ermögliche eine einmütige und dadurch erfolgreiche Durchführung der materiellen und rechtlichen Forderungen und werde durch gemeinsame Schaffung von Wirtschafts- und Wohlfahrtsanstalten auch für eine wesentliche Erleichterung der Lebensführung sorgen. Die Versammlung zollte den Ausführungen reichen Beifall und nach lebhafter Wechselrede, die sich daran knüpfte, beschlossen die Anwesenden fast einmütig, (gegen 6 Stimmen) die verlangte unpolitische Organisation aller Lehrpersonen Wiens durchzuführen und dadurch den Grundstein weiter mit aller Kraft zu einer internationalen, die Welt umfassenden Lehrervergansationen zu legen.

Die Lohnregulierung der Steinbrucharbeiter in Oberösterreich. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Spalewsky über die zu Beginn dieses Monats mit den Vertretern der Arbeiterschaft der städtischen Steinbrücke in Mauthausen gepflegten Verhandlungen. Dabei wurde zunächst hinsichtlich der Arbeitszeit im Rahmen der 48 Stunden - Woche eine Einigung erzielt, hinsichtlich der Löhne musste über die beabsichtigten Ansätze hinausge-

gangen werden, doch gelang es, die Lohnsätze innerhalb der noch zulässigen Grenzen zu vereinbaren. Auf Grund des erstatteten Berichtes stellte der Referent folgende Anträge: Vom 23. d.M. an wird in den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich die 48 stündige Wochenarbeitszeit eingeführt und dem Arbeitspersonale dieser Erüche und der ihnen angegliederten Landwirtschaft die Löhne und Teuerungszulagen nach dem vereinbarten Grundsätzen bewilligt. Der Magistrat wird beauftragt, den Entwurf eines mit der Arbeiterschaft der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich auf die Dauer der Gültigkeit des Gesetzes über die Einführung des Achtstundentages, längstens jedoch auf die Dauer eines Jahres vom obgenannten Tage an abzuschliessenden Kollektivvertrages und einer Arbeitsordnung zur Genehmigung vorzulegen. Dem Arbeitspersonale wird für jedes der Kalenderjahre 1914 bis 1918, in welches mindestens $\frac{1}{2}$ Dienstjahr fällt, $\frac{1}{2}$ Dienstjahr (Kriegsmehrdienstzeit) für die Pensionsbemessung zugerechnet. Jenen Arbeitern, die im Jahre 1910 durch den Streik den Dienst unterbrochen haben, werden an Stelle der Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit die Folgen der Dienstunterbrechung nachgesehen.

Von der Schweizer Delegation. Die schweizerische Delegation, welche den ersten Liebesgabenzug nach Wien begleitete, reist heute abends nach der Schweiz zurück. Es bleiben von ihr nur die Mitglieder Redakteur Bierbaum und Direktor Wächter noch hier, die in Verbindung mit Oberstleutnant Frey und Wachtmeister Hiersbrunner die Verteilung des ersten Zuges durchführen und die Verteilung des zweiten Zuges in Verbindung mit den städtischen Behörden vorbereiten. Der zweite Zug dürfte im Laufe der nächsten Woche in Wien einlangen.

Ehrengabe. Dem akademischen Bildhauer Emerich Alexius Wikingen - Sweboda wurde vom Gemeinderate anlässlich seines bevorstehenden 70 Geburtstages in Anerkennung seiner vieljährigen verdienstvollen Tätigkeit als selbstständiger Wiener Künstler ab 1. Februar 1919 eine Ehrenpension von jährlich K 1800.- auf Lebensdauer bewilligt.

Rathhaus Korrespondenz

Die Vertretung der Stadt Wien bei den finanziellen Beratungen in Paris.

Im Sinne des letzten Stadtratsbeschlusses begab sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner und VB. Reumann zum Staatssekretär Dr. Otto Bauer, um neuerlich eine Vertretung der Gemeinde Wien bei den finanziellen Beratungen in Paris zu fordern. Der Staatssekretär anerkannte die volle Berechtigung dieser stadtrechtlichen Forderung und erklärte, daß er bereits wiederholt in diesem Sinne interveniert habe. Er finde die Forderung der Gemeinde Wien selbstverständlich und habe, auch dem Sektionschef Schüller, der bereits in Paris wolle, die Weisung gegeben, daß die staatliche Delegation keinen Vertrag, der Lasten der Gemeinde Wien beinhalte, schließen dürfe, ohne daß die Gemeinde Wien oder ihre Vertreter die Zustimmung hierzu gegeben haben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Johann Michler*.
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 22. Februar 1919. Nr. 86.

Neue Falsifikate der städtischen Kassenscheine. Bei der heutigen Einlösung der Kassenscheine der Gemeinde Wien wurde ein neuerliches Falsifikat präsentiert, dass die Fehler der jüngst beschriebenen Nachahmung nur zum Teil aufweist. Leicht erkennbar ist diese neuerliche Fälschung an dem Unterdruk. Dieser besteht nämlich aus Tupfen, während die echten 100 Kronen - Kassenscheine einen Unterdruk aus Wellenlinien aufweisen. Die Besitzer von Hundertkronen-Kassenscheinen der Gemeinde Wien werden hiemit neuerlich aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Scheine bei der städtischen Hauptkasse oder deren Abteilungen in den magistratischen Bezirksämtern sofort einzulösen. Ferner ergeht die Aufforderung, im eigenen Interesse keine 100 Kronen Kassenscheine der Gemeinde Wien mehr in Zahlung zu nehmen.

Verminderung des Küchenbrandes. Infolge des andauernden Ausfalles der Kohlenanlieferung nach Wien ist der Magistrat gezwungen, für die kommende Woche, d. i. vom 23. d. M. bis 1. März, den Küchenbrand von 20 kg auf 15 kg Steinkohle, bezw. von 25 kg auf 20 kg Braunkohle oder Holz herabzusetzen. Ebenso wird die Ausgabe des Heizbrandes auf Grund von Bezugscheinen und Gewerbebezugskarten in der kommenden Woche gänzlich eingestellt, während bei Ausgabe der Brennstoffe für Betriebszwecke in erster Linie nur die allerwichtigsten Approximationsbetriebe berücksichtigt werden können.

Lebensmittelaushilfen für Gastwirte. Anlässlich der in der letzten Gemeinderatsitzung von dem Vorsteher der Gastwirtgenossenschaft Penz und Gemeindevorsteher Schäfer gestellten Anfrage, betreffend die Gewährung von Aushilfen an Lebensmitteln für die Dauer der fleischlosen Woche, wurden den Gastwirten zur Aufrechterhaltung ihrer Küchenbetriebe aus den Beständen der Gemeinde Wien Haferreis, Rollgerste und Kartoffelprodukte überlassen.

Marmelade Abgabe. Die nächste Abgabe von Marmelade beginnt am 27. d. M. und zwar in folgender Ordnung: Donnerstag, 27. für die Buchstaben A bis G, Sch, Freitag, 28. H bis L, St, Samstag, 1. März M bis R und Montag 3. März S bis Z. Von Dienstag, 4. März angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den oberwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Ausgabe der Marmelade erfolgt nur gegen amtlichen Ausweiskarten. Für jede im Haushalte verköstigte Person ist entsprechend der im Einkaufscheine ersichtlich gemachten Personenanzahl $\frac{1}{2}$ kg Marmelade abzugeben. Eine Zubusse von $\frac{1}{2}$ kg Marmelade für Kinder unter 14 Jahren und für Schwerarbeiter wird ebenfalls ausgegeben. Vom amtlichen Einkaufschein ist die Ziffer 49 abzutrennen während für die Zubusse für Schwerarbeiter der am Stamm der (lila bedruckten) Fettkarte befindliche mit S bezeichnete Abschnitt und für Kinder der Abschnitt II der Milchkarte abzutrennen ist.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 22. Februar 1919. Nr. 87.

Die Wahl in die Nationalversammlung. Im Amtsblatte der Stadt Wien erscheint ein ausführlicher Bericht über die Durchführung der Wahlen in die Nationalversammlung, dem wir folgende Daten entnehmen: Am 4. Jänner 1919, dem Tage der Ausschreibung der Wahlen, waren die Verarbeiten zur Konstriktion der Wähler bereits soweit gediehen, dass noch an selben Tage mit der Versendung der Wähleranlageblätter begonnen werden konnte. An rund 42.000 Häuser wurden Hauslisten mit insgesamt 1.500.000 Wähler-

anlageblätter zugestellt. In drei Tagen war die Zustellung grösstenteils vollzogen. Die nächsten Tage dienten der Ausfüllung der Wähleranlageblätter durch die Wahlberechtigten, sowie der Einsammlung durch die Hausbesitzer und der Ausfertigung der Hauslisten.

Inzwischen wurden im Rathause die Verarbeiten für die Ueberprüfung der Wähleranlageblätter durchgeführt. Ungefähr 1700 Beamte aller Aemter der Gemeinde mussten aufgeboten werden, um die häuserweise Begehung in der für diese Arbeit zur Verfügung stehenden Zeit beendigen zu können. Vom 11. bis 16. Jänner wurden 1.099.757 Wähleranlageblätter an der Hand der von den Wähler vorgelegten Dokumente und 42.104 Hauslisten überprüft, eingesammelt und zu den in den magistratischen Bezirksämtern eingerichteten Uebernahmstellen, in welchen der ganze Begehungsdienst organisiert wurde, geschaffen. Die Uebernahmstellen hatten auch die Bestimmung, Wähleranlageblätter unmittelbar von den Wahlberechtigten entgegenzunehmen, da es den Wahlberechtigten freigestellt war, ihre Wähleranlageblätter entweder durch den Hauseigentümer oder mit dessen Umgehung direkt der Uebernahmstelle zu übermitteln. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, in gewissen Fällen Personaldata vor Unberufenen geheim zu halten. Die Begehungsarbeiten waren am 16. Jänner abgeschlossen. An diesem Tage setzte auch die Tätigkeit der Kreiswahlbehörden ein. Ihre erste Aufgabe war die Abgrenzung und endgiltige Festsetzung der Wahlsprengel. Die Verarbeiten hierzu führte der Zentralwahl- und Steuerkataster durch. Das ganze Gemeindegebiet wurde in 1471 Wahlsprengel eingeteilt.

Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mussten der Sprengelerteilung die Territorien der Brettkommission zugrunde gelegt werden, wodurch sich in einzelnen Fällen Unregelmässigkeiten hinsichtlich der Sprengelgebiete und Sprengelgrenzen ergaben. 48 Stunden nach Verlautbarung der Sprengelerteilung konnte an die Bildung der Ortswahlbehörden geschritten werden. Für jeden der 1471 Wahlsprengel wurde eine Ortswahlbehörde eingesetzt, bestehend aus dem Wahlleiter, 3 Beisitzern und 3 Ersatzmännern. Die Wählerlisten waren inzwischen bereits fertiggestellt, so dass mit der Auflegung der Wählerlisten begonnen werden musste, ehe noch alle Ortswahlbehörden sich konstituiert hatten. Die Aufertigung der Wählerlisten erfolgte durch mehr als 400 aufgenommene Hilfschreibkräfte und wurde in 5 bis 6 Tagen vollendet. Hand in Hand mit dem Schreiben der Wählerliste ging die Ausfertigung der Häuserkadmachungen, welche summarisch die in den einzelnen Wohnungen konstrikierten Wähler enthielten. Zum Zwecke der Auflegung der Wählerverzeichnisse wurden 168 Reklamationsstellen geschaffen, in denen die Wählerverzeichnisse von 8 bis 10 Sprengeln aufgelegt waren. Die Zahl der eingebachten Einsprüche betrug 53.470, von denen eine grössere Zahl jene Fälle betraf, in denen die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erst nach dem Wahlausschreibungstage, bezw. nach der Wählerkonstriktion erworben wurde. Diese Fälle abgerechnet, dürften die Reklamationen nicht mehr als 3 % der Wählerzahl ausmachen. ein Prozentsatz, der auch in Ländern mit permanenten Wählerlisten nicht viel niedriger ist. Die mit den Reklamationslokal zusammenhängenden Schreibarbeiten wurden durch den Zentralwahl- und Steuerkataster und seine Hilfsorgane ausgeführt. Allein hunderttausend Dekrete waren zu schreiben, abgesehen von den Verordnungen, welche rücksichtlich der meisten Fälle gepflogen werden mussten. Gleichzeitig mit diesen Arbeiten wurden die Wahlverschlüsse einer Prüfung bezüglich der Wählbarkeit unterzogen.

Hervorzuheben wären noch die Arbeiten, welche mit der Kundmachung aller Stadien der Wahlvorbereitung zusammenhängen. Trotz der Kürze der Zeit und der sonstigen Hemmnisse ist es dem Magistrat gelungen, die bisweilen nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu überwinden. Insgesamt fast 200.000 Exemplare Kundmachungen wurden im Druckwege hergestellt, teils öffentlich angeschlagen, teils auf andere Weise verbreitet. Die

letzten 10 Tage vor der Wahl waren der Bestimmung der Wahllokale, der Zusammenstellung der Behelfe, Verführung der Wahlzellen und Urnen gemietet. Ueberall ergaben sich technische Schwierigkeiten, am meisten bei der Auswahl und Einrichtung der Wahllokale. In jedem Bezirk beschäftigten sich eigene Kommissionen mit der Feststellung der Eignung der Wahllokale und der Bestimmung des Wahlschutzumkreises. Am Wahltag selbst waren fast die gesamten städtischen Angestellten aufgeboten, und teils als Schriftführer oder Schreibekräfte und teils als Ordner bei den einzelnen Wahlbehörden Verwendung zu finden. Mit der Zusammenstellung der Wahlergebnisse bei den Kreiswahlbehörden und auf Grund telephonische Meldungen im Rathause fanden in den Morgenstunden des 17. Februar die Wahlarbeiten ihren hauptsächlichsten Abschluss. Dank der umsichtigen Leitung und der durch eine jahrelange Erfahrung unterstützten Fachkenntnisse des Vorstandes der Magistratsabteilung 19, Magistratsrates Josef Graf, wurde trotz der Kürze der Zeit und der durch die Kriegszeit bedingten Schwierigkeiten eine ziemlich klaglose Durchführung der Wahl erreicht.

Eine grossherzige Spende für die Armen Wiens. Herr und Frau Stoneberough, die derzeit in Luzern weilen, haben in grossherziger Weise für die arme Bevölkerung Wiens 5 Waggens Kondensmilch gespendet. Diese wurde im Sinne des Wunsches der Spender zur Gänze Kinderheimen und Fürsorgeaktionen zur Abgabe an Bedürftige ställende Mütter, Säuglinge, schwache Kinder und Kranke überwiesen. Die Gemeinde Wien erachtet es als ihre Pflicht, den edlen Spendern auch auf diesem Wege namens der Armen, denen diese Spende in schwerer Zeit eine unerwartete Erleichterung bedeutet, den Dank auszusprechen. Herr und Frau Stoneberough haben sich durch diese Wohltat die bleibende Dankbarkeit der Wiener Bevölkerung gesichert.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 2. Bezirk Kartoffeln, $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf, gegen Abtrennung der Abschnitte A und B der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Sauerkraut und Sauerrüben. - Vermehrung der Abgabestellen. In der kommenden Woche werden Sauerkraut und Sauerrüben ohne Einschränkung der Menge und ohne Verweisung einer Ausweiskarte gegen den bisserigen Preis abgegeben. Die Gemeinde Wien beabsichtigt, die Abgabestellen für Sauerkraut und Sauerrüben zu vermehren. Es ergeht somit an jene Gewerbetreibenden, die eine städtische Verkaufsstelle übernehmen wollen, die Bialadung, sich sofort mit ihrem Gewerbescheine bei der für ihren Betrieb zuständigen Marktamsabteilung persönlich zu melden.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Dienstag und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält Mittwoch nachmittags um 3 Uhr eine Sitzung ab.

Generalversammlung der Märktebesuchenden Kaufleute. Der Verein der Märktebesuchenden Kaufleute hält am Mittwoch, 26. d. M. um 4 Uhr nachmittags in der Gastwirtschaft Franz Mang, 12. Bezirk Schönbrunnerstrasse seine 20. Generalversammlung ab.

Pensionierung. Magistratsrat Dr. Adolf Mang, Leiter des magistratischen Bezirksamtes IX, ist entsprechend seinem Ansuchen, in den dauernden Ruhestand versetzt worden. Dr. Mang trat im Jahre 1888 in den Dienst der Gemeinde Wien, war der Magistratsabteilung II und dem Bezirksamt 16 zugeteilt, von wo er als Vorstand in die Magistratsabteilung VI berufen wurde. Zuletzt war er Leiter des magistratischen Bezirksamtes im 9. Bezirk.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Janusz Michew.**
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag, 24. Februar 1919. Nr. 88.

Abgabe von Kunstspeisefett. In der Zeit vom 23. d.M. bis 1. März gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen, sowie bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Kunstspeisefett pro Kopf zur Ausgabe. Der Preis beträgt für 4 dkg K 1.-

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 23. d.M. bis 1. März gegen Abtrennung des Abschnittes E des grauen Einkaufscheines für Rindfleisch und des rosa Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch. Der Preis ist unverändert.

Kartoffelabgabe. Mittwoch, Donnerstag und Freitag werden im 8. und 18. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte A und B der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag, 23. Februar 1919. Nr. 89.

Verschiebung der Gemeinderatsitzung. Die für Mittwoch anberaumt gewesene Sitzung des Gemeinderates wurde auf Donnerstag, 27. d.M. verschoben.

Der Schweizer Oberleutnant Frey im technologischen Gewerbemuseum. Der schweizerische Kommissär Oberleutnant Frey, der den Liebesgabenzug aus der Schweiz nach Wien führte und die Verteilung der Sendungen an die notleidende Bevölkerung von Wien leistet, besuchte dieser Tage unter Führung des Präsidenten des technischen Versuchsanstalten Geheimen Rates Ing. Dr. Wilhelm Exner mehrere technische Versuchsanstalten, denen unser Gast ein besonderes Interesse entgegenbringt, und zwar: die autorisierte Versuchsanstalt für Edelsteine, die staatliche Versuchsanstalt für Wasserbau, die autorisierte Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge und die Versuchsanstalt für Bau- und Maschinenmaterial am technologischen Gewerbemuseum. Die Vorstände dieser Abteilung, die Herren Brenner und Dr. Michel, ^{Belehrer} Schaffernack, ^{Belehrer} Zeller und Professor Auer gaben mit ihren Hilfskräften die nötigen Aufschlüsse. Oberleutnant Ing. Frey, der selbst Industrieller in Solothurn und Artillerieoffizier in der Schweizer Armee ist, wird diese Besichtigungen fortsetzen und demnächst die Schiffbautechnische Versuchsanstalt an der Donaukanallände besuchen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat verliehen: Dem Bezirks- und Ortsschulrate Johann Schiener, Volksschuldirektor, für mehr als 20 jährige verdienstvolle Tätigkeit als Bezirksrat und für seine Wirksamkeit auf dem Gebiete des Schulwesens, der Kongregation der Töchter der göttlichen Liebe, Mutterhaus Landstrasse anlässlich ihres 50jährigen Bestandesjubiläums für ihr segensreiches Wirken auf dem Gebiete der Erziehung der Armenpflege und der Dienstbetriebsführung die grosse goldene Salvatormedaille; dem Armenrate von Döbling Rudolf Herzer wurde für seine mehr als 51 jährige Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege, dem Sektionsabmann des Armeninstitutes Hermann, Bezirks-, Ortsschul- und Armenrat Josef Bauer für seine mehr als 15 jährige Wirksamkeit als Armenrat, sowie seiner vieljährigen verdienstvollen Ausübung des Mandates eines Bezirks- und Ortsschulrates,

den Armenräten Johann Fitzthum und Rudolf Wieser für ihre mehr als 15 jährige Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege und den Waisenträgern und früheren Armenräten Anton Alt und Karl Gerhardinger für ihre mehr als 15 jährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvatormedaille verliehen.

Milch für Kranke. Die starke Zunahme der Ansuchen um Milch für Kranke in den letzten Wochen macht es, um Verzögerungen in der Erledigung dieser Ansuchen zu vermeiden, notwendig, Zweigstellen der bisher nur dem städtischen Gesundheitsamte angegliederten Beratungsstelle für Ernährung der Kranken auch bei den städtischen Bezirksärzten der einzelnen Bezirke einzurichten. Vom 1. März an sind daher Ansuchen um Krankenmilch nicht mehr bei dem städtischen Gesundheitsamte, sondern im magistratischen Bezirksamte des Wohnbezirkes, in welchem auch die Gesuchsformulare zu erhalten sind, einzureichen. Dringende Ansuchen können behufs sofortiger Erledigung dem städtischen Bezirksarzte in dessen Amtskale täglich um 9 Uhr vormittags auch persönlich überbracht werden.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Zentralwahl- und Steuerkataster: Franz Kainz und Karl Messmann zu Obereffizialen; Heinrich Hnatek, Franz Kunschner und Oskar Paar zu Offizialen. In den städtischen Sammlungen: Hermann Reuther, Dr. Reaul Eiberhofer, Dr. Oskar Katana und Dr. Erich Pelaschek zu Skriptoren; Dr. Alfred Ohrel zum Adjunkten 1. Klasse. Im Stadtphysikat: Dr. Johann Latzel, Dr. Franz Mück, Dr. Johann Weissenbach, Dr. Oskar Schmidler, Dr. Max Steinalchner, Dr. Alois Neumann, Dr. Viktor Gegenbauer, Dr. Alfred Ehrhardt, Dr. Rudolf Matuschek, Dr. Alois Delavilla, Dr. Peter Falkensteiner, Dr. Julius Wenzel und Dr. Josef Paur zu Oberärzten; Dr. Tullio Zetelli, Dr. Eduard Gerlach, Dr. Alfred Meisel und Dr. Otto Klunzinger zu Städtischen Aerzten 1. Klasse; bei den städtischen Friedhöfen: Franz Arnold, Johann Kaiser, Josef Kaiser, Josef Majtan, Ferdinand Pavecker - Rakevitsch und Karl von Pausa zu Obereffizialen; Karl Zbysevsky zum Offizial.

Lehrerernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Josef Wildner zum Volksschullehrer 1. Klasse, Johann Scheiböck zum Volksschullehrer 2. Klasse; Josefa Rusner und Elisabeth Fontana zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Maria Schögl, Katharina Hamanske, Aloisia Matuschek, Maria Neulinger und Friederike Zenz zu definitiven Handarbeitslehrerinnen.

3. Ausgabe

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, 24. Februar 1919

NR 90

Wahlreformausschuss. Heute Nachmittags fand unter dem Vorsitz des Bgm. Dr. Weiskirchner eine Sitzung des gemeinderätlichen Wahlreformausschusses statt, in der die Grundzüge für eine Abänderung der Gemeindevahlordnung erörtert wurden. St. R. Dr. Kienböck erstattete das Hauptreferat, die Koreferenten G. R. Dr. Daneberg und Dr. Hein, sowie G. R. Sedlak präzisierten den Standpunkt ihrer Parteien. In den meisten wesentlichen Punkten wurde bereits heute eine Übereinstimmung aller Parteien erzielt. Der Magistratsdirektor wurde beauftragt, einen Entwurf nach Paragraphen sofort auszuarbeiten, welcher der nächsten Ausschusssitzung, welche noch diese Woche abgehalten werden soll, vorzulegen ist.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jonny Michow.*
Wien, I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 25. Februar 1919. Nr. 91.

GR. Othmar Penz + Gr. Penz, welcher gestern abends im Rathause an einer Besprechung teilnahm, wurde während derselben vom Schläge gerührt und war innerhalb weniger Augenblicke verschieden. GR. Penz, der am 16. November 1868 in Wien geboren wurde, war langjähriger Vorsteher der Gastwirte-Gesellschaft und wurde im Jahre 1908 aus dem 2. Wahlkörper in den Bezirksrat des 5. Bezirkes entsendet. Im Jahre 1912 wurde Penz aus dem gleichen Wahlkörper in den Gemeinderat gewählt und bei der provisorischen Neugestaltung des Gemeinderates im Dezember vorigen Jahres ebenfalls berufen. GR. Penz, welcher im vergangenen Jahre auch durch die Verleihung des Titels eines kaiserlichen Rates ausgezeichnet wurde, war auch Oberkurator des Erholungshomes der Wiener Gastwirte, Präsident des Reichsverbandes der gastgewerblichen Genossenschaftsverbände Oesterreichs und des niederösterreichischen Landesverbandes der gastgewerblichen Genossenschaften, Mitglied des Gewerberates, Fachschulmann und Gasthabsitzer.

Subventionen. Dem deutschösterreichischen Gewerbebund wird nach einem Berichte des Str. Körber eine Subvention von 10.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Berichte des Str. Knoll wird dem Kindergarten „St. Anna“ in Floridsdorf eine Subvention von 1720 Kronen und dem St. Anna-Kinderheim in Kagran eine solche von 1660 Kronen bewilligt. - Dem elektrotechnischen Verein wird nach einem Berichte des Str. Vaugoin eine Subvention von 2000 Kronen auf Rechnung der städtischen Elektrizitätswerke bewilligt. -

Deutschösterreichische Textil-Restablierungsgesellschaft. Die Genossenschaft der Kleidermacher Wiens hat mit der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung Verhandlungen gepflogen, dass ihr die in den Bergstellen und militärischen Depots lagernden Textilwaren zur weiteren Verwertung überlassen werde; diese Waren sollen gewaschen, repariert und in Zivilkleider umgewandelt werden. Infolge der beschränkten Geldmittel ist aber die Genossenschaft nicht in der Lage, dies allein durchzuführen und hat sich daher an die Gemeinde Wien und an das Landesgewerbebeförderungsamte um Unterstützung gewendet. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Str. Brenner über die Gründung der Deutschösterreichischen Textil- und Restablierungsgesellschaft, an der sich die Gemeinde Wien, das Land Niederösterreich und der Zentralverband der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beteiligen sollen. Die Gesellschaft soll mit der Anstalt für Sachdemobilisierung einen Vertrag bezüglich des Ankaufes der restablierungsfähigen Textilwaren schließen, die Waren übernehmen und sie der Genossenschaft zur Umwandlung in Zivilkleider in Lohnarbeit übergeben. Die restablierte Ware ist Eigentum der Gesellschaft und soll in erster Linie zur

Deckung des Bedarfes für humanitäre Zwecke und für die Gemeinde- und Landesanstalten verwendet werden. Der Rest soll der ärmeren Bevölkerung Wiens zu einem billigen Preise überlassen werden. Ein Zivilmantel oder ein Zivilanzug wird auf 46 bis 50 Kronen zu stehen kommen, ein Kinderanzug wird 25 bis 30 Kronen und ein Arbeitsanzug 20 bis 35 Kronen kosten. Die Gemeinde Wien übernimmt durch die Unterstützung des Unternehmens kein Risiko, weil sie in der Lage sein wird, den grössten Teil der restablierten Ware selbst zu verwenden. Der Referent stellte folgenden Antrag, der angenommen wurde: Der Stadtrat genehmigt die Beteiligung der Gemeinde an der Firma „Teret, deutschösterreichische Textil-Restablierungsgesellschaft m.b.H.“ mit einer Stammeinlage

von 200.000 Kronen unter der Bedingung, dass sich auch das Land Niederösterreich mit dem gleichen Betrag an dieser Gesellschaft beteiligt. Als Vertreter der Gemeinde Wien wird Direktor Dr. Josef Förster des Wirtschaftsamtens in den Vorstand der zu gründenden Gesellschaft entsendet.

Die Verwertung militärischer Holzlagerplätze. Die Gemeinde Wien hat im Zuge der Sachdemobilisierung die Holzlagerplätze in Wien 12. Bezirk Altmanndorf, 20. Bezirk Rampensteg, 21. Bezirk Leopoldau, 13. Bezirk Geniepark, Lainz, Baumgarten und Hietzing käuflich erworben. Bei Erwerbung dieser Plätze hat die Gemeinde zunächst die Deckung des eigenen Bedarfes an Brenn- und Nutzholz, insbesondere für den Bedarf ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen im Auge gehabt. Der Wert des Materiales kann auf ungefähr 1 1/2 Millionen Kronen geschätzt werden. Zum Zwecke der Ueberführung dieser Holzbestände in industrielle und gewerbliche Verarbeitung wurde nun ein Syndikat gebildet, dem alle in Betracht kommenden Industriezweige angehören. Zur Durchführung der Arbeiten wurde aus dem Syndikate ein Arbeitsausschuss gewählt, in dem die Gemeinde Wien Sitz und Stimme hat. Das aus dem Materiale gewonnene Brennholz soll zur Hälfte der Gemeinde, zum Teil den Holzabnehmern für Konsumzwecke zugeführt werden. Die Bezahlung des Holzes soll durch die Abnehmer zur Hälfte im Baren zur Hälfte in 8. Kriegaanleihe an die Gemeinde erfolgen. Ueber die Verwertung der genannten militärischen Holzlagerplätze berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates Str. Jung und wurden seine diesbezüglichen Anträge genehmigt. -

Anschaffung von Kehlentrögen für den städtischen Kehlentrögenverkauf. Nach einem Berichte des VB. Raim wird der Prag Rudniker Kehlentrögenfabrik die Lieferung von 1000 Stück Kehlentrögen um den Preis von 15 Kronen per Stück übertragen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang: Wien, Mittwoch, 26. Februar 1919. Nr. 92.

Die Tätigkeit der Gemeinderätlichen Obmännerkonferenz. Soeben ist in Buchform (Verlag der Gemeinde Wien) eine zusammenfassende Darstellung der Tätigkeit der Obmännerkonferenz des Gemeinderates in den letzten 2 Kriegsjahren (2. Teil) erschienen. Die vorliegende Folge schliesst zeitlich unmittelbar an den ersten Band an und umfasst die Zeit vom August 1917 bis zur Konstituierung des provisorischen Gemeinderates im Dezember 1918. Da in den Obmännerkonferenzen sämtliche wichtigeren Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung vom Kriegsbeginn an besprochen wurden, geben die beiden Bändchen ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Gemeindeverwaltung während der ganzen Kriegszeit und werden jederzeit ein erwünschtes Nachschlagwerk bilden. Das erste Bändchen, welches vor 2 Jahren erschienen ist, fand damals bei den Gemeinderäten sämtlicher Parteien lebhaften Anklang. Magistratssekretär von Radler, welcher als Schriftführer sämtlichen Obmännerkonferenzen beigezogen war, hat durch die übersichtliche und knappe, dabei erschöpfende Darstellung des Stoffes künftigen Geschichtsschreibern wertvolles Material für die Geschichte Wiens 1914 bis 18 geliefert.

+ + +

Ein Exemplar der Broschüre liegt bei.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Viktor Pressler zum Kanzlei-Offizial und Ernst Körner zum Kanzlei-Akzessisten. Bei der städtischen Feuerwehr: Karl Zuleger, Johann Staurik und Rudolf König zu Inspektoren, Leopold Weinert zum Brandmeister.

Schweizer Hilfsaktion für Wien. Ueber Einladung des Schweizer Alpenklubs wird Ing. Dr. Guido Mayer in den ersten Wochen des März in grösseren Schweizer Städten eine Reihe von Alpinen und Alpin-militärischen Vorträgen halten, deren Reinertragnis der Sammlung für erkrankende Wiener Kinder zugute kommen soll.

Geschäftsbericht der städtischen Wassermeisterei. VB. Rain berichtete in der gestrigen Stadtratsitzung über das Ergebnis der Geschäftsbearbeitung der städtischen Wassermeisterei und der städtischen Wassermeisterei und der thermischen Fabrik G.m.b.H., im Geschäftsjahre 1918. Danach weist der Geschäftsbericht über dieses Jahr einen Gewinn von 123.381 Kronen aus, wovon auf die Gemeinde ein 20 %iger Gewinnanteil von 24.676 Kronen entfällt. Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahre ist auf den sowohl hinsichtlich der Menge, als auch der Qualität verringerten Anfall von Materialien zurückzuführen.

W i e n e r R a t h a u s K o r r e s p o n d e n z .

22. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 28. Feber 1919. Nr 93.

.....
Verlängerung der Einlösungsfrist der Kassenscheine der Gemeinde Wien.

Da von den ausgegebenen 49 Millionen Kronen Kassenscheinen der Stadt Wien mit heutigem Tage erst rund 43 Millionen eingelöst sind, wird die Einlösungsfrist, die nach dem ursprünglichen Beschlusse am 28. Feber 1919 ablaufen sollte, bis 15. März 1919 verlängert werden. Der Stadt- und Gemeinderat werden heute diesbezüglich Beschluss fassen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Jonny Michien,**
Wien. I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Februar 1919. N. 94.

Kartoffelabgabe. Freitag, Samstag und Montag werden im 4. Bezirk Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte A und B der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Kondensmilch. In der Zeit vom 2. bis 15. März wird an Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten 6. Lebensjahr holländische Kondensmilch in Dosen abgegeben. Die Abgabe beginnt am 3. März in allen Milchabgabestellen, bei denen die genannten Pflichtmilchkartenbesitzer rayoniert sind und hat jedes Kind vom vollendeten ersten bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre Anspruch auf je 5, die übrigen auf je 2 Dosen. Dieses Quantum entspricht jener Menge von Frischmilch, auf welche die erwähnten bezugsberechtigten Kinder bei genügender Milchlieferung innerhalb des obigen Zeitraumes Anspruch hätten. Die 5, bzw. 2 Dosen können auf einmal oder in Teilmengen bezogen werden. Der Preis für eine Dose beträgt K 3.50. Die Inhaber und Leiter sämtlicher Abgabestellen sind verpflichtet, bei jeder Abgabe von Kondensmilch eine der Zahl der verkauften Dosen entsprechende Anzahl der Tagesabschnitte der 107., bzw. 108. Woche, beginnend mit dem Montagsabschnitte der 107. Woche von der Milchkarte abzutrennen. Diese Kondensmilch bildet einen Ersatz für Frischmilch und erscheint daher ein Doppelbezug von Frisch- und Kondensmilch unzulässig. Die vorhandene Frischmilch bleibt den Kindern bis zum 1. Lebensjahre und den Kranken reserviert.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Februar 1919. N. 95.

Keine Verbesserung des Strassenbahnverkehrs. Die Verschärfung der Kehlener erlaubt keinerlei Verbesserung des Strassenbahnverkehrs, deshalb wird insbesondere vor einer grösseren Inanspruchnahme des Sonntagsverkehrs gewarnt.

Wiederbeginn des Schulunterrichtes um 8 Uhr früh. Ueber Verfügung des Bürgermeisters hat der Unterricht an den Volksschulen von Montag, 3. März und an den Bürgerschulen von Dienstag, 4. März angefangen wieder um 8 Uhr früh zu beginnen.

Eine Scheinwerferbeleuchtung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Schmid über die eventuelle Einführung von Scheinwerferbeleuchtung der Strassen. Das Staatsamt für Heerwesen hat angeregt, im Falle auch notwendiger Einstellungen der öffentlichen Beleuchtung Scheinwerfer zur Strassenbeleuchtung zu verwenden und würden die Scheinwerfer samt der nötigen Bedienungsmannschaft von Scheinwerferbataillien in Jedlerssee beigelegt werden. Zur Verwendung sollen tragbare Glühlichtscheinwerfer von 35 cm Durchmesser und grosse elektrische Bogenlichtscheinwerfer von 110 cm Durchmesser verwendet werden. Die Beleuchtungsversuche ergaben, dass im äussersten Notfalle die erstgenannten Scheinwerfer Verwendung finden könnten. Der Berichterstatter stellte folgenden Antrag: Das Anerbieten des Staatsamtes für Heerwesen im Falle des Bedarfes Scheinwerfer für die Strassenbeleuchtung beizustellen wird mit bestem Danke angenommen. Das Stadtbauamt hat im Bedarfsfalle die nötigen Ver-

handlungen mit diesem Staatsamte einzuleiten und über deren Ergebnis dem Stadtrate zu berichten. Dem bei den Versuchen bezüglich der Eignung der Scheinwerfer zur Strassenbeleuchtung tätig gewesenen Herren Offizieren, dem Oberstleutnant Ullreich und Hauptmann Ing. Schneider, sowie dem Herrn Oberoffizial Radisch des Scheinwerferersatzbataillions wird der Dank ausgesprochen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 27. Febr. 1919.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Gemeinderate Othmar Pean einen warm empfundenen Nachruf.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass der verstorbene Gemeinderat Dr. Paul Schulz letztwillig 10.000 Kronen für die Armen der Stadt Wien und Hatar Dr. Guido Müller 100 Kronen für die Armen des 3. Bezirkes gespendet haben.

Auf eine Anfrage der GR. Anitta Müller in der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend die Ueberlassung des Platzes beim Hause Tabakstrasse 6b als Jugendspielplatz antwortet der Bürgermeister, dass dieser Platz hefeärarisches Gut ist und während des Krieges als Gemüsegarten des Augartenspitales in Verwendung stand. Mit Rücksicht auf das geringe Ausmass, der Platz beträgt ungefähr 400 Quadratmeter, eignet er sich wohl kaum als öffentlicher Spielplatz, könnte aber für die private Fürsorge und hauptsächlich für Kleinkinder in Betracht kommen. Das Jugendamt wird sich mit dem Verbands für freiwillige Jugendfürsorge in Verbindung setzen, um die Freimachung beim Heferar zu erwirken.

GR. Stangelberger verliest den Einlauf.

GR. Rummelhardt stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister gewillt sei, bezüglich bei den massgebenden Stellen zu intervenieren, dass von jeder Behinderung und einem Verbote des Hucksackverkehrs solange abgesehen werde, bis Wien durch entsprechende Regierungsmaßnahmen genügend mit Lebensmitteln versorgt ist.

Mir ist von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt, ich muss daher vorerst beim Ernährungsamt anfragen.

GR. Kehl stellt folgende Anfrage: Die Zahl der Kranken und der Säuglinge, die an der furchtbaren Milchnot in Wien sterben, wächst täglich. Es unglaublich es scheint, entspricht es doch den Tatsachen, dass eine bevorzugte Schichte der Bevölkerung in der Milchversorgung eine Ausnahmestellung einnimmt. Sie hält sich die Kostverwaltung der ehemaligen k.k. Landwehr Kadettenschule im 3. Bezirk Beerhavgasse nicht weniger als sieben Stück Kühe und einiges Jungvieh zur Aufzucht. Die Milch der Kühe wird nur für den Hausgebrauch verwendet und bekommen die jungen Herren täglich zum Frühstück Milchkaffee mit Wecken aus weissen Mehl. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sofort diesem Skandal ein Ende zu bereiten, indem er vor allem dafür sorgt, dass die Milch dieser sieben Kühe an Kranke und an Säuglinge abgegeben und die Hausbäckerei eingestellt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Beantwortung dieser Anfrage bedarf umfangreicher Erhebungen, wem der Magistrat (städt. Landwirtschaftsamt) beauftragt wurde. Die deutschösterreichische Staatstiftungsschule (früher k.k. Franz Josefs-Militär-Akademie, III., Beerhavgasse 15) wird aus militärärztlichen Vorräten beliefert. Wegen Einstellung der Hausbäckerei, bzw. Erzeugung von Weissgebäck habe ich den Magistrat beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

GR. Untermüller fragt an: Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die städtischen Arbeiter durch Drohungen veranlasst werden, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten? Ist der Herr Bürgermeister geneigt dahin zu wirken, dass eine derartige terroristische Agitation zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei unterbleibt und gegen jene, welche durch solche Drohungen die Arbeiter beunruhigen, mit allen Mitteln vorgegangen wird?

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist davon nichts bekannt, doch werde ich die volle Freiheit des Koalitionsrechtes wahren, solange ich noch Bürgermeister bin.

GR. Karl Richter weist in seiner Interpellation darauf hin, dass am Samstag, 22. d.M. im Jubiläumsspital der Gemeinde Wien ein Aerzte- und Beamtenträgerschmaus abgehalten wurde, bei welchem allen Sparsmassnahmen kein Rücksicht genommen wurde. An diesem Trägerschmaus nahmen nach meiner Information ca. 250 Personen teil, darunter mehrere Mitglieder des Appelltheaters, die zur Erheiterung der Festgäste beitrugen. Die Luste der Speisesaale, die sonst nur drei Glühlampen tragen, wurden mit je 12 Glühlampen und farbigen Lichteffekten ausgestattet und allen Lichteinschränkungen zum Trotz dauerte die Orgie bis 8 Uhr früh. Wein und Branntwein flossen in Strömen und für die weniger Trinkfesten unter den Festgästen wurde der Kriegspavillon eingerichtet. Besonders hervorzuheben muss werden, dass das Fest an der fleischlosen Woche stattfand und die ganze Bevölkerung kein Fleisch erhielt, während bei diesen Feste drei Fleischspeisen gereicht werden konnten. Im Gegensatz zu dieser Fülle an Lebens- und Genussmitteln ist es eine feststehende Tatsache, dass die Kranken und die Angestellten im Jubiläumsspital schlechter gepflegt werden als in anderen Spitälern, so dass die Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, dass solche Feste auf Kosten der Verpflegung der Kranken gehen, während gleichzeitig die Angestellten die ihnen gebührende Menge an rationierten Lebensmitteln nur unregelmässig erhalten.

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist von diesen Verfällen nichts bekannt. Aus dem Berichte, den mir der Direktor erstattete, geht tatsächlich hervor, dass am 22. ds. Mts. eine derartige Unterhaltung stattgefunden hat. Es wurden die notwendigen Lebensmittel jedoch nicht aus dem Spitalverräter, sondern durch Vermittlung verschiedener Händler mit Erlaubnis der steierischen Landesregierung aus Ungarn nachweisbar bezogen. Ich finde in diesen Vorgang eine schwere Faktlosigkeit und kann dies nur aufs Tiefste bedauern, dass sich Beamte und Aerzte eines solchen Vorgehens schuldig machen.

GR. Meisel richtet betreffend die Wegschaffung vieler Waggons Fettes, das von der Fettzentrale beschlagnahmt wurde, in die Provinz, die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt sei, vom Ernährungsamte genaue Ziffern zu verlangen, wieviel Fett und sonstige Lebensmittel von den in Wien beschlagnahmten Vorräten auf das flache Land geschafft wurden, um das gänzliche Versagen unseres Aufbringungsdienstes und die Schädlichkeit unserer Zentralenwirtschaft zu beweisen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich weiss die Zahl der Waggons nicht, und sie wurde mir bisher nicht mitgeteilt. Ich kann über diese Interpellation nichts anderes tun, als dass ich meinerseits das Volksernährungsamt interpelliere.

GR. Simon stellt folgende Anfrage: Schon vor Jahren wurde mit dem Fürsten Schwarzenberg wegen der Regulierung der Prinz Eugenstrasse durch die Gemeinde Wien verhandelt. Leider sind diese Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit des Fürsten gescheitert. Da nun die Regulierung dieser Strasse bereits zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, nochmals die Verhandlungen anzubahnen und mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass Fürst Schwarzenberg seinen Widerstand aufgibt und die Regulierung der Prinz Eugenstrasse endlich durchgeführt werden kann.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich habe schon vor Jahren im Auftrage des damaligen Bürgermeisters Dr. Luager in der Angelegenheit Verhandlungen gepflogen, die zu keinem Resultat geführt haben. Wie wir jetzt in Stadtrat die Verwertung hofräranischer Gebäude verhandelt haben, wurde neuerlich die Frage der Zurückverlegung der Mauer in der Prinz Eugenstrasse angeschnitten und ich habe den Herrn Stadtbauinspektor

beauftragt, die Verhandlungen wegen der Zurücksetzung der Mauer des Schwarzenbergparkes in der Prinz Eugenstrasse mit der fürstl. Schwarzenbergschen Verwaltung unverzüglich wieder aufzunehmen. Das Stadtbauamt hat hierauf sofort mit der fürstl. Schwarzenbergschen Administration in Wien Fühlung genommen. Da sich diese Stelle für sich allein in der gegenständlichen Angelegenheit zu bindenden Zusagen nicht berechtigt erklärte, hat das Stadtbauamt um die Delegierung eines Bevollmächtigten ersucht. Mit dem hierfür vom Fürsten ernannten Generaldirektor, der seinen ständigen Wohnsitz in Böhmen hat, wurde für den 22. Febr. d. J. eine Versprechung vereinbart. Infolge der von der tschechoslowakischen Regierung verfügten Grenzsperrung und Verkehrserschwerung war es dem Gemeinrat jedoch nicht möglich, zu diesem Zeitpunkte in Wien einzutreffen und wurden daher die Verhandlungen auf den 15. März verschoben. Ueber das Ergebnis derselben werde ich dem Gemeinderat rechtzeitig Bericht erstatten.

GR. Meissl weist darauf hin, dass sich die Landwirte über Arbeitermangel beklagen, während es in Wien Arbeitslose in grosser Menge gibt und fragt, ob dem Bürgermeister Massnahmen des Ernährungsamtes bekannt sind, die die Lösung dieser gewiss wichtigen Fragen anstreben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir ist von solchen Massnahmen nichts bekannt, ich werde daher die Interpellation dem Ernährungsamte überreichen.

GR. Linder stellt folgende Interpellation: In der Gemeinderatsitzung vom 19. d. M. beantwortete der Bürgermeister meine Anfrage bezüglich des Waffenalagers in der Knaben Bürgerschule 18. Bezirk Cottagegasse 17 damit, dass in der gesamten Schule keine Waffen sind. Nachdem in der Presse diese Anfrage als Gespensterscherei erklärt wurde, stelle ich fest, dass in der Knabenbürgerschule 18. Bezirk Cottagegasse 17 durch 3 Wochen 100 Gewehre und Bajonette nebst Ueberschwung eingelagert waren und erst im Auftrage des Polizei Präsidiums geholt wurden. Es wird daher gefragt, wer den Auftrag zur Waffenlagerung gegeben hat und was der Bürgermeister zu tun gedankt um in Zukunft auch richtig informiert zu werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich kann meine Informationen nur durch Erhebungen finden, welche ich durch den Magistrat pflegen lasse. Ich möchte nur aufmerksam machen, dass ich mich an die Polizei gewendet habe, mit der Anfrage, wer dort Waffen eingelagert hat, und dass ich bisher keine Antwort erhalten habe. In dem Augenblicke, da über die Interpellation Erhebungen gepflogen wurden, waren keine Waffen mehr vorhanden da sie durch einen Auftrag der Polizeibehörde inzwischen wegbeordert worden waren.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller stellt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung, in der auch die Frage der künftigen Stellung von Wien innerhalb Deutsch-Österreichs aktuell werden wird, die Anfrage, welche Massnahmen und Vorbereitungen seitens der Gemeindeverwaltung bisher getroffen wurden, um für die Ereignisse der aller nächsten Zeit gerüstet zu sein und ob der Bürgermeister geneigt sei, zur Vorbereitung und Durchführung der notwendigen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Faktoren die Einsetzung eines Verfassungsausschusses der Gemeinde der aus dem Plenum des Gemeinderates zu wählen wäre, zu betreiben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Gegenstand steht beim Magistrat in Behandlung und ich werde Sorge tragen, dass dem Gemeinderate nächster Zeit hierüber berichtet wird.

GR. Rummelhardt richtet auf Grund seines an der Gemeinderatsitzung vom 22. November 1918 gestellten Antrages, es möge die sofortige Pensionierung sämtlicher Angehörigen des Lehr- und Beamtenstandes der Stadt Wien, welche eine Dienstzeit von mehr als 35, bzw. 30 Jahren aufweisen, unter Anerkennung ihrer verdienstvollen Tätigkeit und Einbeziehung eines dem Verhältnissen entsprechenden Teiles der Kriegszulagen in die Pensionsbezüge und mit Gewährung der entsprechenden Feuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge zu den Ruhegehältern in der Weise, dass sie wenigstens in der Zeit der anhaltenden Teuerung keine Einbusse in ihren Gesamtbezüge erleiden, die Anfrage, in wie weit diese gestellten Anträge bereits durchgeführt sind, bzw. in welchem Stadium die Durchführung sie sich befinden.

BGM. Dr. Weiskirchner antwortet, dass bei der grossen Tragweite und der Wichtigkeit des Antrages es am ehesten erscheint die Behandlung des Antrages dem in der letzten Gemeinderatsitzung zur Vorbereitung der weiteren Massnahmen zugunsten der Angestellten gewählten Komitee vorzubehalten, was gewiss auch im Sinne der allgemeinen Wünsche der Beamten und Lehrerschaft gelegen ist.

GR. Herold verweist in einer Interpellation darauf, dass die Fischerei durch eine rationelle Abfischung der Donauwässer in der Laabau, die sehr fischreich sein, behebbar werden könnte.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: In der Laabau und im Lainzer Tiergarten sollen sich allerdings verlässlichen Nachrichten zufolge grössere Fischbestände befinden. Doch untersteht die Bewirtschaftung dieser ehemals kaiserlichen Teiche dem Staatsamte für Volksernährung. Eine Abschrift dieser Interpellation wird beim Staatsamte für Volksernährung mit der Bitte um Veranlassung der Abschnürung dieser Teiche vorgelegt werden.

GR. Simon fragt, unter Hinweis auf die ungebührliche Beerdigung verstorbener Krieger im Zentralfriedhofe, ob dem Bürgermeister diese Zustände bekannt sind und ob er gewillt ist, Abhilfe zu schaffen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Nach dem Zusammenbruche der Armee sind die früher von der Militärverwaltung zur Abtragung der Kriegerleichen im Zentralfriedhofe beigegebenen Mannschaften einfach nicht mehr erschienen und kam etwa auch seither trotz wiederholter Ersuchen an das Staatsamt für Heerwesen die Beistellung von Militär Mannschaften nicht mehr erreicht werden. - Die Gemeinde musste daher, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, die zweifellos der Heeresverwaltung obliegende Pflicht übernehmen und selbst für die Abtragung der Kriegerleichen sorgen. Derzeit besorgt die städtische Leichenbestattung diesen Dienst, die einen hierzu eigens hergerichteten Wagen benützt, um jene Leichen, die von Leidtragenden nicht begleitet werden, abzuführen.

Leichen, die von Leidtragenden begleitet werden, werden von den Trägern der Leichenbestattung zur Kriegergrabstätte getragen. Es könnte sich also nur ausnahmsweise und infolge besonderer Umstände ereignen haben, dass Leidtragende hinter dem Wagen einhergehen mussten. Die Klage über die Verwendung schlechter Särge und insbesondere über die Verwechslung der Sargdeckeln ist verlauf berechtigt und hat dem Magistrat auch schon wiederholt Anlass zu mit dem Ersuchen um Abhilfe verbundenen Beschwerden an das Staatsamt für Heerwesen gegeben. Diese Angelegenheit entzieht sich aber der unmittelbaren Einflussnahme der Gemeinde, da die Särge von der Heeresverwaltung beigegeben werden.

GR. Schäfer betont, dass es notwendig sei, dass jeder Wiener Gastwirt, um nicht den Betrieb sperren zu müssen, der Grösse seines Betriebes entsprechend, die nötige Menge Wild aus den städtischen Gefrierräumen erhält und fragt, ob er geneigt ist, sofort die erforderlichen Verfügungen zu treffen, dass die entsprechenden Mengen an Wild der Genossenschaft der Wiener Gastwirte zur Verteilung an die Mitglieder zugewiesen wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die an und für sich äusserst geringe Wildanlieferung an die städtische Wildübernahmestelle hiebt Ende Jänner vollständig auf, so dass sich derzeit in den Kühlräumen der Grenzmarkthalle auch nicht ein Stück Wild befindet. Die Wildübernahmestelle der n.ö. Landesregierung verfügt zwar noch über einen Vorrat an Wildbret, der aber nach einem Schreiben des Landeshauptmannes zur Versorgung der Spitälner bereitgehalten werden muss. Die Gemeinde kann somit aus diesen Vorräten kein Wildbret erhalten. Das in der Laabau und im Lainzer Tiergarten erlegte Wild wird über Verfügung des Staatsamtes für Volksernährung der Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft zur Versorgung der Bevölkerung überlassen, jedoch unter Einrechnung in die wöchentliche Fleischquote.

GR. Baxa fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, im Interesse der derzeit massenhaft beschäftigungslosen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Bekämpfung der augenblicklich herrschenden Erwerbsnot bei der Regierung vorzusprechen und für die Aufhebung der Mieterschutzverordnung einzutreten.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass das Wohnungsamt nicht in der Lage wäre, unter den heutigen Verhältnissen Aufhebung der Mieterschutzverordnung zu befürworten. Eine derartige Aufhebung würde nicht die Wirkung haben, dass die Instandsetzungsarbeiten an den Häusern rascher für sich gehen würden. Auch nach der Mieterschutzverordnung ist der Hausherr in der Lage, diesbezügliche Kosten unter gewissen Voraussetzungen aufzurechnen und es wird sogar aus Mieterkreisen die Klage erhoben, dass vielfach die Vernahme von Reparaturen zu teuersten Preisen mit der Wirkung einer dauernden Mietzinserhöhung erfolge. In einzelnen Fällen mag es zutreffen, dass das erforderliche Barkapital fehlt; dieses dürfte aber immer noch leichter zu beschaffen sein, als die heute noch vielfach mangelnden Materialien. Jenseitig ist der allfällige Nachteil in der unterbleiben möglicher Herstellungsarbeiten liegen mag, unvergleichlich geringer auszuwerten, als die unabsehbaren sozialen Folgen, welche die Aufhebung der Mieterschutzverordnung gegenwärtig haben würde.

GR. Baxa tritt in einer Anfrage angesichts der Beseitigung des erbessenen Bürokratismus dafür ein, sämtliche Bezirksgerichte der Verstebezirke 12 bis 18 in das jetzt bestimmungslos gewordene Gebäude der Radetzkykaserne auf der Schmelz zusammenzulegen und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Anregung in dieser Angelegenheit an das Justizministerium weiterzuleiten und dort zu befürworten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass das Wehungsamt der Stadt Wien auch auf dem Standpunkte des Interpellanten stehe, dass Büroräume, welche in Zinshäusern und namentlich in Wohnungen untergebracht werden, aus diesen entfernt werden sollen. Ob die genannte Kaserne hierbei in Betracht kommt, lässt sich heute nicht sagen. Die Frage der Zusammenziehung der Bezirksgerichte wird nur nach Anhörung der Vertretungen der beteiligten Bezirke zweckmässig zu lösen sein. Die Anregung des Interpellanten wird an das Justizministerium befürwortend weitergeleitet werden. Allerdings müssen in dieser Frage auch die einzelnen Bezirke gehört werden, ob sie mit einer solchen Zusammenlegung einverstanden sind.

GR. Meissl interpelliert wegen der Herabsetzung der Dienstdauer der Mannschaft der städtischen Berufsfeuerwehr von 72 auf 24 Stunden und betreffend die Lohnregulierung und fragt, wann diese Forderungen dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Bürgermeister erwidert, Die Kollegen Schner und Weigl haben sich in dieser Angelegenheit die grösste Mühe gegeben und langwierige Verhandlungen gepflegt. In der heutigen Stadtratssitzung ist darüber Bericht erstattet worden und die Interpellation des GR. Meissl ist somit verapötet eingelangt.

GR. Dr. Grün interpelliert in Angelegenheit des unzulänglichen Verkehrs jenes Bezirksteiles des 2. Bezirkes, der von Handelskai bis zur Stadlauer Brücke und von dort bis zum Winterhafen gelegen ist. Als Verkehrsmittel kommt dort nur die Donau Uferbahn in Betracht, die Wege seien in einem unwirtschaftlichen Zustande, so dass es den Bewohnern dieses Bezirksteiles äusserst schwer ist, nach Wien zu gelangen. Auch im Falle von Erkrankungen müssen die Bewohner weite Wege zur Apotheke und zum Arzt zurücklegen. Um den Bewohnern der in Rede stehenden Gegend entgegenzukommen, ist die Strassenbahnlinie bis zum Freudensauer Lusthaus errichtet worden, die aber zur Abwicklung des Verkehrs nicht genügt. In dem genannten Bezirksteile befinden sich 6 grosse Fabriken, 4 Lagerhäuser und zahlreiche andere Betriebe, welche von Arbeitern und Kunden aufgesucht werden müssen und es unterliegt ausser der mangelhaften Fürsorge für die Interessenten auch das Geschäftsleben allerlei Hemmungen. Es ist schon längst geplant, die Strassenbahnlinie am Handelskai oder in der Engerthstrasse hinauszuführen. Der Bürgermeister wird gefragt, ob der Gedanke, in kürzester Zeit, das ist bis zur beginnenden Saison in diesem Stadtteil die Strassenbahn zu verlängern, oder ob der bis zur Durchführung der Strassenbahnlinie einen Omnibusverkehr längs des Handelskais einzurichten wäre, damit die dortigen Bewohner endlich aus der Einside in die Stadt gelangen können.

Der Bürgermeister erwidert, Man ist wohl kein Zweifel, dass dieser Bezirksteil stark vernachlässigt ist, doch glaube ich wohl nicht, dass in der jetzigen Zeit Abhilfe zu schaffen sein wird. Im Uebrigen werde ich diese Anfrage als Antrag behandeln.

GR. Simon stellt folgende Anfrage: Der obere Teil des Belvederegartens mit dem Teiche, sowie der kleine ehemalige Menagiergarten sind noch immer für die Bevölkerung gesperrt. Da in der kommenden warmen Jahreszeit diese Gärten der Bevölkerung als Erholungstätten dienen könnten, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die notwendigen Verkehrswege zu treffen, damit die genannten Anlagen der allgemeinen Benützung zugänglich gemacht werden.

Der Bürgermeister erwidert: Ich werde diese Anfrage neuerlich an den Staatskanzler leiten.

GR. Wimmer stellt folgende Anfrage: Um den Ausgang der Wahl im 17. Bezirk für die provisorische Nationalversammlung für die Christlichsozialen günstig zu beeinflussen, liess die christlichsoziale Parteiorganisation kein Mittel unversucht, in den Kriegsküchen teilten sie christlichsoziale Stimmzettel aus und verlangten von den Armen, die ihr Essen von dort holen, dass sie ihre Stimme der christlichsozialen Partei geben; schon das ist ein Missbrauch öffentlicher Einrichtungen. Aber ein ärgerer Skandal war es, dass am Dieboldplatz in Hernals christlichsoziale Agitatoren, christlichsoziale Flugblätter mit Stimmzettel für die christlichsozialen Kandidaten und „Anweisungen zum unentgeltlichen Bezug von Kohle“, an die Wähler abgaben. Durch diese planlose Austeilung von Kohleanweisungen wird nicht nur die Gemeinde, sondern werden auch die Armen und Bedürftigen des Bezirkes geschädigt, weil durch diese Art der Ausgabe viele Bewohner in den Besitz solcher Kohle kamen, die sich Kohlen kaufen können. Diese Anweisungen stammen vom Armenapparat 100 des Armeninstitutes des 17. Bezirkes.

Der Bürgermeister erwidert: Mir ist von diesen Verfällen nichts bekannt, und konnte auch durch Erhebungen nichts festgestellt werden. Da die gewissen Kohleanweisungen an sämtliche Gemeinde-, Bezirks-, und Armenräte zur Austeilung abgegeben worden. Wenn die Verhältnisse der Interpellation richtig sind, so bedauere ich, dass aber auf den Ausfall der Wahl hat dies keinen Einfluss genommen.

GR. Amalie Seidl interpelliert über die im Durchhaus Wiedner Hauptstrasse 106 herrschenden Zustände, indem seit geraumer Zeit einige Waggons Zwiebel eingelagert sind, von denen ein Teil in Fäulnis übergegangen ist. Trotz des Einsprechens der Bewohner dieses Hauses wurde diesen Uebelstände nicht abgeholfen. Die Interpellantin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die notwendigen Massnahmen treffen zu wollen, damit dieser Zustand beseitigt und die Schuldtragenden zur Verantwortung gezogen werden.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diesen Uebelstände zum Grossteil schon abgeholfen sei und dass sich in dem genannten Hause nur noch ein kleiner Rest von verderbtem Zwiebel befindet und dass der dort beschäftigten Arbeitern angeschafft wurde, bis längstens Samstag, sämtliche faulen Zwiebel zu entfernen. Es ist dies eine Gewissenlosigkeit von Lebensmittelhändlern.

GR. Amalie Seidl fragt, ob der Bürgermeister von dem Plane Kenntnis habe, dass ein Konservatorium die Hofstallungen und das Gebäude der ehemaligen königlichen ungarischen Garde anzukaufen beabsichtige und was der Bürgermeister zu tun gedenke, um die wegen dieser Gerüchte beunruhigte Bevölkerung tatsächlich aufzuklären. D

Der Bürgermeister erwidert: Ich habe mich an jene Stelle gewandt, welche nunmehr die Geschäfte des Obersthofmeisteramtes leitet und von einem derartigen Kaufabete oder einem Konservatorium nichts in Erfahrung gebracht.

GR. Dr. Danneberg stellt folgende Interpellation: Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen krankt daran, dass infolge des Abend- und Sonntagsunterrichtes die Lehrerfolge nur gering sein können. Hat dies schon für die Zeit vor dem Kriege zugefallen, so ist es jetzt noch ärger geworden, da die Aufnahmefähigkeit der Gewerbeschüler infolge der andauernden Unterernährung sehr stark gesunken ist. Auch für die Lehrer ist der Abend- und Sonntagsunterricht jetzt eine noch grössere Plage als früher. Im Interesse einer guten Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses wäre es gelegen, dass man endlich der Sonntagsunterricht abgeschafft werde und der Unterricht in die Tagesstunden der Wochentage verlegt wird. Die Voraussetzung hierfür, die Beschaffung der Schullekale, kann für den Herbst umso eher bewerkstelligt werden, als die Zahl der Fortbildungsschüler während der Kriegszeit auf die Hälfte des früheren Standes gesunken ist und gegenwärtig die Möglichkeit vorhanden ist, Gebäude für den Schulunterricht in Anspruch zu nehmen, die früher nicht zugänglich waren.

Der Bürgermeister erwidert: Ich bin gerne bereit auf die Vertreter der Gemeinde Wien im Fortbildungsschulrat wegen dieser Angelegenheit einzuwirken. Mir ist auch bekannt, dass diese Herren selbst für den Tagesunterricht eintreten und dass in dieser Beziehung weitgehende Verhandlungen geführt worden. Ich habe den Herrn VB. Hess als Vorsitzenden des Fortbildungsschulrates hievon verständigt.

GR. Schür fragt, ob der Bürgermeister davon Kenntnis habe, dass in der Armeauspeisung Hernals Hauptstrasse 26 das Essen nach dem 16. Februar also nach dem Wahltag aussergewöhnlich minderwertig zubereitet war. Die allgemeine verbreitete Meinung, dass die Verwalter dieser Auspeisung die dem Magistrat untersteht, aus Aerger über den Ausgag der Wahlen das sehr schlechte Essen bereiteten, scheint Tatsache zu sein.

Der Bürgermeister erwidert: Wenn ich der liebe Gott wäre und alles wissen möchte, wäre es mir ein Leichtes, die Interpellation zu beantworten. Mir ist von der Auspeisung in Hernals am 17. d.M. nichts bekannt, ich werde aber in dieser Angelegenheit genaue Erhebungen einleiten lassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass nach den Berichten der Kriegskücheninspektoren diese Auspeisestelle bisher klaglos gearbeitet hat und bemerke weiters, dass alle Küchen in der gegenwärtigen Zeit vor der fast unlösbaren Aufgabe stehen, mit wenigem und minderwertigem Lebensmitteln gut und schmackhaft zu kochen.

GR. Stangelberger beantragt, den Hernalsergürtel in Josefstädter- und den Währingergürtel in Alsergürtel umzubenennen.

GR. Angeli beantragt den Titel „Diener“ durch „Gehilfen“ (Amtsgehilfe, Bureaugehilfe etc.) oder bei den Schulen durch das Wort „Schulwart“ zu ersetzen.

GR. Spalovsky beantragt die Errichtung einer Filiale der Zentralsparkassa in 6. Bezirk.

GR. Spalovsky beantragt in der städtischen Feuerwache VI., Linke Wienzeile ist für sämtliche Räume, welche den Offizieren und Mannschaftspersonen zum Wohnen oder zum Aufenthalt zugewiesen sind, Dampfheizung an Stelle der Gasheizung einzurichten.

GR. Dr. Alma Seitz bringt im Nachhinein an einem in der letzten Gemeinderatsitzung gestellten Antrag folgenden Zusatzantrag ein: Da die Gehaltsverhältnisse der definitiven Fürsürgerinnen des städtischen Jugendamtes, die im Kanzlistenstatus 2. Klasse steht, in gar keiner Weise jene materielle Grundlage sichern, welche die soziale Stellung dieser Beamten voraussetzt, auch nicht im Verhältnis stehen zu dem Aufwand an Zeit und Mühe, welchen ihr Dienst mit sich bringt, endlich auch die Fachverbildung der Fürsürgerin nicht gebührend einschätzen, soll mit der Systemisierung für die in Rede stehenden Fürsürgerinnen die Aufstellung eines eigenen Gehaltsschemas für das Definitivum parallel gehen, welches in der Anlage des Grundgehaltes auf die Stellung und Arbeitsleistung der Fürsürgerin, im Ansatz von Teuerungszulagen auf die derzeit schwierigen Lebensverhältnisse Bedacht nimmt.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBGM. Rain berichtet über den Beitritt der Gemeinde der deutsch-österreichischen Fischeinfuhrgesellschaft, der die Gemeinde mit einer Stammeinlage von 200000 Kronen beitritt und die ihr vorbehaltenen Vertreter in die Organe der Gesellschaft entsendet.

VBGM. Rain berichtet über die Genehmigung von 97404.-- Kronen als Kosten für die Aufstellung der St-rohaufschliessungsanlage im städt. Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse.

Nach einem Berichte des GR. Heindl werden dem Verein „Werk des heil. Philipp Neri“ über sein Ansuchen die im Jahr 1919 auflaufenden Beheizungs- und Beleuchtungskosten nachgesehen.

Nach einem Berichte des GR. Hellmann wird dem Verbands des n.ö. Zentralkinderheimes die Bewilligung eines ersten Zuschusskredites von 150000.-- Kronen erteilt.

Dem Elternverein „Pestalozzi“ wird die Nachricht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Dauer des laufenden Schuljahres bei Benützung des Turnsaales der Knabenbürgerschule, II. Schwarzingerasse 4 erteilt.

Nach einem Berichte des GR. Dr. Kienböck wird der Ankauf von Sachgütern der Flüchtlingsfürsorge im Betrage von 260.000 Kronen genehmigt.

StR. Dr. Kienböck legt die bekannten Anträge auf Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige vor, welche genehmigt werden.

Nach einem Berichte des Stadtrates Knoll wird dem Kindergarten St. Anna in Hirschstetten eine Subvention von 1720 K und dem St. Anna Kinderheim in Kagran eine solche von 1660 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Körber wird dem d.ö. Gewerbebund für das Jahr 1919 eine Subvention von 2000 K, ferner eine ausserordentliche Subvention von 8000 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Josef Müller wird die Uebernahme des Truppen-Übungsplatzes in Atzgersdorf für den Südwest-Friedhof vom Staatsamte für Heerwesen um den Betrag von 900.000 Kronen genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Paul Richter wird der Ankauf von 3 Baustellen in Fünfhaus um den Betrag von 163.000 Kronen genehmigt.

GR. Schmid berichtet über die Lohnerhöhung der Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke.

GR. Waldsam weist darauf hin, dass die christlichsoziale Arbeiterschaft mit erfolgter Lohnerhöhung nicht einverstanden ist, zumal der Arbeitsvertrag keinen Unterschied zwischen gelernten Professionisten

und Hilfsarbeitern macht. Die christlichsozialen Vertrauensmänner haben sich darüber aufgehalten, dass konnten sie die Gleichstellung nicht verhindern. Auch bedeutet die Gleichstellung keinen Vorteil für die Hilfsarbeiter. Redner beantragt eine Erhöhung der Wochenlöhne und stellt einen entsprechenden Zusatzantrag.

GR. Schorsch schliesst sich mit seinen Ausführungen dem Antrage des Vorschülers an und betont, dass die Lohnbewegung der städtischen Elektrizitätsarbeiter nicht die erste war. Es sei mehr als sonderbar, dass gerade in dem Momente als die städtischen Elektrizitätsarbeiter sich zu-

sammengeschlossen haben und eine Lohnbewegung durchführten, jetzt jene Herren kommen, die in den städt. Elektrizitätswerken an erster Stelle gestanden sind, jetzt entdecken, dass zu wenig für die Arbeiter gemacht worden ist. Wir verurteilen, dass die Arbeiter gezwungen werden, den sozialdemokratischen Organisationen beizutreten, aber erinnern Sie sich an den Spängler-Erlass, erinnern Sie sich, dass derselbe Bürgermeister der heute die Erklärung bezüglich der Koalitionsfreiheit abgegeben hat, zugegeben hat, dass im 10. Bezirke zwei Strassenbahner entlassen wurden, weil sie einem Theatervereine angehörten, der im Arbeiterheim Vorstellungen gegeben hat. Was den Antrag anbelangt, so sagt der Referent, dass die Kosten dieser Lohnbewegung dreieinhalb Millionen Kronen ausmachen und das ist die Antwort auf die Rede des GR. Waldsam, der ausführte, dass die Arbeiter nichts bekommen. Ich möchte noch betonen, dass gerade jene Arbeiter die gefragt wurden, was sie durch die Lohnbewegung mehr bekommen, erklärten, dass sie 50 Kronen in der Woche mehr erhalten. Was die Arbeiter jetzt bekommen haben, ist das, was die Arbeiter in der Privatindustrie schon längst bekommen haben. Erst jetzt, weil die Arbeiter zurückgefunden haben zu ihrer Klasse, ist es möglich, das zu erreichen, was sie längst hätten erreichen können. Was hier beschlossen wird, ist nicht das letzte, es bleiben noch andere Fragen, so der Urlaub, das Definitivum, die Krankenversicherung, u. s. w. offen. Redner bittet, den Antrag des Referenten und dem Antrage des GR. Waldsam anzunehmen.

GR. Waldsam erklärt zur tatsächlichen Berichtigung, dass das Memorandum der Elektrizitätsarbeiter älter ist, als das der Sozialdemokraten. Nach dem ersten Antrage der Direktion hätten viele Arbeiter nichts bekommen und dann erst ist der Zusatzantrag gemacht worden. Das beweist, dass die Lohnbewegung nicht ordentlich durchgeführt wurde.

Der Referent entgegnet dem GR. Schorsch bezüglich des Einwandes, dass die christlichsoziale Partei für ihre Arbeiter nichts getan hat, er möge sich die Protokolle durchlesen und er wird sehen, dass des Weiteren Lohnerhöhungen stattgefunden haben, bevor die Herren so zahlreich hier anwesend waren.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen und der Antrag Waldsam genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verkündet, dass das Referat, betreffend den Bau der Strassenbahnlinie durch die Krotzbachstrasse nach Neustift am Walde vorläufig abgesetzt werde, um neue Verhandlungen mit der Staatsbahndirektion einzuleiten.

GR. Franz Siegel berichtet über die Pachtung, resp. Wiederverpachtung städtischer Gründe im 16. Bezirk durch die Firma „Oesterr. Industrie-Werke Warchalowsky, Eissler & Comp.“ den gestellten Stadtratsanträgen wurde zugestimmt.

VB. Reumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Vaugoin legt die bekannten Anträge wegen Bewilligung einer Notstandshilfe, einer ausserordentlichen Aushilfe für die Heimkehrer und sonstige Massnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde vor.

GR. Beermann verlangt, dass die Heimkehrer in ähnlicher Weise behandelt werden, wie die bereits genehmigten Anträge im Handlungsgesetz lauten und zwar, dass die bis 1. Juli 1915 eingerückten 120 % und die später eingerückten 100 % der üblichen Kriegszulagen in ihren Gehalt einbezogen erhalten und ersucht, diesen längst gestellten Antrag unter einem zu verhandeln.

Nachdem der Referent erklärt hatte, dass über diese Angelegenheit im Komitee gesprochen worden sei, werden die vorliegenden Stadtratsanträge angenommen.

StR. Spalowsky berichtet über die Gewährung eines Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung seitens der Gemeinde Wien und stellt die bekannten Anträge.

Frau GR. Gabriele Walter weist auf die weiblichen Hausbediensteten hin, die bei vorübergehender Stellenlosigkeit oft nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Es bestehen allerdings Heimstätten für stellenlose Dienstmädchen, die aus Privatmitteln erhalten werden, aber zu wenig sind. Es muss eine grosszügige Aktion geschaffen werden, die der Staat in die Hand zu nehmen hat. Um die stellenlosen weiblichen Hausbediensteten vor sittlicher, körperlicher und materieller Verwahrlosung zu bewahren, regt Rednerin an, ein freierendes öffentliches Gebäude zu diesem Zwecke einzurichten. (Beifall rechts)

GR. Sedlak tritt dafür ein, dass jeder, der unverschuldet als Arbeitswilliger um sein Brot kommt, so gestellt wird, als ob er arbeiten könnte, doch dürfe diese Fürsorge nicht zu einer Verleitung zur Flucht von der Arbeit werden. Er stellt deshalb den Zusatzantrag: Die Gemeinde Wien nimmt die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Fürsorge, welche endlich die Arbeitspflicht festsetzt, in der Erwartung zur Kenntnis, dass deren strikte Durchführung durch entsprechende Verfügungen verbürgt wird. Die Gemeinde Wien nimmt für sich das Recht auf entsprechende Vertretung in den industriellen Bezirkskommissionen in Anspruch, welche die erwähnte Vollzugsanweisung des Staatsamtes zur Entscheidung in strittigen Fragen der Arbeitslosigkeit und Arbeitspflicht vorsieht. Redner macht schliesslich auf die Flucht nach Wien aufmerksam. Ein Beweis, dass diese Flucht von Allen gefürchtet wird, sei die einmütige Annahme des vom VB. Reumann im Stadtrate vertretenen Antrages, der Zuwanderung durch eigenen Aufruf zu begegnen. Im Stadtrat ist aber noch ein zweiter Antrag, der vom StR. Schmid angenommen worden, der wirksamere Mittel gegen die Flucht nach Wien anwenden will. Von einer Durchführung dieses Stadtratsbeschlusses kann aber noch nicht gesprochen werden. Er fragt den Referenten, was mit diesem zweiten Antrag geschehen ist.

GR. Pick erblickt in den Stadtratsanträgen mit Genugtuung den Umstand, dass den unverantwortlichen Verleumdungen, mit denen man die Arbeitslosen als Arbeitsscheue bezeichnet, ein Ende gemacht wird. Die Unterstützung des Staatsamtes in ihrer Höhe ist eine ungewohnte und doch müssen wir uns eingestehen, dass 6 Kronen bei den heutigen Preisen nicht genügen können zur Arbeitslosigkeit zu verleiten. Wir haben es nicht mit Arbeitsscheuen, sondern mit Unglücklichen zu tun, doppelt unglücklich, weil diesmal die Arbeitslosigkeit nicht von ihnen verschuldet ist. Wir sind der vollkommenen Ueberzeugung, dass die Arbeitslosigkeit erst mit dem Verschwinden der heutigen Wirtschaftsordnung ein Ende finden wird, bis es wieder zur Wahrheit wird, dass der, der arbeiten soll, auch zu essen bekommt. Der jüngste Erlass des Staatsamtes für soziale Fürsorge spricht nicht von Arbeitspflicht und Arbeitszwang. Wir sind auch dafür, doch vor al-

ndern muss die Arbeit befreit werden vom Kapitalszwang, es muss die Arbeit aufhören eine Lohnarbeit oder Frohnarbeit zu sein, zugunsten des Wohllebens der Kapitalisten. Von der Flucht nach Wien soll auch nicht gesprochen werden, da die Gemeinde Wien, deren Existenz in Frage gestellt erscheint es vor allem nötig hat, alle Tore aufzureissen. Auch soll die Arbeitslosenunterstützung nicht als Almosen gegeben werden, sondern aus Erkenntnis unserer sozialen Pflicht. Ich betone ~~das~~ bei dieser Gelegenheit dass durch die Erhöhte Unterstützung die grosse soziale Gefahr etwas eingedemmt ist, muss aber auch hier noch aussprechen, dass von nun an alle Unternehmer Wiens und des ganzen Staates weder Entlassungen, noch Kündigungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen haben, um der Zunahme der Arbeitslosigkeit zu steuern. Insbesondere wären derartige Massnahmen seitens jener Unternehmer zu vermeiden, wo die momentane Arbeitsstagnation von vorübergehender Dauer ist. Daher beantrage ich, dass die Gemeindevertretungen die Unternehmer aller Art die Mahnung erteilen, sie mögen in Anbetracht der grossen sozialen Gefahren bei Anwachsen der Arbeitslosigkeit weitere Entlassungen von Arbeitern und Angestellten unterlassen. Mehr auslegen, die durch das Fortzahlen der Löhne und Gehälter erwachsen, stehen in keinem Verhältnis zu der Notlage, welche Arbeitslose trotz einer ihnen gewährten noch so hohen Unterstützung geraten. Dem weiteren Umsichgreifen der Arbeitslosen zu steuern, ist für jedermann zu einer unausweichlichen sozialen Pflicht geworden.

GR. Schmid antwortet auf die Frage des GR. Sedlak, dass es sich darum gehandelt habe, den Zuzug nach Wien einzudämmen, weil die Notlage eine grosse ist. Eine papierene Warnung hätte da keinen Erfolg gehabt, und ich habe mich daher zu dem schärferen Antrage entschlossen, der dahin geht, dass die Flüchtlinge, die über die Grenze kommen, angehalten und wenn notwendig in Internierungslagern zurückgehalten werden sollen und dass man Flüchtlinge, die sich zu vielen Tausenden in Wien befinden auf Grund des § 17 des Gemeindefriedensstatutes entfernen könnte. Auch solle bezüglich der Verteilung von Lebensmitteln in erster Linie auf die einheimische Bevölkerung gesehen werden. Der Magistrat hat die nötigen Schritte bei der Regierung eingeleitet und Eingaben an den Staatskanzler und die Polizeidirektion gemacht. Die Polizeidirektion hat auch schon geantwortet, dahin gehend, dass sie einer Perlustrierung der Flüchtlinge geneigt ist. Tatsächlich sind auch die Unterstützungen für die Flüchtlinge gekündigt worden und werden am 15. März eingestellt werden.

GR. Weigl erklärt, dass sich der Uebergang von der Kriegs- zur Friedensindustrie langsam vollzogen hat, weil uns die notwendigen Rohmaterialien, vor allem Kohle fehlen. Solange die Blockade nicht aufgehoben ist und die wirtschaftlichen Verbindungen mit unseren umliegenden Ländern nicht hergestellt sind, wird ein Abnehmen der Arbeitslosigkeit nicht zu bemerken sein. Am 10. Februar d.J. betrug die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen 114.905, die derzeit aber auf nahezu 130.000 gestiegen ist. Bis 23. d.M. wurden ungefähr 36 Millionen an Unterstützungen aufgewendet. Da muss wohl die Meinung schweigen, dass es Arbeitsscheu ist, die diese Zahl hervorbringt. Die Anregung des Genossen Pick an die Unternehmer heranzutreten, ist sehr berechtigt. Ich will hier nur die Firma Julius Meinl nennen, die 130 Menschen entlassen hat, nachdem die Konjunktur aufgehört und die zu keinen Vereinbarungen bereit war. Auch darf nicht vergessen werden, dass die vierinhalb Kriegsjahre nicht dafür eingerichtet waren, dass der Arbeiter sofort wieder in Fabrikarbeit eintreten kann. Was die Arbeitspflicht betrifft, so will ich bemerken, dass es keine Leute gibt, die sich weigern, Arbeit anzunehmen. Die Furcht vor der Arbeitsscheu der Massen,

ist ein Schlagwort. Wir können keine Arbeit beschaffen, weil sie nicht da ist und weil es einen erheblichen Prozentsatz von Unternehmern gibt, die glauben, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, solche Dinge zu fördern und vor einem solchen Vorgehen erscheinen die Arbeitslosen teilweise gesichert. Die Arbeit, die zugewiesen wird, muss auch eine solche sein, dass sie die zukünftige Existenz nicht gefährdet. Alle Dinge, die über die Arbeitsscheu gesprochen werden, entbehren sicher jeder Grundlage und ich darf der Meinung Ausdruck geben, dass wir bei dem, was jetzt geschieht, nicht stehen bleiben dürfen, sondern dass es auch Aufgabe der Gemeinde sein wird, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Wir werden für den Antrag stimmen, da wir uns unserer sozialen Pflichten bewusst sind.

GR. Schreier bemerkt, es wäre kein Wunder, wenn vielleicht ein kleiner Teil der Arbeitslosen arbeitsunwillig wäre, nachdem diese im Arriege zur Arbeitsscheu erzogen wurden. Die Unternehmer haben heute mehr als je soziale Pflichten gegenüber den Arbeitern. Ein eigenartigen Standpunkt habe GR. Sedlak heute hier vertreten. Aus ihm spreche ein reaktionärer Geist. Wien dürfe weder einen Zuzug verhindern, noch Studenten von dem Besuche der Hochschulen ausschliessen. Das deutsche Wien müsse zu allen Nationen sprechen. Wien muss jetzt international werden. (Lebhafte Zwischenrufe des GR. Hödl: Deutschnational muss es werden). Wien muss streben, eine kulturelle Stätte für alle Gebiete zu sein.

GR. Strobl: Ich möchte es gern vermieden sehen, dass Arbeitslosen-Unterstützungen von Leuten bezogen werden, die nebstbei arbeiten. Dieser Umstand sollte behördlicherseits aus der Welt geschafft werden und deshalb wünsche ich im Interesse der ehrlichen Arbeiterschaft, dass eine klaglose Kontrolle über jene durchgeführt wird, welche die Arbeitslosen-Unterstützung beziehen.

StR. Spalowsky wendet sich in seinem Schlussworte dagegen, dass man aus einzelnen Vorkommnissen auf einen allgemeinen Zustand der Arbeitssachen einen Schluss zieht und bemerkt, dass bei Statuierung der Arbeitspflicht nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern von allen Staatsbürgern diese verlangt werden muss. (Zustimmung). Der Redner wendet sich gegen die Forderung des GR. Schreier, dass Wien eine internationale Stadt werden müsse; Wien werde ebenso wie Paris eine nationale Stadt bleiben, aber gewiss immer die Gastfreundschaft wahren. (Lebhafte Beifall rechts)

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge angenommen, die Anträge Sedlak und Pick unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Spalowsky berichtet über die Einführung der 48 Stunden-Woche in den städtischen Steinbrüchen in Oberösterreich und über die dem Arbeitspersonal in diesen Brüchen gewährten Löhne und Teuerungszulagen.

GR. Brenner: So sehr ich das Referat begrüesse, so finde ich zu meinem Bedauern darin eine Bestimmung, die dem Geiste des Stadtratsantrages zuwiderläuft. Es wird unter III für alle Arbeiter, die während der Kriegszeit in den Steinbrüchen gearbeitet haben für diese Arbeitszeit eine Vergütung zugesichert, die in einer Zurechnung der Dienstjahre durch die Pensionsansprüche gipfelt. Dieser Punkt ist gewiss begrüessenswert, aber anschliessend befindet sich ein Absatz, der diese Bestimmung bedeutend abschwächt und jene Arbeiter, die im Jahre 1910 im Streik gestanden sind, dieser Anerkennung verlustig macht. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Arbeiter damals nur um die Anerkennung ihrer

Ansprüche kämpften und stelle daher den Antrag, den Absatz 2 des Punktes III zu streichen.

GR. Siegel: bemängelt, dass in Punkt I des Antrages nicht der zweite Teil des Vertrages, nämlich der Verband der Steinarbeiter genannt wird. Er soll in der Vorlage ausgedrückt werden, im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrages und da man nicht einsehen könnte, dass sich die Gemeinde schämen soll, mit einer Arbeiterorganisation einen Vertrag geschlossen habe. Er schliesst sich dem Antrag des Vorredners an, da sonst für Streikbruch eine Prämie ausgesetzt wäre und beantragt, die Steinbrüche im moderntechnischen Art auszugestalten, insbesondere durch Einführung der Pneumatischen Bohrung, die Errichtung von fahrbaren Kränen, durch die Verwendung von Lastauto und die Errichtung von Schlepfbahnen. Ebenso wären die Werkstätten auszugestalten und die Frage des Baues von Arbeiterhäusern in Erwägung zu ziehen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters Stadtrates Spalowsky wird der Stadtratsantrag angenommen, der Antrag Siegel unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

StR. Tomola beantragt, den Arbeitsausschuss zur Herausgabe des historischen Atlases der Stadt Wien zur Ermöglichung der sofortigen Durchführung der Drucklegung eine neuerliche ausserordentliche Subvention von 5000 Kronen zu bewilligen.

GR. Hödl. Ein Vertreter einer bestimmten Partei hat früher die Ansicht ausgesprochen, dass Wien international werden müsse. (Lebhafte Widerspruch des GR. Schreier) Unsere Universität muss den deutschen Charakter wahren. (Lebhafte Zwischenrufe des GR. Dr. Hein) Was sich hier breit macht, ist nicht mehr deutsche Kultur. Wir haben vor der Universität Szenen erlebt, die für den deutschen Charakter dieser Stadt beschämend waren. Deshalb wünschen wir den Anschluss an das deutsche Reich, dass wir national geeint und gestärkt werden.

GR. Schreier: Es war nicht meine Absicht den Gemeinderat mit einer Rede aufzuhalten, wenn es nicht der GR. Hödl für notwendig gefunden hätte, eine Verleumdung meiner Rede zu machen. Wir vertreten die Anschauung, dass Wien eine Fremdenstadt grossen Stiles mit internationalen Charakter wird, wie es alle anderen Grossstädte sind. Es ist zweckmässig, dass an der deutschen Universität in Wien deutsche Kultur und deutsche Bildung aufkommen und in die Welt verbreitet werden. Ich wusste nicht, dass man sich hier mit Drahtzäunen gegen Verleumdungen umgeben muss. (Zwischenrufe „Oho“). Wir alle wünschen, dass Wien eine deutsche Stadt bleibt, aber wir wollen nicht, dass Wien abgesperrt wird und mit einer deutschnational chinesischen Mauer umgibt.

Hiernach wird der Referentenantrag angenommen.

VN. Hain übernimmt den Vorsitz.

GR. Tomola beantragt dem Verbands für freiwillige Jugendfürsorge für die laufenden Auslagen pro 1913 einen Beitrag von 10.000 Kronen, und für die Erweiterung der Jugendfürsorgemaßnahmen einen solchen von höchstens 100.000 Kronen zu bewilligen. (Antonnamen)

GR. Tomola beantragt, dem Zentralverein zur Orientierung und Erhaltung von Knabenhorden in Wien für das Jahr 1913 einen Betrag von 100.000 Kronen zu bewilligen.

GR. Speiser: Beschäftigt die Zustände in den städtischen Knabenhorden und tritt für umgehende Einführung der notwendigen Reformen ein, darunter: Auflassung der Blechmusik, der Aufzüge und Ausrückungen, Abschaffung der Regiebeiträge, Beschaffung ordentlicher Beschäftigungsmittel, wie Werkzeuge, Spiele und Bücher und Lösung der Lokalfrage. Schulzimmer sind ungeeignet. Turnsäle und eigentliche Hortlokale müssen geschaffen werden. Weiters verlangt der Redner Strassenbahnfreikarten für Ausflüge und die Vereinigung des Jugendfürsorgewesens, so dass die gesamte bedürftige Jugend derselben teilhaftig wird. Den Knabenhorden gemäß sind auch Institutionen für Mädchen zu schaffen. Die Hortlehrer haben im Hauptamt und nicht im Nebenamt zu wirken. Wir brauchen einzig ein wirkliches, geordnetes und volkstümliches Erziehungswesen, ein Erziehungswesen, das die Kinder der Arbeiterschaft als umfasst, sie vor den Gefahren der Strasse stützt und ihnen eine freundliche Jugend bereitet. Den heutigen Antrag stimme er zu, nicht weil das Hortwesen in Wien vorbildlich wäre, sondern weil er gehört habe, dass die erhöhte Subvention insbesondere dazu bestimmt sei, für die Erhöhung der Lehrergehalte vorzusorgen.

VN. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Wawerka: Der ~~Vorredner~~ Vorredner ist nicht genau informiert, über die Entstehung und den Betrieb der städtischen Knabenhorden. Es wird jeder Zweig der erzieherischen Tätigkeit eingehend gepflegt. Wir haben stets das militärische Turnen nur als Mittel zum Zweck, als Erleichterung der Aufstellung und Sammlung grosser Massen benützt. Es wurde nie eine byzantinische Erziehung gepflegt. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und des Kinderschutzes müssen wir soweit kommen, dass genau gesetzlich umschrieben ist, was geschehen muss und wer für die betreffenden Leistungen aufzukommen hat. So wie wir ein Reichsvolksschulgesetz haben, müssen wir auch ein Reichsschulhygiene-Gesetz und ein ~~Reichs~~ Reichsjugendfürsorgegesetz bekommen. Auf diesem Gebiete müssen sich alle ohne Unterschied der Partei zu gemeinsamen Wirken vereinen. (Beifall rechts)

GR. Angeli: Es ist leicht, die Knabenhorden ins Lächerliche zu ziehen,

wir haben sie nicht gegründet, um Paraden zu veranstalten, sondern wir wollten ehrlich und lediglich der Kinder der Strasse entgegen. Wir haben Ausflüge veranstaltet, ihnen Bäder, und Turngelegenheiten geschaffen und dann ist der Krieg entstanden, der alles zerstört hat.

GR. Br. Alma Seitz: Wenn Sie uns zum Vorwurfe machen, dass wir den Kindern treu dem Kaiser und dem Vaterlande zu sein gelernt haben, so liegt darin eine Ironie. Wenn wir den Grundsatz anwenden würden, den Sie anwenden, dann hätten Sie nicht die Gewähr dafür, dass Ruhe und Ordnung herrsche. Es ist kein Unglück, wenn die Jugend zur Treue und zum Glauben angelehrt wird, wir wollen die Jugend dazu erziehen. Die Gottesfurcht wollen wir den Kindern mitgeben auf ihren Lebensweg und die Sitteneinheit ist das Gebäude, auf dem sie die ganze gesellschaftliche Ordnung aufbaut. (Lebhafter Beifall)

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag angenommen.

Nach einem Antrag des Stadtrates Tomola wird dem Verein zur Pflege des Jugendspiels in Wien eine Subvention von K 30000. bewilligt.

Nach einem Antrag des Stadtrates Schwer wird dem Vereine für die Schlichte der Stadt Wien eine Subvention von 10000 Kronen bewilligt.

Stadtrat Schwer beantragt die Einführung der 24 stündigen Dienstdauer (bisher 72 Stunden) bei der städtischen Feuerwehr mit 15. April 1913.

Der Berichterstatter stellt eine Reihe von Anträgen für die Uebergangszeit vom 1. März bis 15. April, beantragt Bestimmungen im Falle der Dienstunfähigkeit eines Feuerwehrmannes, sowie für die Bemessung des Ruhegenusses. Nach den Anträgen werden die Fristen für die Erlangung des Definitivums und für die Zulässigkeit der Beschließung von 6 auf 3 Jahren herabgesetzt, die Disziplinarvorschriften werden abgeändert, Mannschaftspersonen dürfen zu Reinigungsarbeiten und als Offiziersdiener nicht verwendet werden. Den Mannschaftspersonen der Feuerwehr wird bei Verleihung von Dienststellen der Vorzug eingeräumt.

Der Referent erwähnt schliesslich, dass durch diese Regulierung der Stand der Mannschaften sich fast auf das Doppelte erhöhen werde, sodass die Unterkünfte in der Zentrale und in den Feuerwachen nicht mehr ausreichen. Die Gemeindeverwaltung werde sich deshalb an die Staatsregierung um Ueberlassung eines geeigneten geeigneten Gebäudes wenden und in erster Linie sei hierfür das Hofstallgebäude auszuwählen.

GR. Weigl bezeichnet die Beschaffung von entsprechenden Kammerkisten als besonders dringlich und begründet es, dass in der heutigen Stadtratsitzung der Antrag angenommen worden ist, dass nunmehr den gewählten Vertrauensmännern der Feuerwehr die Möglichkeit geboten ist, mit ihrem Kommandanten direkt in Verbindung zu treten.

GR. Moisel beantragt für Verunglückte im Dienste untauglich gewordene Feuerwehrleute bei Berechnung der Pension die volle Dienstzeit anzurechnen, ebenso für die Hinterbliebenen die Pensionsberechnung in der Weise als hätte der Verstorbene die volle Dienstzeit erreicht. Ferner habe im Punkt 7 es zu heissen, nach zehn Dienstjahren muss die Mannschaft die definitiven Postenerhalten eine Berücksichtigung bei Bestzung solcher Stellen genüge nicht. Schliesslich beantrage er die Löschmeister den Unterbeamten gleichzustellen.

Die Referentenanträge werden sodann genehmigt, die Anträge Moisel dem Stadtrat zugewiesen und die Sitzung hierauf abgebrochen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jonny Michew.**
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 23. Februar 1919. Nr. 96.

Mindestmittelenaktion. Da auch die 93. Woche vom 27. Februar bis 4. März fleischlos ist, und Wohlfahrtsfleisch nicht zur Verfügung steht, erhalten die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch ausser der allgemeinen Zubusse von 1/8 kg Haferreis, der in den Mehlabgabestellen gegen Abtrennung des Abschnittes 8 ausgefolgt wird, in den bekannten Geschäften der Grossschlachtereien zufolge Genehmigung des Volksernährungsamtes und mit Zustimmung Britisch Military Mission te Prisoners of War gegen Abtrennung des Abschnittes 9 des rosafarbenen Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch für jeden Kopf des Haushaltes 10 dkg Reis aus der englischen Liebesgabenendung zum Preise von 10 h für 10 dkg und zwar: A bis F Dienstag, 4. März, G bis K Donnerstag, 6., L bis R Samstag, 8. und S bis Z Sonntag 9. März. Da Papiersäcke nicht zur Verfügung stehen wollen die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine ein geeignetes Gefäss mitbringen.

Kerzenausgabe im März. Im März wird für sämtliche Wohnungen auf die Nr. 45 des Einkaufscheines je eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg ausgegeben. Ueberdies werden auf Grund der Petroleumbezugskarten für Wohnungen 2 Kerzen und für Aftervermietungen eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg abgegeben.

Kohlenausgabe. Die für den Monat Februar getroffenen Kürzungen der Kohlenquote bleiben auch im März aufrecht. Der Küchenbrand wird mit wöchentlich 15 kg Steinkohle, bzw. 20 kg Braunkohle oder Holz eingelöst. Die Ausgabe des Zimmerbrandes findet nicht statt. Gewerbe, Industrie und Anstalten erhalten auf Grund der Gewerbebezugskarten im März für einen ganzen Betriebsbrand 80 kg, für einen ganzen Heizbrand 60 kg Steinkohle, auf Grund eines Bezugsscheines für den Betrieb die unter dem Buchstaben C, für Heizung die unter dem Buchstaben D festgesetzte Monatsmenge. Die städtischen Kohlenabgabestellen wurden angewiesen, vorerst während der Dauer des schlechten Kohleneinflusses Betriebskohle nur für die allerwichtigsten Approvisionierungsbetriebe wie Bäcker, und Heizkohle überhaupt nur an Spitäler und Krankenanstalten abzugeben.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 23. Februar 1919. Nr. 97.

Die Rückgabe der städtischen Schulen. In der letzten Stadtratsitzung berichtete Str. Tomola über die Freigabe der vom Militär besetzten Schulen der Gemeinde Wien. Zu Beginn des Krieges waren fast sämtliche städtischen Schulgebäude für Bequartierungszwecke herangezogen worden. Als im Oktober des Vorjahres nach Auflösung der Armee die Ereignisse sich überstürzten und die Demobilisierung begann, musste an die Entmilitarisierung der Schulen geschritten werden. Das Staatsamt für Heereswesen hat auf eine Eingabe des Magistrates geantwortet, dass die in Betracht kommenden militärischen Dienststellen angewiesen wurden, die Räumung aller in Deutsch-Oesterreich noch von verschiedenen militärischen Stellen verwendeten Schulgebäude in Angriff zu nehmen. Da die Rückstellung der Schulen nur langsam vor sich ging, hat der Magistrat zu wiederholten Malen bei den militärischen Lokalbehörden auf die Freigabe der Schulen gedrungen. Diese Bestrebungen waren insofern von Erfolg gekrönt, als bis zum 15. Februar 73 Schulen freigegeben waren. Gegenwärtig sind noch 73 Schulen von Militär

und von der Luftschutzwache belegt. Das Staatsamt für Heereswesen hat mit einem Erlasse vom 8. Februar angeordnet, dass sämtliche derzeit noch in militärischer Benützung stehende Schulgebäude bis längstens Ende Februar 1919 zurückzustellen seien. Bei einer Besprechung zwischen den militärischen und zivilen Behörden wurde von den Vertretern der Gemeinde die Forderung gestellt, dass sämtliche noch vom Militär benützten Schulgebäude derart zeitgerecht zurückgegeben werden sollen, damit die notwendigen Herstellungsarbeiten noch im Laufe des Sommers durchgeführt und der Schulunterricht spätestens mit Beginn des Schuljahres 1919/20 in allen Schulen aufgenommen werden könne. Der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge hat diese Forderung der Gemeinde höchstens unterstützt. Von militärischer Seite wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, welche der Freimachung der Schulen dadurch entgegensteht, dass der Stand der Militärpersonen in Wien heute ein bedeutend grösserer ist, als er in Friedenszeiten war und dass die Freimachung der Kasernen von Spitalsbetrieben nur langsam vor sich gehe. Die beiden Schulen im 5. Bezirke Gassergasse 44/46 wurden seinerzeit mit einem sehr bedeutenden Kostenaufwande für die Invalidenfürsorge umgestaltet und durch Zubauten erweitert. Dieses orthopädische Spital ist umso mehr ein dringendes und unabweisliches Bedürfnis, als es die einzige Anstalt für fachgemässe Behandlung der Invaliden in Deutsch-Oesterreich ist. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei Einhaltung der gemachten Zusagen die städtischen Schulgebäude mit Ausnahme von 10 Gebäuden ihrem Zwecke wieder zugeführt werden können. Zu dem Berichte, der ^{zur Kenntnis} genommen wurde, stellte Str. Angermayer den Antrag, dass das Stadtbauamt beauftragt werde, die Pläne für die Erbauung einer Schule als Ersatz für die Doppelschule in der Gassergasse so rasch als möglich vorzulegen.

Die Kohlenlage der Gemeinde. Durch die von den Tschecho-Slowaken verfügte Grenzsperrung ist die Zufuhr der Kohle nach Wien äusserst gefährdet. Es wurde zwar erklärt, dass sich die Grenzsperrung auf Kohle und Lebensmittel nicht erstreckt, jedoch ist eine Störung der Kohlenzufuhr sehr wahrscheinlich. Die Elektrizitätswerke haben nur mehr 4 bis 5 Tage, die Gaswerke nur für eine Woche Vorrat. Die Produktion in Zillingsdorf ist wegen der Faschingstage auch nicht auf der Höhe. Für die nächsten Tage wird die Gemeinde, soweit es möglich ist, von den sehr geringen Vorräten für Küchen- und Industriekohle aushelfen. Weiter wurde vereinbart, dass in den nächsten Tagen noch eine letzte Sparverordnung folgenden Inhaltes erlassen wird.

1. Allgemeines Verbot der Gasheizung mit Ausnahme der Krankenanstalten und ärztlichen Ordinationszimmer.
2. In privaten Haushaltungen dürfen höchstens 2 Räume einschliesslich der Küche mit je einer Lampe verwendet werden.
3. Festlegung der Sperrstunde in den Gast- und Kaffeehäusern auf 5 Uhr.
4. Einschränkung der Vorstellungen in den Theatern, Kinos etc. auf drei Tage. Hiezu wird bemerkt, dass die Nachricht, das Staatsamt habe den Theatern volle Spielfreiheit gegeben, gänzlich aus der Luft gegriffen ist.
5. Verbot der elektrischen Personenautomobile.
6. Keinerlei Ausnahmen und Erleichterungen. Diese Massnahmen werden für die Gaswerke auf 10 bis 12 Waggons, für die Elektrizitätswerke auf 6 bis 7 Waggons täglich als Ersparnis veranschlagt. Sie sind aber notwendig, um der Bevölkerung und insbesondere dem Auslande und der Entente den furchtbaren Ernst der Situation zu zeigen. Die einzige ausgiebige Hilfe wäre die Abschaltung der Industrie. Dies kann aber nicht verantwortet werden, weil die Folgen unsehbar sind. Es bleibt nichts anderes übrig, als mit kleinen Mitteln eine geringe Abhilfe zu schaffen, um dadurch wenigstens einige Tage Zeit zu gewinnen. Das Staatsamt setzt seine Bemühungen, die Aus- und Durchfuhr der Kohle sicherzustellen und zu erreichen fort und es ist zu hoffen, dass das Aeusserste, die Lahmlegung der Industrie vermieden wird. Dieser Bericht, den Str. Schmid in der letzten Sitzung des Stadtrates erstattete wurde zur Kenntnis genommen.

Die Förderung der technischen Hochschule. In der gestrigen Stadtratsitzung brachte Str. Melcher folgenden Dringlichkeitsantrag ein: Die Gemeinde Wien hat ein grosses Interesse unsere technische Hochschule zu fördern und zu trachten, dass dieselbe mit allen notwendigen Laboratorien und sogenannten Bauhöfen ausgestattet wird. Insbesondere leidet die Ingenieurhochschule, ferner die Hochbauschule und die Maschinentechische Abteilung. In allen Städten des Auslandes, wo technische Hochschulen eingerichtet wurden, ist insbesondere auf die praktische Ausbildung der Techniker Rücksicht genommen worden. Die technische Hochschule in Wien hat daher ein grosses Interesse die Hörer dieser Hochschule schon während ihrer Studienzeit in die Praxis einzuführen. Derzeit ist ^{an} Gelegenheit, unserer technischen Hochschule ein in der Nähe der Technik gelegenes Gebäude diesen Zwecken zuzuführen, welches mit nicht allzu grossen Kosten für Adaptierungsarbeiten für diese Zwecke hergerichtet werden könnte. Ich stelle daher nachstehenden Dringlichkeitsantrag: Der Stadtrat beschliesse, dahin zu wirken, dass die kaiserlichen Stallungen, resp. Gebäude sowie das dort befindliche Territorium für die in meinem Antrage angegebenen Zwecke als Provisorium zugeführt werden. Diese Anträge mögen zur ehesten Anberaumung eines Lokalausgleiches behufs Zweckmässigkeit der Gebäude

der Stadtbauverwaltung überwiesen werden und ist nach erfolgtem Lokalausgleich dem Stadtrat ein Bericht und Gutachten zu erstatten. Gleichzeitig könnten auch Lokalitäten dieses Territoriums für Feuerwehzzwecke in Anspruch genommen werden, da mit Rücksicht auf die dort befindlichen grossen Lokalitäten noch genügend Raum für diese Zwecke erübrigt wird. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Von den Strassenbahnen. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung beschlossen, den Inspektoren Ing. Leopold Sterr und Ing. Karl Lechnerfelder den Titel eines Ober Inspektors zu verleihen, dem Oberinspektor Ing. Paul Hassa ad personam zum Zentralinspektor und den Inspektor Karl von Boulangé ad personam zum Oberinspektor zu befördern.

Dr. Herold wird, wie wir erfahren, nicht mehr in den Gemeinderat kandidieren, er zieht sich also nach 28 jähriger Tätigkeit auf kommunalem Gebiete in das Privatleben zurück.

Von kollegialer Seite werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: **Jubiläum.** Am 1. März feiert das Ehepaar Anton und Franziska Wrhel das Fest ihrer 25 jährigen Tätigkeit als Hausbesorger im Hause 7. Bezirk Siebensterngasse 16. Das Ehepaar erfreut sich allgemeiner Beliebtheit.

3. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 28. Februar 1913. Nr. 98

Ein Fest im Jubiläumsspital. In der Angelegenheit der Organisation des GH: Karl Richter in der letzten Sitzung des Gemeinderates erschienen heute vormittags einige Herren als Vertreter der Beamten und Aerzte des Jubiläumsspitals beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner und beim VR. Neumann, um Aufklärungen und Richtigestellungen zu geben. Die von Dr. Frank in der Kaiser Jubiläumsspital heimgelassenen 40 Aerzte und Besatze veranstalteten am 22. d.M., wie allgemein üblich, ihren Heimkehrabend im Kasino des Spitals. Zu diesem Abende waren fremde Gäste nicht geladen, sondern es hatten nur die Angehörigen der Heimkehrer und einige persönliche Freunde aus Künstlerkreisen Zutritt. Insgesamt nahmen an dem Abend 150 Personen teil bei einem Stand von 23 Aerzten und 22 Besatzen. Im Fleischspeisen wurde nur eine verabfolgt und der Brantwein floss in der Menge von insgesamt 3 Litern und wurde aus dem Privatbesitz einiger Aerzte zur Verfügung gestellt. Da die Speisen für die Teilnehmer am Abende auf privatem Wege verschafft wurden, ist der Vorwurf einer Verkürzung der Kranken nicht stichhaltig. Die Beleuchtung des Saales war die normale, nur waren die weissen Glühlampen in eine Farbblase gewandelt. Im letzten Erdgeschoss des Kriegspavillons waren im Aerzte- und Besatzenzimmer 6 Personen Angehörige von Aerzten und Besatzen untergebracht.

Wahlreformausschuss. Der gemeinberätliche Ausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindevahlordnung und Gemeindeverfassung hielt heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner Bes. des VR. Neumann und des Obmannes GR. Emsmerling seine zweite Sitzung ab, in welcher der vorliegende Entwurf für die neue Gemeindevahlordnung und die einschlägigen Teile des Gemeindestatutes einer eingehenden Beratung unterzogen wurden. Die Anträge des Referenten StR. Dr. Kienböck betrafen im Wesentlichen folgendes: Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes, ohne Unterschied des Geschlechtes mit Verhältniswahlrecht mit Beibehaltung der Grundzüge, welche für die Wahl in die Nationalversammlung aufgestellt wurden und zwar: Hinsichtlich des Alters (für das aktive Wahlrecht 20, für das passive 29 Jahre), hinsichtlich der KUGAKK deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft. Es wurde ferner eine Eingabe in der Richtung erteilt, dass die Wählerlisten, welche für die Wahlen in die Nationalversammlung Gültigkeit hatten, vorbehaltlich der Richtigestellung und des Reklamationsverfahrens den Wahlen zugrunde gelegt werden. Infolge Aufnahme dieser

Veränderungen sollte die Aufnahme eines Passus über die Geschäftigkeit für diese waren die Christlichsozialen und die bürgerlichen Parteien eingekerkert, hatten jedoch durch die erwähnten Besatze, welcher einen mehrmonatlichen Aufenthalt in Wien voraussetzt, sich dem Auftrag der Sozialdemokraten akkommodiert.

Hinsichtlich der Mandatdauer wurde die Zeit von 3 Jahren festgesetzt die Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates (165) wurde beibehalten. Die Wahl in den Gemeinderat erfolgen Bezirksweise. Die Aufteilung der Mandate auf die einzelnen Bezirke erfolgt auf Grundlage der Wählerzahl, welcher für die Wahl in die Nationalversammlung ermittelt wurde.

Im Verlaufe der Debatte stellte StR. Dr. Heia folgende Anträge: Hauptantrag: Ganz Wien bildet einen Wahlbezirk. Eventualantrag: Die Mindestzahl der auf jeden Gemeindebezirk entfallenden Gemeinderatsmitglieder wird mit 6 festgesetzt. 165 Gemeinderatsitze werden durch den Gemeinderat auf Grund einer vom Magistrat vorzulegenden Berechnung auf die einzelnen Gemeindebezirke verteilt, welcher bei der ersten nach der unter einem erlassenen Gemeindevahlordnung vorauszunehmenden Wahl die Wahlsiffern der Wahl in die konstituierende Nationalversammlung, in der Folge aber die Wählerzahl der letzten Gemeinderatswahl zugrunde zu legen sind. In diejenigen Gemeindebezirke, für welche sich nach der obigen Berechnung weniger als 6 Mandate ergeben, wird die Zahl der von dem Bezirke zu wählenden Gemeinderatsmitglieder auf 6 erhöht.

Die Anträge wurden abgelehnt.

Hinsichtlich der Frage der Listenkoppelung ergab sich eine längere Debatte, in welcher die Mitglieder der bürgerlichen Parteien (Dr. Heia, Weissel und Sedlmayr) die Zulassung der Koppelung ebenso wie bei der Wahl in die Nationalversammlung vertraten. Die Christlichsozialen und Sozialdemokraten traten diesem Antrag entgegen, da sich die Koppelung bei den Wahlen in die Nationalversammlung nicht bewährt hat. Der Antrag auf Koppelung wurde abgelehnt.

Die Beratung über die weiteren 5 der Wahlordnung wurden sodann unterbrochen und die einschlägigen Änderungen des Gemeindestatutes beraten, welche zum Teile eine Anpassung der bisher geltenden Bestimmungen an die gegenwärtigen Verhältnisse betrafen, zum Teil durch die Änderung der Wahlordnung notwendig werden. Eine Bestätigung der Wahl des Bürgermeisters entfällt. Der Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die deutsche Sprache als Verhandlungssprache festzusetzen wurde einstimmig angenommen.

Der Wahlreformausschuss wird Montag nachmittags zu seiner letzten Sitzung zusammentreten, in welcher auch die Beschlussfassung über die Schlussredaktion, mit welcher die Referenten StR. Dr. Kienböck und StR. Danneberg vertraut sind erfolgen wird.

Von anderer Seite wird mitgeteilt, dass die Verteilung der Mandate im Bezirk: Zahl der Wahlberechtigten für die Nationalversammlung

Bezirk	Zahl der Wahlberechtigten	entfallende Mandate
I	81.014	12
II	90.208	13
III	35.910	5
IV	50.537	8
V	28.100	4
VI	41.022	6
VII	20.773	3
VIII	51.730	8
IX	34.131	5
X	28.040	4
XI	60.100	9
XII	74.994	11
XIII	50.750	8
XIV	34.228	5
XV	95.016	14
XVI	55.724	9
XVII	93.920	14
XVIII	32.350	5
XIX	52.210	8
XX	49.320	7
XXI	1.125.027	105

Summe der Wähler 1.125.027, Summe der Mandate 105. Die bisherige Mandatsverteilung stellte sich wie folgt: 1. Bezirk 11, 2. Bezirk 13, 3. Bezirk 14, 4. Bezirk 9, 5. Bezirk 8, 6. Bezirk 7, 7. Bezirk 10, 8. Bezirk 6, 9. Bezirk 12, 10. Bezirk 6, 11. Bezirk 4, 12. Bezirk 13, 13. Bezirk 6, 14. Bezirk 5, 15. Bezirk 4, 16. Bezirk 9, 17. Bezirk 12, 18. Bezirk 7, 19. Bezirk 4, 20. Bezirk 5, 21. Bezirk 7.